

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1961

Ausgegeben am 30. März 1961

19. Stück

- 73.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zusatzprotokoll zum Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr, betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr.
- 74.** Kundmachung: Beitritt Ceylons und Polens zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial.
- 75.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Abkommens über den Straßenverkehr.
- 76.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr.
- 77.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge.
- 78.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von Wasserfahrzeugen und Luftfahrzeugen zum eigenen Gebrauch.
- 79.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über Behälter.
- 80.** Kundmachung: Ratifikation des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch Italien und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.
- 81.** Kundmachung: Weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge.
- 82.** Kundmachung: Beitritt weiterer Staaten zur Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).
- 83.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen.
- 84.** Handelsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik El Salvador.
- 85.** Abkommen über die Gründung der „EUROFIMA“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale.
- 86.** Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit.

73. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 28. Feber 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zusatzprotokoll zum Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr, betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr.

Nach Mitteilungen des Generalsekretariates der Vereinten Nationen sind dem Zusatzprotokoll zum Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr, betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr, BGBl. Nr. 131/1956, folgende weitere Staaten beigetreten bzw. haben es ratifiziert:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Peru	16. Jänner 1959
Frankreich	24. April 1959
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (mit Vorbehalt)	17. August 1959
Bulgarien (mit Vorbehalt)	7. Oktober 1959
Philippinen	9. Feber 1960
Polen (mit Vorbehalt)	16. März 1960
Nepal	21. September 1960

Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik hat am 26. März 1959 erklärt, daß die Anwendung dieses Protokolls auf Syrien erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 16. Juni 1959 erklärt, daß die Anwendung dieses Protokolls auf Barbados erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 12. September 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Protokolls auf Britisch Honduras erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat seine zu Artikel 2 dieses Protokolls erklärten Vorbehalte (BGBl. Nr. 131/1956) am 4. März 1959 zurückgezogen.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 11. November 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Protokolls auf Hong-Kong erstreckt wird.

Der Vorbehalt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezieht sich auf Artikel 15 dieses Abkommens und hat folgenden Wortlaut:

Im Hinblick darauf, daß Meinungsverschiedenheiten über Auslegung oder Anwendung dieses

Zusatzprotokolls einem Schiedsspruch unterworfen werden können, erklärt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß eine Meinungsverschiedenheit nur dann einem Schiedsspruch unterworfen werden darf, wenn alle am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten einem Schiedsverfahren zustimmen und nur jene Personen als Schiedsrichter tätig werden, die mit Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten nominiert werden.

Der Vorbehalt Bulgariens hat folgenden Wortlaut:

Bulgarien erachtet sich hinsichtlich der Bestimmungen über Schiedssprüche des Artikels 15 Absatz 2 und 3 als nicht gebunden.

Der Vorbehalt Polens hat folgenden Wortlaut:

Ungeachtet des Artikels 15 dieses Zusatzprotokolls darf eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsspruch nur mit Zustimmung aller beteiligten Vertragsstaaten unterworfen werden, deren Zustimmung auch zur Nominierung eines oder mehrerer Schiedsrichter notwendig ist.

Raab

74. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 28. Febr 1961, betreffend den Beitritt Ceylons und Polens zum Internationalen Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial vom 7. November 1952.

Nach Mitteilung des Generalsekretariats der Vereinten Nationen sind seit der letzten Kundmachung, BGBl. Nr. 219/1959, folgende weitere Staaten dem Internationalen Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial vom 7. November 1952, BGBl. Nr. 187/1956, beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Ceylon (mit Vorbehalt)	28. Oktober 1959
Polen	18. Febr 1960

Der Vorbehalt Ceylons hat folgenden Wortlaut:

„Der Beitritt Ceylons ist bedingt durch einen Vorbehalt zu Art. III Abs. 2 dieses Abkommens, welche Bestimmung die Regierung Ceylons nicht annehmen kann.“

Raab

75. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 1. März 1961 über die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949.

Nach Mitteilung des Generalsekretariats der Vereinten Nationen sind seit der Kundmachung im BGBl. Nr. 193/1959 folgende weitere Staaten dem Abkommen über den Straßenverkehr vom 19. September 1949, BGBl. Nr. 222/1955, beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (mit Vorbehalt)	17. August 1959
Jordanien	14. Jänner 1960
Argentinien	25. November 1960.

Der Vorbehalt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachtet sich hinsichtlich des Artikels 33 dieser Konvention, welcher bestimmt, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens mit Antrag eines beteiligten Vertragsstaates dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden können, als nicht gebunden und erklärt, daß in jedem einzelnen Falle die Zustimmung aller beteiligten Vertragsstaaten notwendig ist, um eine Meinungsverschiedenheit dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.“

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat die Ausdehnung des Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949 auf folgende Gebiete, deren internationale Beziehungen vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen werden, bekanntgegeben:

1. Für Malta am 23. November 1959 mit folgender Erklärung:

„Gemäß den Bestimmungen des Artikels 2 Abs. 1 dieses Abkommens schließt die Regierung von Malta den Anhang 1 von der Anwendung des Abkommens aus.“

2. Für Sansibar am 8. Febr 1960.

3. Für die Föderation von Rhodesien und Nyassaland am 25. März 1960 mit folgender Erklärung:

„Gemäß den Bestimmungen des Artikels 2 Abs. 1 dieses Abkommens schließt die Regierung der Föderation von Rhodesien und Nyassaland den Anhang 1 und 2 von der Anwendung dieses Abkommens aus.“

4. Für St. Vincent am 22. April 1960 mit folgenden Vorbehalten und Erklärungen:

- „a) Im Zusammenhang mit Artikel 24 des genannten Abkommens behält sich die Regierung von St. Vincent das Recht vor, Personen die Führung eines anderen als eines vorübergehend in das Gebiet von St. Vincent eingeführten Fahrzeuges nicht zu gestatten, wenn
- i) das Fahrzeug zur Personenbeförderung gegen Miete oder gegen Entgelt oder zur Güterbeförderung verwendet wird, und
 - ii) der Führer eines solchen Fahrzeuges entsprechend den Gesetzen von St. Vincent verpflichtet wäre, im Besitz eines besonderen Berufsführerscheines zu sein.
- b) Im Zusammenhang mit Artikel 26 dieses Abkommens müssen zum internationalen Verkehr im Gebiet von St. Vincent zugelassene Fahrzeuge entsprechend den Gesetzen von St. Vincent vom Hereinbrechen der Dunkelheit an, nachts oder wenn die Witterung es erfordert, nach vorne ein weißes Licht und nach hinten ein rotes Licht und einen roten Rückstrahler zeigen.“

Ferner hat die Regierung von St. Vincent erklärt, daß sie

- a) gemäß den Bestimmungen des Artikels 2 Abs. 1 dieses Abkommens den Anhang 1 und 2 von der Anwendung ausschließt;
- b) gemäß den Bestimmungen des Anhanges 6 Abschnitt IV lit. b dieses Abkommens sich das Recht vorbehält, an Zugfahrzeugen nur einen Anhänger, an Sattelkraftfahrzeugen jedoch keinen Anhänger zuzulassen. Ferner werden Sattelkraftfahrzeuge nicht zur Personenbeförderung gegen Miete oder Entgelt zugelassen.

5. Für Nord-Borneo am 22. April 1960 mit folgendem Vorbehalt:

„Im Zusammenhang mit Artikel 24 des genannten Abkommens behält sich die Regierung von Nord-Borneo das Recht vor, Personen die Führung eines anderen als eines vorübergehend in das Gebiet von Nord-Borneo eingeführten Fahrzeuges nicht zu gestatten, wenn

- i) das Fahrzeug zur Personenbeförderung gegen Miete oder gegen Entgelt oder zur Güterbeförderung verwendet wird, und
- ii) der Führer eines solchen Fahrzeuges entsprechend den Gesetzen von Nord-Borneo verpflichtet wäre, im Besitz eines besonderen Berufsführerscheines zu sein.“

6. Für Sierra Leone am 22. April 1960 mit denselben Erklärungen und Vorbehalten wie für St. Vincent.

7. Für Barbados am 27. September 1960 mit folgender Erklärung:

„Die Vorbehalte und Erklärungen, die das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland aus Anlaß der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde abgegeben hat, werden auf Barbados erstreckt.“

Raab

76. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 1. März 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr.

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten das Abkommen über Zollerleichterungen im Reiseverkehr, BGBl. Nr. 131/1956, ratifiziert oder sind diesem beigetreten:

Staaten :	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde :
Peru	16. Jänner 1959
Frankreich	24. April 1959
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (mit Vorbehalt)	17. August 1959
Bulgarien (mit Vorbehalt)	7. Oktober 1959
Philippinen	9. Feber 1960
Polen (mit Vorbehalt)	16. März 1960
Nepal	21. September 1960

Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik hat am 26. März 1959 erklärt, daß der Vorbehalt, enthalten in den Schlußakten über die Konferenz der Vereinten Nationen über Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Reiseverkehr, BGBl. Nr. 131/1956, auf Syrien erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 16. Juni 1959 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Barbados erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 12. September 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Britisch-Honduras erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 11. November 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Hong-Kong erstreckt wird.

Der Vorbehalt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezieht sich auf Artikel 21 dieses Abkommens und hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick darauf, daß Meinungsverschiedenheiten über Auslegung oder Anwendung

dieses Abkommens einem Schiedsspruch unterworfen werden können, erklärt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß eine Meinungsverschiedenheit nur dann einem Schiedsspruch unterworfen werden darf, wenn alle am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten einem Schiedsverfahren zustimmen und nur jene Personen als Schiedsrichter tätig werden, die mit Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten nominiert werden.“

Der Vorbehalt Bulgariens hat folgenden Wortlaut:

„Bulgarien erachtet sich hinsichtlich der Bestimmungen über Schiedssprüche des Artikels 21, Absatz 2 und 3, als nicht gebunden.“

Der Vorbehalt Polens hat folgenden Wortlaut:

„(1) Polen behält sich das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 4 dieses Abkommens nicht anzuwenden.

(2) Ungeachtet des Artikels 21 dieses Abkommens darf eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsspruch nur mit Zustimmung aller beteiligten Vertragsstaaten unterworfen werden, deren Zustimmung auch zur Nominierung eines oder mehrerer Schiedsrichter notwendig ist.“

Raab

77. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 1. März 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge.

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge, BGBl. Nr. 131/1956, ratifiziert oder sind diesem beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Peru	16. Jänner 1959
Frankreich	24. April 1959
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (mit Vorbehalt)	17. August 1959
Bulgarien (mit Vorbehalt)	7. Oktober 1959
Philippinen	9. Feber 1960
Polen (mit Vorbehalt)	16. März 1960
Nepal	21. September 1960

Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik hat am 26. März 1959 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf die Provinz Syrien erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 16. Juni 1959 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Barbados erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 12. September 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Britisch-Honduras erstreckt wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 11. November 1960 erklärt, daß die Anwendung dieses Abkommens auf Hong-Kong erstreckt wird.

Der Vorbehalt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezieht sich auf Artikel 40 dieses Abkommens und auf folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick darauf, daß Meinungsverschiedenheiten über Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens einem Schiedsspruch unterworfen werden können, erklärt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß eine Meinungsverschiedenheit nur dann einem Schiedsspruch unterworfen werden darf, wenn alle am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten einem Schiedsverfahren zustimmen und nur jene Personen als Schiedsrichter tätig werden, die mit Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten nominiert werden.“

Der Vorbehalt Bulgariens hat folgenden Wortlaut:

„Bulgarien erachtet sich hinsichtlich der Bestimmungen über Schiedssprüche des Artikels 40, Absatz 2 und 3, als nicht gebunden.“

Der Vorbehalt Polens hat folgenden Wortlaut:

„Ungeachtet des Artikels 40 dieses Abkommens darf eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsspruch nur mit Zustimmung aller beteiligten Vertragsstaaten unterworfen werden, deren Zustimmung auch zur Nominierung eines oder mehrerer Schiedsrichter notwendig ist.“

Raab

78. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. März 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von Wasserfahrzeugen und Luftfahrzeugen zum eigenen Gebrauch.

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen sind seit der Kundmachung BGBl. Nr. 169/1959 folgende Staaten dem Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr

von Wasserfahrzeugen und Luftfahrzeugen zum eigenen Gebrauch, BGBl. Nr. 21/1958, beigetreten beziehungsweise haben es ratifiziert:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Jugoslawien	29. Jänner 1960
Schweiz (mit Erklärung)	7. Juli 1960
Niederlande	27. Juli 1960

Die Erklärung der Schweiz hat folgenden Wortlaut:

„Dieses Zollabkommen findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieses mit der Schweiz durch eine Zollunion verbunden ist.“

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf folgende Gebiete, deren internationale Beziehungen vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen werden, erstreckt wird:

- a) am 19. Oktober 1959 auf Malta und Sierra Leone;
- b) am 12. Mai 1960 auf Hong-Kong und die Falkland Inseln, und
- c) am 12. Jänner 1961 auf Britisch-Honduras.

Die Regierung der Französischen Republik hat am 14. Dezember 1960 erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Zollabkommens auf folgende überseeische Gebiete erstreckt wird:

St. Pierre, Miquelon, Französisch-Somaliland, Komoren, Neu-Kaledonien mit abhängigen Gebieten und Französisch-Polynesien.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 23. Dezember 1959 und die Regierung der Französischen Republik am 28. Dezember 1959 erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf das Kondominium der Neuen Hebriden erstreckt wird.

Die Regierung der Niederlande hat am 27. Juli 1960 erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf Surinam, Niederländische Antillen und Niederländisch Neu-Guinea erstreckt wird.

Raab

79. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. März 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über Behälter.

Seit der Kundmachung BGBl. Nr. 261/1959 haben folgende weitere Staaten das Zollabkommen über Behälter samt Unterzeichnungsproto-

koll vom 18. Mai 1956, BGBl. Nr. 22/1958, ratifiziert beziehungsweise sind diesem beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde
Bulgarien (mit Vorbehalt)	18. Jänner 1960
Belgien	27. Mai 1960
Schweiz (mit Erklärung)	7. Juli 1960
Niederlande	27. Juli 1960

Der Vorbehalt Bulgariens hat folgenden Wortlaut:

„Bulgarien erachtet sich hinsichtlich der Bestimmungen des Artikels 17 Abs. 2 und 3 dieses Abkommens in bezug auf die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit als nicht gebunden.“

Die Erklärung der Schweiz hat folgenden Wortlaut:

„Dieses Zollabkommen findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieses mit der Schweiz durch eine Zollunion verbunden ist.“

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat am 4. November 1959 erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf folgende Gebiete, deren internationale Beziehungen vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen werden, erstreckt wird:

Antigua, Barbados, Bermuda, Britisch-Salomon-Inseln, Brunei, Dominica, Falkland Inseln, Gambia, Gibraltar, Gilbert und Ellice Inseln, Grenada, Jamaica, Mauritius, Montserrat, Nord-Borneo, St. Christopher mit Nevis und Anguilla, St. Lucia, St. Vincent, Sarawak, Sierra Leone, Singapur, Trinidad mit Tobago und Sansibar.

Die Regierung der Niederlande hat am 27. Juli 1960 erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf die Niederländischen Antillen und auf Niederländisch Neu-Guinea erstreckt wird.

Raab

80. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. März 1961, betreffend die Ratifikation des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch Italien und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Das Generalsekretariat des Europarates hat mitgeteilt, daß folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunde zum Europäischen Überein-

kommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, BGBl. Nr. 42/1960, hinterlegt haben:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Italien (mit Erklärung)	29. Jänner 1960
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (mit Erklärung und Vorbehalt)	7. Dezember 1960

Italien hat erklärt, daß es die in Artikel 34 Abs. 1 lit. b dieses Übereinkommens vorgesehene Erklärung abgebe und demnach die Kapitel II und III über das Vergleichs- und Schiedsverfahren nicht anwenden wird.

Die Erklärung und die Vorbehalte des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland haben folgenden Wortlaut:

- „a) In Übereinstimmung mit Artikel 34 Absatz 1 lit. a dieses Übereinkommens erklärt das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland das Kapitel III nicht anzuwenden;
- b) in Übereinstimmung mit Artikel 35 dieses Übereinkommens erklärt das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland folgende Vorbehalte:
- die Vorbehalte, die das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland aus Anlaß der Annahme der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes notifiziert hat, finden auch auf dieses Übereinkommen insoweit Anwendung, als sie sich nicht bereits aus anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens ergeben;
 - das Kapitel II dieses Übereinkommens findet, mit Ausnahme der Kanalinseln und der Insel Man, keine Anwendung auf Streitigkeiten, die ein oder mehrere Territorien betreffen, die zwar nicht Teile des Mutterlandes des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sind, deren internationale Beziehungen aber vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen werden.“

Raab

81. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 3. März 1961, betreffend weitere Ratifikationen und Beitritte zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge.

Seit der Kundmachung im BGBl. Nr. 220/1959 haben folgende weitere Staaten das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerb-

licher Straßenfahrzeuge, BGBl. Nr. 20/1958, ratifiziert beziehungsweise sind diesem beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Bulgarien (mit Vorbehalt)	7. Oktober 1959
Schweiz (mit Erklärung)	7. Juli 1960
Niederlande	27. Juli 1960

Der Vorbehalt Bulgariens hat folgenden Wortlaut:

„Bulgarien betrachtet sich hinsichtlich des Artikels 38 Abs. 2 und 3 dieses Vertrages, welcher sich auf die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit bezieht, als nicht gebunden.“

Die Erklärung der Schweiz hat folgenden Wortlaut:

„Dieses Zollabkommen findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieses mit der Schweiz durch eine Zollunion verbunden ist.“

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat erklärt, daß der Geltungsbereich dieses Abkommens auf folgende Gebiete, deren internationale Beziehungen vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wahrgenommen werden, erstreckt wird:

- am 6. November 1959 auf Gibraltar, Brunei, Britisch-Somaliland, Nord-Borneo, Seychellen Inseln und Singapur;
- am 29. April 1960 auf Gambia;
- am 12. September 1960 auf Sierra Leone;
- am 21. September 1960 auf Hong-Kong.

Raab

82. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 13. März 1961 über den Beitritt weiterer Staaten zur Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

Nach Mitteilung der britischen Regierung haben seit der letzten Kundmachung, BGBl. Nr. 26/1959, folgende weitere Staaten die Verfassung der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, BGBl. Nr. 49/1949, angenommen:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Guinea	2. Feber 1960
Dahomey	18. Oktober 1960
Kongo (Brazzaville)	24. Oktober 1960
Elfenbeinküste	27. Oktober 1960
Mali	7. November 1960
Senegal	10. November 1960
Niger	10. November 1960
Madagaskar	10. November 1960
Kamerun	11. November 1960
Zentralafrikanische Republik	11. November 1960

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Nigeria	14. November 1960
Ober-Volta	14. November 1960
Somali	15. November 1960
Gabon	16. November 1960
Togo	17. November 1960
Kuweit	18. November 1960
Kongo (Leopoldville)	25. November 1960
Tschad	19. Dezember 1960

Raab

83. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 13. März 1961 über die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen.

Nach Mitteilung der Königlich Niederländischen Botschaft in Wien hat Frankreich gemäß

Artikel 30 Abs. 2 des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, BGBl. Nr. 91/1957, erklärt, die Wirksamkeit desselben auf folgende überseeische Gebiete, deren internationale Beziehungen von der Französischen Republik wahrgenommen werden, auszudehnen:

1. Saint-Pierre, Miquelon, Französisch-Somali, Neu Kaledonien und benachbarte Gebiete, Französisch Polynesien.
2. Guadeloupe, Martinique, Guayana, Réunion.

Das Übereinkommen ist gemäß Artikel 30 Abs. 3 zwischen Österreich und den unter Punkt 1 genannten Gebieten am 5. März 1961 in Kraft getreten und wird zwischen Österreich und den unter Punkt 2 genannten Gebieten am 17. Juli 1961 in Kraft treten.

Raab

84.

Der Bundespräsident der Republik Österreich erklärt das zwischen der Republik Österreich und der Republik El Salvador abgeschlossene Handelsabkommen, welches also lautet:

HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK EL SALVADOR

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Republik El Salvador, von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen, haben beschlossen, ein Handelsabkommen abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt

Seine Exzellenz der Bundespräsident der Republik Österreich:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Rudolf Baumann, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, und

Seine Exzellenz der Präsident der Republik El Salvador:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Alfredo Ortiz Mancía, Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

welche nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

TRATADO DE COMERCIO ENTRE LA REPUBLICA DE AUSTRIA Y LA REPUBLICA DE EL SALVADOR

El Presidente de la República de Austria y el Presidente de la República de El Salvador, animados por el deseo de estrechar las relaciones económicas entre ambos países, han acordado firmar un tratado de comercio y para este fin han nombrado como sus apoderados:

Su Excelencia el Presidente Federal de Austria, a:

Su Excelencia señor Dr. Rudolf Baumann, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario, y

Su Excelencia el Presidente de la República de El Salvador, a:

Su Excelencia, señor doctor don Alfredo Ortiz Mancía, Ministro de Relaciones Exteriores,

quienes, después del intercambio de los poderes encontrados en buena y debida forma, han convenido en lo siguiente:

Artikel I

Die Vertragschließenden Teile werden alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um den Handelsverkehr zwischen ihren beiden Ländern zu fördern und zu erweitern.

Artikel II

Die zuständigen österreichischen Behörden werden im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften die Einfuhranträge für salvadorenische Waren mit größtmöglichem Wohlwollen behandeln.

Die Einfuhr salvadorenischen Kaffees in das österreichische Bundesgebiet wird ohne irgendeine Beschränkung zugelassen werden. Die österreichische Bundesregierung wird infolgedessen ohne Einschränkungen oder Abzüge Einfuhrlizenzen erteilen sowie freie und konvertible Devisen für den Kauf dieses Erzeugnisses bereitstellen.

Artikel III

Die zuständigen salvadorenischen Behörden werden im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften die Einfuhranträge für österreichische Waren mit größtmöglichem Wohlwollen behandeln.

Falls El Salvador künftig Einfuhrbeschränkungen oder Kontrollen über die zwischenstaatliche Geldbewegung einführen sollte, wird für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in Österreich die Meistbegünstigung gewährt werden.

Artikel IV

A) Die Vertragschließenden Teile werden sich hinsichtlich der Zölle, der Zollformalitäten sowie der Eingangsabgaben beim Export und Import von Waren mit Ursprung in einem der Länder der Vertragschließenden Teile wechselseitig die Meistbegünstigung einräumen.

B) Die Bestimmungen des Absatzes A) werden nicht angewendet hinsichtlich der Gewährung oder der Beibehaltung von:

1) Begünstigungen, welche von einem der Vertragschließenden Teile Nachbarländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs eingeräumt wurden oder eingeräumt werden;

2) Begünstigungen, welche aus einer Zollunion oder aus einer Freihandelszone resultieren, welcher einer der Vertragschließenden Teile angehört oder beitrifft;

3) Begünstigungen, welche von einem der Vertragschließenden Teile dritten Staaten in

Artículo I

Las Partes Contratantes adoptarán todas las medidas apropiadas para fomentar y ampliar el intercambio comercial entre sus respectivos países.

Artículo II

Las autoridades austriacas competentes tratarán, dentro del marco de las disposiciones legales vigentes, las solicitudes de importación de mercaderías salvadoreñas con la máxima benevolencia posible.

La importación de café salvadoreño al territorio de Austria será permitida sin ninguna limitación. En consecuencia, el Gobierno de Austria concederá permisos de importación y otorgará divisas libres y convertibles para la adquisición de aquel producto, sin restricciones ni deducciones.

Artículo III

Las autoridades salvadoreñas competentes tratarán, dentro del marco de las disposiciones legales vigentes, las solicitudes de importación para las mercancías austriacas con la máxima benevolencia posible.

Si en el futuro El Salvador llegare a establecer restricciones a la importación o controles sobre el movimiento internacional de fondos, se otorgará el trato de nación más favorecida para la importación de productos originarios de Austria.

Artículo IV

A) Las Partes Contratantes se concederán mutuamente, con respecto a aranceles, formalidades aduanales, así como erogaciones pagaderas con motivo de la exportación e importación de mercancías originarias de uno de los países de las Partes Contratantes, el trato de nación más favorecida.

B) Las disposiciones del inciso A) no se aplicarán con respecto al otorgamiento o la conservación de:

1) Concesiones que una de las Partes Contratantes haya concedido o conceda a sus países limítrofes para facilitar el tráfico fronterizo;

2) Concesiones que resulten de una unión aduanera o zona libre de comercio, a las que pertenece o se adhiera una de las dos Partes Contratantes;

3) Concesiones que una de las Partes Contratantes haya otorgado y otorgue a terceros países

Anwendung multilateraler Abmachungen, an welchen der andere Vertragschließende Teil nicht teilnimmt, gewährt wurden und gewährt werden.

Artikel V

Die Zahlungen, die sich aus dem wechselseitigen Warenverkehr ergeben, werden ausschließlich in frei konvertierbaren Währungen erfolgen.

Artikel VI

Zur Überwachung der Anwendung dieses Vertrages sowie zur Behebung allfällig auftretender Schwierigkeiten kann eine Gemischte Kommission aus Vertretern der Vertragschließenden Teile gebildet werden. Diese Kommission wird außerdem berechtigt sein, den Vertragschließenden Teilen Vorschläge zur Förderung des Warenaustausches zu unterbreiten und insbesondere alle zweckmäßigen Maßnahmen zu ergreifen, die sich in dem Falle, daß einer der Vertragschließenden Teile sein Außenhandelsregime wesentlich ändern sollte, als notwendig erweisen würden.

Artikel VII

Dieses Abkommen wird gemäß dem verfassungsmäßigen Verfahren eines jeden der Vertragschließenden Teile ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird so bald als möglich in Mexico Stadt, Vereinigte Staaten von Mexico, stattfinden.

Dieses Abkommen wird am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und so lange in Geltung bleiben, als es nicht von einem der Vertragschließenden Teile unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten gekündigt wird.

Unterscriben und gesiegelt in San Salvador in zweifacher Ausfertigung in deutscher und spanischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind, am dreiundzwanzigsten März eintausendneunhundertsechzig.

Für die Republik Österreich:

Rudolf Baumann

Für die Republik El Salvador:

Alfredo Ortiz Mancía

en aplicación de convenios multilaterales en los cuales no participa la otra parte contratante.

Artículo V

Los pagos originados por el comercio recíproco de mercancías se efectuarán exclusivamente en monedas libremente convertibles.

Artículo VI

Para la Vigilancia de la aplicación del presente Tratado así como para resolver dificultades eventuales podrá constituirse una Comisión Mixta de representantes de las Partes Contratantes. Esta comisión estará además facultada para someter a las Partes Contratantes proposiciones para el fomento del intercambio de mercancías y, especialmente, para tomar todas las medidas adecuadas que pudiesen resultar necesarias en el caso de que una de las Partes Contratantes modificase esencialmente su régimen de comercio exterior.

Artículo VII

El presente Tratado se ratificará de conformidad con el procedimiento constitucional de cada una de las Partes Contratantes. El intercambio de los documentos de ratificación se verificará a la mayor brevedad posible en la ciudad de México, Estados Unidos mexicanos.

El presente Tratado entrará en vigor el día del intercambio de los documentos de ratificación y permanecerá vigente en tanto no haya sido denunciado por una de las Partes Contratantes, observándose para ello un plazo de tres meses.

Firmado y sellado en San Salvador por duplicado en lengua alemana y española, siendo ambos textos fehacientes, el veintitrés de marzo de mil novecientos sesenta.

Por la República de Austria:

Rudolf Baumann

Por la República de El Salvador:

Alfredo Ortiz Mancía

für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Handelsabkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 4. Juni 1960.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für Finanzen:

Kamitz

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Bock

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 1. August 1960 stattgefunden.

Raab

85.

Nachdem das Abkommen über die Gründung der „EUROFIMA“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, samt Zusatzprotokoll, Unterzeichnungsprotokoll und Statuten, welche also lauten:

CONVENTION RELATIVE A LA CONSTITUTION D'« EUROFIMA »

Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire

Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, d'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Populaire Fédérative de Yougoslavie,

considérant que le chemin de fer ne peut jouer son rôle dans l'économie générale que s'il est mis à même d'effectuer les investissements correspondant à un renouvellement normal et à

ABKOMMEN ÜBER DIE GRÜNDUNG DER „EUROFIMA“

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, Schwedens, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien,

in der Erwägung, daß die Eisenbahnen ihre Aufgabe in der Gesamtwirtschaft nur dann erfüllen können, wenn sie in der Lage sind, die einer normalen Erneuerung und einer unum-

CONVENZIONE PER LA COSTITUZIONE DI « EUROFIMA »

Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario

I Governi della Repubblica federale di Germania, della Repubblica Austriaca, del Regno del Belgio, del Regno della Danimarca, della Spagna, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Granducato di Lussemburgo, del Regno di Norvegia, del Regno dei Paesi Bassi, della Repubblica Portoghese, della Svezia, della Confederazione Svizzera e della Repubblica popolare federativa di Jugoslavia,

considerato che la ferrovia può assolvere il suo compito nell'economia generale solo se è in grado di procedere a investimenti corrispondenti a un rinnovamento normale e alla

une modernisation indispensable du matériel roulant; que les progrès réalisés dans la standardisation du matériel et dans son exploitation en commun trouvent leur complément logique dans l'adoption d'un mode de financement international des achats;

considérant qu'un tel financement est susceptible de constituer une véritable opération de consolidation des efforts techniques faits pour assurer une intégration progressive des chemins de fer sur le plan européen; que ce financement s'adapte aussi particulièrement bien à un matériel roulant composé d'unités standardisées dont la propriété peut être aisément transférée d'un pays à l'autre;

considérant que le Chemin de fer Fédéral Allemand, la Société Nationale des Chemins de fer Français, les Chemins de fer Italiens de l'Etat, la Société Nationale des Chemins de fer Belges, les Chemins de fer Fédéraux Suisses, les Chemins de fer Néerlandais S. A., les Chemins de fer de l'Etat de Suède, le Réseau National des Chemins de fer Espagnols, la Société Nationale des Chemins de fer Luxembourgeois, les Chemins de fer Yougoslaves, la Compagnie des Chemins de fer Portugais, les Chemins de fer Fédéraux Autrichiens, les Chemins de fer de l'Etat Danois, les Chemins de fer de l'Etat Norvégien,

sont convenus de constituer « Eurofima », Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire (appelée ci-après la « Société »);

considérant que, tant par sa composition que par son but, la Société présente un intérêt public et un caractère international;

constatant en effet que la Société a pour but de favoriser l'équipement et l'exploitation, aux meilleures conditions pos-

gänglichen Modernisierung des rollenden Materials entsprechenden Investitionen durchzuführen; daß die Fortschritte, die bei der Standardisierung und bei der gemeinsamen Verwendung des Materials erzielt wurden, ihre logische Ergänzung in der Einführung eines Verfahrens zur internationalen Finanzierung der Materialeinkäufe finden;

in der Erwägung, daß ein solches Finanzierungsverfahren zur Festigung der Bemühungen auf technischem Gebiet um eine fortschreitende Integration der Eisenbahnen auf europäischer Ebene beizutragen vermag und diese Finanzierungsmethode sich auch besonders gut für genormte Fahrzeuge eignen würde, deren Eigentum leicht von einem zum anderen Land übertragen werden kann;

in der Erwägung, daß die Deutsche Bundesbahn, die Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen, die Italienischen Staatsbahnen, die Nationale Gesellschaft der belgischen Eisenbahnen, die Schweizerischen Bundesbahnen, die Niederländischen Eisenbahnen, die Schwedischen Staatsbahnen, das Nationale Netz der Spanischen Eisenbahnen, die Nationale Gesellschaft der Luxemburgischen Eisenbahnen, die Jugoslawischen Eisenbahnen, die Portugiesische Eisenbahngesellschaft, die Österreichischen Bundesbahnen, die Dänischen Staatsbahnen, die Norwegischen Staatsbahnen vereinbart haben, die „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (im nachstehenden „Die Gesellschaft“ genannt) zu gründen;

in der Erwägung, daß die Gesellschaft sowohl nach ihrer Zusammensetzung als auch nach ihrem Zweck einem öffentlichen Interesse dient und ein Gebilde internationaler Prägung darstellt;

in der Feststellung, daß die Gesellschaft den Zweck hat, die Ausrüstung und den der Öffentlichkeit dienenden Betrieb der

modernizzazione indispensabile del materiale rotabile; che i progressi realizzati nella standardizzazione del materiale e nel suo esercizio comune trovano il loro complemento logico nell'adozione di un sistema di finanziamento internazionale degli acquisti;

considerato che tale finanziamento può costituire una vera operazione di consolidamento degli sforzi tecnici fatti per garantire una integrazione progressiva delle ferrovie sul piano europeo, e che questo sistema di finanziamento si presta pure particolarmente per i veicoli standardizzati, la cui proprietà può essere facilmente trasferita da un Paese all'altro;

considerato che la Ferrovia federale Germanica, la Società Nazionale delle Ferrovie Francesi, le Ferrovie Italiane dello Stato, la Società Nazionale delle Ferrovie Belghe, le Ferrovie Federali Svizzere, la Soc. An. delle Ferrovie Olandesi, le Ferrovie Svedesi dello Stato, la Rete Nazionale delle Ferrovie Spagnuole, la Società Nazionale delle Ferrovie Lussemburghesi, le Ferrovie Jugoslave, la Compagnia delle Ferrovie Portoghesi, le Ferrovie Federali Austriache, le Ferrovie Danesi dello Stato, le Ferrovie Norvegesi dello Stato

hanno convenuto di costituire « Eurofima », Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario (chiamata qui appresso « Società »);

considerato che, sia per la sua composizione, sia per il suo scopo, la Società presenta un interesse pubblico e un carattere internazionale;

considerato in effetto che la Società si prefigge come scopo di favorire alle migliori condizioni possibili l'attrezzatura e

sibles, du service public des transports ferroviaires des parties contractantes;

désireux dans ces conditions d'accorder à la Société tout le soutien possible;

reconnaissant que l'action de la Société dans les domaines économique et financier doit être facilitée par des mesures exceptionnelles et que la constitution et le fonctionnement de celle-ci ne doivent pas avoir pour résultat de faire supporter par les administrations de chemin de fer intéressées des impôts et taxes qui n'auraient pas été à leur charge si chacune d'entre elles avait assumé, par ses propres moyens, son équipement en matériel;

considérant que le crédit de la Société, laquelle devra recourir à l'emprunt pour le financement d'une grande partie des marchés qu'elle contractera, ne pourra être obtenu et maintenu qu'à la condition que les engagements pris envers elle par les administrations de chemin de fer soient respectés en toutes circonstances;

ont désigné les représentants soussignés qui, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

a) Les Gouvernements parties à la présente Convention approuvent la constitution de la Société qui sera régie par les Statuts annexés à la présente Convention (appelés ci-après « les Statuts ») et, à titre subsidiaire par le droit de l'Etat du siège, dans la mesure où il n'y est pas dérogé par la présente Convention.

b) Le Gouvernement de l'Etat du siège prendra les mesures nécessaires pour permettre la constitution de la Société dès l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 2

a) Les Statuts, ainsi que toute modification qui leur serait ap-

Eisenbahnen der Vertragsparteien zu bestmöglichen Bedingungen zu fördern;

von dem Wunsche geleitet, unter diesen Umständen jede der Gesellschaft mögliche Unterstützung zu gewähren;

in der Erkenntnis, daß die Tätigkeit der Gesellschaft auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet durch Ausnahmeregelungen begünstigt werden muß, und daß die Gründung und Tätigkeit der Gesellschaft nicht dazu führen darf, daß den beteiligten Eisenbahnverwaltungen höhere Lasten an Steuern und Abgaben erwachsen, als wenn jede von ihnen ihre Materialeinkäufe mit eigenen Mitteln finanzieren würde;

in der Erwägung, daß der Kredit der Gesellschaft, die ihre Materialeinkäufe größtenteils durch Anleihen finanzieren muß, nur geschaffen und aufrechterhalten werden kann, wenn die von den Eisenbahnverwaltungen der Gesellschaft gegenüber eingegangenen Verpflichtungen unter allen Umständen eingehalten werden;

haben die unterzeichneten Vertreter ernannt, die, ordnungsgemäß bevollmächtigt, folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

a) Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen billigen die Gründung der Gesellschaft, für welche die in der Anlage zum Abkommen beigefügten Statuten (im folgenden „die Statuten“ genannt) und subsidiär das Recht des Sitzstaates, insoweit es durch dieses Abkommen nicht geändert wird, maßgebend sind.

b) Die Regierung des Sitzstaates wird die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um gleich nach dem Inkrafttreten des Abkommens die Errichtung der Gesellschaft zu ermöglichen.

Artikel 2

a) Die Statuten sowie alle Änderungen, die sie gemäß den

l'esercizio del servizio pubblico dei trasporti per ferrovia delle Parti contraenti;

animati dal desiderio di accordare alla Società tutto l'appoggio possibile;

riconosciuto che l'azione della Società nel campo economico e in quello finanziario deve essere facilitata con provvedimenti eccezionali e che la costituzione e il funzionamento della medesima non debbono avere come risultato di fare sopportare alle Amministrazioni ferroviarie interessate imposte e tasse, che non sarebbero state loro addebitate se ognuna di esse avesse provveduto alla dotazione del suo materiale con mezzi propri;

considerato che il credito della Società, che dovrà ricorrere a prestiti per il finanziamento di gran parte degli acquisti fatti, potrà essere ottenuto e mantenuto solo a condizione che gli impegni assunti nei suoi confronti dalle Amministrazioni ferroviarie siano rispettati in ogni circostanza;

hanno designato i rappresentanti sottoscritti, i quali, debitamente autorizzati, hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

a) I Governi che partecipano alla presente Convenzione approvano la costituzione della Società che sarà retta dallo Statuto accluso alla Convenzione medesima (chiamato in seguito « Statuto »), e, a titolo sussidiario, dal diritto dello Stato dove si trova la sede, in quanto la presente Convenzione non preveda deroghe.

b) Il Governo dello Stato ove si trova la sede prenderà i provvedimenti necessari per permettere la costituzione della Società non appena sarà entrata in vigore la presente Convenzione.

Articolo 2

a) Lo Statuto, come pure qualsiasi modifica allo stesso,

portée dans les conditions qu'ils prévoient et compte tenu des dispositions ci-après, seront valables et auront effet nonobstant toute disposition contraire du droit de l'Etat du siège.

b) Seront subordonnées à l'accord de tous les Gouvernements parties à la présente Convention, dont une administration de chemin de fer est actionnaire de la Société, les modifications aux dispositions des Statuts relatives:

- au siège de la Société;
- à son objet;
- à sa durée;
- aux conditions prévues pour l'admission d'une administration de chemin de fer comme actionnaire de la Société;
- à la majorité qualifiée requise dans certains cas pour les votes de l'Assemblée générale;
- à l'attribution d'un droit de vote égal à tous les administrateurs;
- à la garantie par les actionnaires de l'exécution des contrats de financement conclus par la Société; (dispositions incluses respectivement dans les articles 2, 3, 4, 9, 15, 18 et 27 des Statuts ci-annexés).

c) Seront subordonnées à l'accord du Gouvernement de l'Etat du siège les modifications aux dispositions des Statuts relatives à l'augmentation ou réduction du capital social, au droit de vote des actionnaires, à la composition du Conseil d'administration et à la répartition des bénéfices (dispositions incluses respectivement dans les articles 5, 15, 18 et 30 des Statuts ci-annexés).

d) Le Gouvernement de l'Etat du siège notifiera sans délai aux autres Gouvernements toutes les modifications aux Statuts décidées par la Société. Dans les cas prévus aux paragraphes b) et c) du présent ar-

Bedingungen der Statuten und unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bestimmungen erfahren, werden ungeachtet jeder entgegenstehenden Bestimmung des Rechtes des Sitzstaates rechtswirksam.

b) Die Zustimmung aller an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist, ist erforderlich für Änderungen der Statuten betreffend

- den Sitz der Gesellschaft,
- den Zweck,
- die Dauer,
- die Bedingungen für die Aufnahme einer Eisenbahnverwaltung in die Gesellschaft als Aktionär,
- die in bestimmten Fällen erforderliche qualifizierte Mehrheit für die Abstimmung in der Generalversammlung,
- die Stimmgleichheit der Mitglieder des Verwaltungsrates,
- die Haftung der Aktionäre für die mit der Gesellschaft abgeschlossenen Finanzierungsverträge (die Bestimmungen darüber sind in den Artikeln 2, 3, 4, 9, 15, 18 und 27 der beiliegenden Statuten enthalten).

c) Änderungen der Statuten, die sich auf die Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals, das Stimmrecht der Aktionäre, die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und die Verteilung des Gewinnes beziehen (die entsprechenden Bestimmungen darüber sind in den Artikeln 5, 15, 18 und 30 der beiliegenden Statuten enthalten), bedürfen der Zustimmung der Regierung des Sitzstaates.

d) Die Regierung des Sitzstaates wird unverzüglich den anderen Regierungen alle von der Gesellschaft beschlossenen Statutenänderungen mitteilen. In den Fällen der Absätze b) und c) dieses Artikels werden

apportata nelle condizioni ch'esso prevede, e tenuto conto delle seguenti disposizioni, sarà valevole e avrà effetto giuridico nonostante qualsiasi contraria disposizione del diritto dello Stato ove si trova la sede.

b) Le disposizioni dello Statuto riguardanti gli oggetti sottoindicati saranno modificate soltanto con l'approvazione di tutti i Governi che partecipano alla presente Convenzione, in quanto trattisi di Governi di cui un'Amministrazione ferroviaria è azionista della Società:

- la sede della Società,
- i suoi oggetti,
- la sua durata,
- le condizioni previste per ammettere un'Amministrazione ferroviaria come azionista della Società,
- la maggioranza qualificata richiesta in certi casi per i voti dell'Assemblea generale,
- l'attribuzione del diritto di voto uguale a tutti gli Amministratori,
- la garanzia da parte degli azionisti circa l'esecuzione dei contratti di finanziamento conclusi dalla Società (disposizioni figuranti rispettivamente negli articoli 2, 3, 4, 9, 15, 18 e 27 dello Statuto accluso).

c) Saranno subordinate all'accordo del Governo dello Stato ove si trova la sede, le modifiche alle disposizioni dello Statuto riguardanti l'aumento o la diminuzione del capitale basi, il diritto di voto degli azionisti, la composizione del Consiglio di Amministrazione e la ripartizione degli utili (le relative disposizioni figurano negli articoli 5, 15, 18 e 30 dello Statuto accluso).

d) Il Governo dello Stato ove si trova la sede comunicherà immediatamente agli altri Governi tutte le modifiche apportate allo Statuto, decise dalla Società. Nei casi previsti nei paragrafi b) e c) del presente ar-

tielle, ces modifications deviendront applicables dans un délai de trois mois à compter de cette notification, si aucune opposition n'a été formulée par un Gouvernement dont l'accord est requis en vertu desdits paragraphes. Les oppositions formulées en vertu du présent paragraphe seront notifiées au Gouvernement de l'Etat du siège qui en donnera connaissance aux autres Gouvernements.

e) En cas d'opposition formulée par un Gouvernement, celui-ci entrera en consultation avec les autres Gouvernements, à la demande de l'un d'entre eux, en vue d'examiner l'opportunité des modifications en cause.

Article 3

a) Lorsque les contrats conclus entre la Société et les administrations de chemin de fer relatifs à la mise à disposition du matériel acheté par la Société seront soumis à la loi de l'Etat du siège, la Société restera propriétaire du matériel en cause, sauf convention expresse contraire, jusqu'au moment où elle aura reçu l'intégralité du prix, sans qu'un enregistrement officiel soit nécessaire. Dans ce cas, la Société aura le droit, en cas de résiliation d'un contrat par suite de retard d'une administration, de demander, outre des dommages-intérêts pour cause d'inexécution du contrat, la restitution du matériel en cause, sans devoir restituer les termes déjà reçus.

b) Les tribunaux de l'Etat du siège, lorsqu'ils en seront saisis, connaîtront des litiges relatifs aux contrats conclus entre la Société et les administrations de chemin de fer et soumis à la loi de l'Etat du siège.

Article 4

a) Les Gouvernements accorderont à leurs administrations de chemin de fer les autorisa-

diese Änderungen innerhalb einer Frist von 3 Monaten, gerechnet von der Bekanntgabe der Änderungen an, wirksam, wenn keine Regierung, deren Zustimmung nach den genannten Absätzen erforderlich ist, Einspruch erhoben hat. Solche Einsprüche sind der Regierung des Sitzstaates mitzuteilen, die sie den anderen Regierungen zur Kenntnis bringt.

e) Erhebt eine Regierung Einspruch, so wird sie mit den anderen Regierungen auf Ersuchen einer derselben in Beratungen eintreten, um die Zweckmäßigkeit der betreffenden Änderungen zu prüfen.

Artikel 3

a) Wenn die zwischen der Gesellschaft und den Eisenbahnverwaltungen abgeschlossenen Verträge über die Zurverfügungstellung des durch die Gesellschaft gekauften Materials dem Recht des Sitzstaates unterworfen werden, bleibt die Gesellschaft solange Eigentümerin des betreffenden Materials, sofern darüber nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, bis sie den vollständigen Kaufpreis erhalten hat, ohne daß eine Eintragung in das Register notwendig ist. In diesem Falle hat die Gesellschaft, wenn ein Vertrag wegen Verzugs einer Eisenbahnverwaltung hinfällig wird, das Recht, neben Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages auch die Rückgabe des betreffenden Materials zu verlangen, ohne die bereits empfangenen Zahlungen zurückerstatten zu müssen.

b) Werden die Gerichte des Sitzstaates angerufen, so werden sie über Streitigkeiten aus Verträgen, die zwischen der Gesellschaft und den Eisenbahnverwaltungen abgeschlossen und dem Recht des Sitzstaates unterworfen sind, erkennen.

Artikel 4

a) Die Regierungen werden ihren Eisenbahnverwaltungen die Genehmigungen erteilen, die

tiolo, queste modifiche saranno applicabili tre mesi dopo la data della notifica, sempre che un Governo, di cui sia richiesto l'accordo giusta i citati paragrafi, non abbia fatto opposizione. Le opposizioni fatte in virtù del presente paragrafo saranno notificate al Governo dello Stato ove si trova la sede, il quale ne informerà gli altri Governi.

e) In caso d'opposizione da parte di un Governo, questo consulterà gli altri Governi, se uno di questi lo domanda, allo scopo di esaminare l'opportunità delle modifiche in questione.

Articolo 3

a) Allorché i contratti stipulati fra la Società e le Amministrazioni ferroviarie per mettere a disposizione il materiale acquistato dalla Società saranno sottoposti alla legge dello Stato ove si trova la sede, la Società resterà proprietaria del materiale in questione fino al momento in cui essa avrà ricevuto il prezzo totale, salvo espresso accordo contrario. Non sarà richiesta alcuna iscrizione ufficiale. In tale caso, verificandosi l'annullamento di un contratto a causa di ritardo di un'Amministrazione, la Società avrà il diritto di chiedere, oltre il risarcimento dei danni per la mancata esecuzione del contratto, la restituzione del materiale in questione, senza dover restituire i versamenti già ricevuti.

b) I tribunali dello Stato ove si trova la sede, quando saranno aditi, conosceranno i litigi riguardanti i contratti stipulati fra la Società e le Amministrazioni ferroviarie, e sottoposti alla legge dello Stato ove si trova la sede.

Articolo 4

a) I Governi accorderanno alle loro Amministrazioni ferroviarie le autorizzazioni richieste

tions requises pour l'accomplissement de tous les actes relatifs à la constitution de la Société.

b) Les Gouvernements faciliteront l'accomplissement, par leurs administrations de chemin de fer, de tous les actes se rapportant aux activités de la Société.

Article 5

a) Dans le cas où l'Etat, en vertu des dispositions nationales existantes, n'est pas tenu par les engagements contractés par une administration de chemin de fer de son pays, actionnaire de la Société, soit entièrement, soit dans la limite d'une partie de son patrimoine, le Gouvernement garantira les engagements contractés par cette administration de chemin de fer envers la Société.

b) Toutefois, cette garantie n'est pas obligatoirement accordée dans le cas où ladite administration de chemin de fer donne elle-même sa garantie principale à une administration de chemin de fer non actionnaire de la Société ou à un autre organisme ferroviaire. Dans ce dernier cas, à défaut de la garantie du Gouvernement dont relève l'administration actionnaire, les autres Gouvernements n'assument aucune obligation de garantie.

Article 6

a) Les décisions de la Société relatives à la création d'agences ou de succursales seront subordonnées à l'accord de tous les Gouvernements parties à la présente Convention, dont une administration de chemin de fer est actionnaire de la Société. La procédure prévue aux paragraphes d) et e) de l'Article 2 ci-dessus s'appliquera aux décisions de la Société visées au présent paragraphe.

b) La Société fera rapport chaque année aux Gouvernements parties à la présente Convention dont une administration de chemin de fer est ac-

sie für alle Handlungen, die sich auf die Gründung der Gesellschaft beziehen, benötigen.

b) Die Regierungen werden alle Handlungen ihrer Eisenbahnverwaltungen erleichtern, die sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft beziehen.

Artikel 5

a) Falls der Staat nicht schon auf Grund bestehender innerstaatlicher Bestimmungen für die Verbindlichkeiten einer Eisenbahnverwaltung seines Landes, die Aktionär der Gesellschaft ist, sei es mit seinem ganzen oder mit einem Teil seines Vermögens haftet, so wird die Regierung die von dieser Eisenbahnverwaltung gegenüber der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten garantieren.

b) Diese Garantie wird indessen nicht ohne weiteres gewährt, wenn die oben genannte Eisenbahnverwaltung selbst zugunsten einer Eisenbahnverwaltung, die nicht Aktionär der Gesellschaft ist, oder zugunsten eines anderen Eisenbahnunternehmens die Haftung übernommen hat. Fehlt im letzteren Fall die Garantie der Regierung, zu der die Aktionärverwaltung gehört, dann übernehmen auch die übrigen Regierungen keine Garantieverpflichtung.

Artikel 6

a) Die Beschlüsse der Gesellschaft über die Errichtung von Agenturen oder Filialen unterliegen der Zustimmung aller an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist. Das in den Absätzen d) und e) des Artikels 2 vorgesehene Verfahren wird auf die im vorliegenden Absatz angeführten Beschlüsse der Gesellschaft angewendet.

b) Die Gesellschaft wird alljährlich den an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesell-

per l'adempimento di tutti gli atti relativi alla costituzione della Società.

b) I Governi faciliteranno alle loro Amministrazioni ferroviarie l'adempimento di tutti gli atti riguardanti l'attività della Società.

Articolo 5

a) Se in virtù di disposizioni nazionali esistenti, lo Stato non fosse vincolato dagli impegni contrattati da un'Amministrazione ferroviaria del suo Paese, azionista della Società, sia interamente, sia per una parte del suo patrimonio, il Governo garantirà gli impegni che tale Amministrazione ferroviaria ha assunto verso la Società.

b) Tuttavia, questa garanzia non sarà senz'altro accordata nel caso in cui detta Amministrazione ferroviaria avesse assunto la garanzia a favore di un'Amministrazione ferroviaria non azionista della Società o di altro organismo ferroviario. In quest'ultimo caso, in mancanza della garanzia del Governo cui appartiene l'Amministrazione azionista, gli altri Governi non assumono alcun obbligo di garanzia.

Articolo 6

a) Le decisioni della Società riguardanti la creazione di agenzie o di succursali devono essere approvate da tutti i Governi che partecipano alla presente Convenzione e di cui un'Amministrazione ferroviaria è azionista della Società. La procedura prevista nei paragrafi d) ed e) del precedente articolo 2 sarà applicata alle decisioni della Società contemplate nel presente paragrafo.

b) Ogni anno, la Società informerà i Governi che partecipano alla presente Convenzione e di cui un'Amministrazione ferroviaria è azionista della So-

tionnaire de la Société, sur le développement de la Société et sur sa situation financière. Ces Gouvernements se consulteront sur tous les problèmes d'intérêt commun que pourrait soulever le fonctionnement de la Société et sur les mesures qui se révéleraient nécessaires à cet égard.

Article 7

a) Les Gouvernements parties à la présente Convention prendront, en tant que de besoin, les mesures nécessaires pour que les opérations faites par la Société en vue de l'attribution par elle du matériel ferroviaire aux administrations de chemin de fer, en propriété immédiate ou différée, s'effectuent sans qu'il en résulte de charges fiscales supplémentaires par rapport à l'acquisition directe du même matériel par les administrations de chemin de fer.

b) De même, en ce qui concerne les importations et les exportations de matériel ferroviaire, effectuées dans le cadre des opérations visées au paragraphe précédent, les Gouvernements prendront, en tant que de besoin, les mesures nécessaires pour que ces importations et ces exportations s'effectuent sans qu'il en résulte de charges fiscales et douanières supplémentaires par rapport aux importations et aux exportations directes de ce même matériel par les administrations de chemin de fer.

c) Les avantages particuliers consentis en matière fiscale par l'Etat du siège en vue de la constitution et du fonctionnement de la Société font l'objet d'un Protocole additionnel à la présente Convention, conclu entre le Gouvernement de l'Etat du siège et les autres Gouvernements parties à la présente Convention.

Article 8

Les Gouvernements parties à la présente Convention prendront les mesures nécessaires

schaft ist, über die Entwicklung der Gesellschaft und ihre finanzielle Lage Bericht erstatten. Diese Regierungen werden über alle die Tätigkeit der Gesellschaft berührenden Fragen von gemeinsamem Interesse sowie über die sich hierfür notwendig erweisenden Maßnahmen beraten.

Artikel 7

a) Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen werden, soweit erforderlich, die notwendigen Maßnahmen treffen, damit die von der Gesellschaft getätigten Geschäfte zur Versorgung der Eisenbahnverwaltungen mit Eisenbahnmateriale, mit sofortigem oder späterem Eigentumsübergang, so durchgeführt werden können, daß sich daraus im Vergleich zum unmittelbaren Erwerb gleichen Materials durch die Eisenbahnverwaltungen keine zusätzlichen steuerlichen Belastungen ergeben.

b) In gleicher Weise werden die Regierungen, soweit erforderlich, die notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Ein- und Ausfuhr von Eisenbahnmateriale im Rahmen der im vorstehenden Absatz umschriebenen Geschäfte so durchgeführt werden können, daß sich daraus im Vergleich zur unmittelbaren Ein- und Ausfuhr gleichen Materials durch die Eisenbahnverwaltungen keine zusätzlichen Steuer- und Zollbelastungen ergeben.

c) Die besonderen steuerlichen Vorteile, die der Sitzstaat der Gesellschaft für ihre Gründung und ihre Geschäftstätigkeit gewährt, bilden Gegenstand eines zwischen der Regierung des Sitzstaates und den übrigen am Abkommen beteiligten Regierungen abgeschlossenen Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen.

Artikel 8

Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen werden, soweit erforderlich, die notwen-

cietà sullo sviluppo della medesima e sulla sua situazione finanziaria. Tali Governi si consulteranno su tutti i problemi d'interesse comune riguardanti il funzionamento della Società e sui provvedimenti che si rivelassero necessari in proposito.

Articolo 7

a) In caso di bisogno, i Governi che partecipano alla Convenzione prenderanno i provvedimenti necessari, affinché le operazioni fatte dalla Società nell'assegnazione del materiale ferroviario alle Amministrazioni ferroviarie, in proprietà immediata o differita, si svolgano senza che ne risultino oneri fiscali supplementari rispetto all'acquisto diretto dello stesso materiale da parte delle Amministrazioni ferroviarie.

b) Analogamente, per quanto concerne le importazioni e le esportazioni del materiale ferroviario, effettuate nel quadro delle operazioni contemplate nel precedente paragrafo, i Governi prenderanno, se necessario, i provvedimenti del caso, affinché queste importazioni e esportazioni siano effettuate senza che risultino oneri fiscali o doganali supplementari rispetto alle importazioni ed esportazioni dirette dello stesso materiale da parte delle Amministrazioni ferroviarie.

c) I vantaggi speciali di carattere fiscale, consentiti dallo Stato ove si trova la sede, in vista della costituzione e del funzionamento della Società, figurano nel Protocollo addizionale alla presente Convenzione, concluso fra il Governo dello Stato ove si trova la sede e gli altri Governi che partecipano alla presente Convenzione.

Articolo 8

I Governi che partecipano alla presente Convenzione prenderanno i provvedimenti neces-

pour faciliter, en tant que de besoin, les importations et exportations de matériel correspondant à l'activité de la Société.

Article 9

Les Gouvernements parties à la présente Convention prendront, dans le cadre de leur réglementation des changes, les mesures nécessaires pour assurer les mouvements de fonds auxquels donneront lieu la constitution et l'activité de la Société.

Article 10

S'il apparaissait ultérieurement que l'application de dispositions législatives dans le pays du siège ou dans le pays d'un autre Gouvernement partie à la présente Convention serait susceptible de soulever des difficultés pour la poursuite des objectifs de la Société, le Gouvernement en cause entrera en consultation avec les autres Gouvernements, à la demande de l'un d'entre eux, en vue de régler ces difficultés dans l'esprit des dispositions de la présente Convention et du Protocole additionnel visé au paragraphe c) de l'Article 7 ci-dessus.

Article 11

a) A compter de la mise en application de la présente Convention, tout Gouvernement d'un pays européen non signataire pourra y adhérer par notification adressée au Gouvernement de la Suisse.

b) Toutefois, l'adhésion d'un Gouvernement qui n'est pas membre de la Conférence Européenne des Ministres des Transports ne deviendra effective qu'avec l'accord unanime des Gouvernements parties à la présente Convention notifié au Gouvernement de la Suisse.

c) L'adhésion à la présente Convention entraînera adhésion au Protocole additionnel visé au paragraphe c) de l'Article 7 ci-dessus.

digen Maßnahmen ergreifen, um die Ein- und Ausfuhr von Material, das der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht, zu erleichtern.

Artikel 9

Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen werden im Rahmen ihrer Devisenvorschriften die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung der im Zusammenhang mit der Gründung und der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sich ergebenden Geldbewegungen sicherzustellen.

Artikel 10

Sollte sich später zeigen, daß die Anwendung von Rechtsvorschriften im Sitzstaat oder im Lande einer anderen am Abkommen beteiligten Regierung für die Verfolgung des Zweckes der Gesellschaft Schwierigkeiten verursachen kann, so wird die betreffende Regierung mit den übrigen Regierungen auf Ersuchen einer von ihnen in Beratungen eintreten, um diese Schwierigkeiten im Geiste der Bestimmungen dieses Abkommens und des in Artikel 7 Absatz c) erwähnten Zusatzprotokolls zu regeln.

Artikel 11

a) Jede Regierung eines europäischen Landes, die dieses Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann diesem vom Zeitpunkt seiner Anwendung an durch eine an die Schweizerische Regierung gerichtete Mitteilung beitreten.

b) Der Beitritt einer Regierung, die nicht Mitglied der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister ist, wird jedoch erst dann wirksam, wenn die Regierungen aller am Abkommen beteiligten Staaten der Schweizerischen Regierung ihre Zustimmung angezeigt haben.

c) Der Beitritt zu diesem Abkommen hat den Beitritt zu dem in Artikel 7, Absatz c) erwähnten Zusatzprotokoll zur Folge.

sari per facilitare, ove occorra, le importazioni e le esportazioni del materiale corrispondente all'attività della Società.

Articolo 9

I Governi che partecipano alla presente Convenzione prenderanno i provvedimenti necessari, nell'ambito della loro regolamentazione dei cambi, per assicurare il movimento di fondi risultante dalla costituzione e dall'attività della Società.

Articolo 10

Se in seguito si dovesse constatare che l'applicazione di disposizioni legali nel Paese ove si trova la sede, o nel Paese di un altro Governo che partecipa alla Convenzione, solleva difficoltà per il conseguimento degli scopi della Società, il Governo in questione consulterà gli altri Governi, se uno di questi lo richiede, al fine di appianare tali difficoltà secondo lo spirito delle disposizioni della presente Convenzione e del Protocollo addizionale citato nel paragrafo c) del precedente articolo 7.

Articolo 11

a) A decorrere dall'applicazione della presente Convenzione, ogni Governo di un Paese europeo non firmatario potrà aderirvi mediante notifica indirizzata al Governo svizzero.

b) Tuttavia, l'adesione di un Governo non membro della Conferenza Europea dei Ministri dei Trasporti diventerà effettiva solo quando tutti i Governi avranno notificato al Governo svizzero il loro consenso.

c) L'adesione alla presente Convenzione richiederà l'adesione al Protocollo addizionale citato nel paragrafo c) del precedente articolo 7.

Article 12

La présente Convention est conclue pour la durée de la Société.

Article 13

a) Un Gouvernement partie à la présente Convention, dont aucune administration de chemin de fer n'est actionnaire ou dont toute administration de chemin de fer a cessé d'être actionnaire de la Société, pourra mettre fin, en ce qui le concerne, à l'application de la présente Convention, moyennant un préavis de 3 mois adressé au Gouvernement de la Suisse. Toutefois, dans le cas où ce préavis serait donné par le Gouvernement de l'Etat du siège, la présente Convention ne prendra pas fin, en ce qui le concerne, avant que le siège de la Société ait été transféré dans un autre Etat.

b) Le retrait d'un Gouvernement effectué conformément au présent article ne porte pas atteinte aux obligations assumées par ledit Gouvernement en vertu de l'Article 5 ci-dessus, en ce qui concerne les engagements contractés par son ou ses administrations de chemin de fer quand elles étaient actionnaires de la Société.

Article 14

Tout différend entre les Gouvernements parties à la présente Convention relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention sera, à défaut d'accord sur une autre procédure, soumis à la décision de la Cour internationale de justice.

Article 15

a) La présente Convention entrera en vigueur un mois après que le Gouvernement de la Suisse l'aura ratifiée, ainsi que le Protocole additionnel visé au paragraphe c) de l'Article 7 ci-

Artikel 12

Dieses Abkommen ist für die Dauer des Bestehens der Gesellschaft abgeschlossen.

Artikel 13

a) Eine an diesem Abkommen beteiligte Regierung, von der keine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist oder von der alle Eisenbahnverwaltungen als Aktionär aus der Gesellschaft ausgeschieden sind, kann vom Abkommen durch eine Mitteilung an die Schweizerische Regierung, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, zurücktreten. Tritt jedoch die Regierung des Sitzstaates vom Abkommen zurück, so wird sie aus dem Abkommen so lange nicht entlassen, als der Sitz der Gesellschaft nicht in einen anderen Staat verlegt ist.

b) Ist eine Regierung gemäß diesem Artikel aus dem Abkommen ausgeschieden, so werden dadurch ihre Verpflichtungen aus Artikel 5 für die Verbindlichkeiten ihrer Eisenbahnverwaltung oder Eisenbahnverwaltungen, die diese als Aktionär der Gesellschaft eingegangen sind, nicht berührt.

Artikel 14

Jede Streitigkeit zwischen den am Abkommen beteiligten Regierungen über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens wird, mangels einer Einigung über ein anderes Verfahren, der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes unterworfen.

Artikel 15

a) Dieses Abkommen tritt einen Monat, nachdem es von der Schweizerischen Regierung zusammen mit dem in Artikel 7 Absatz c) erwähnten Zusatzprotokoll ratifiziert worden ist und

Articolo 12

La presente Convenzione è stipulata per la durata della Società.

Articolo 13

a) Un Governo che partecipa alla presente Convenzione e di cui nessuna Amministrazione ferroviaria è azionista della Società, o di cui tutte le Amministrazioni ferroviarie hanno cessato di essere azioniste della Società, potrà ritirarsi dalla Convenzione mediante notifica al Governo svizzero. Sarà osservato un termine di disdetta di 3 mesi. Se però la disdetta fosse data dal Governo dello Stato ove si trova la sede, esso non potrà ritirarsi dalla Convenzione prima che la sede della Società sia stata trasferita in un altro Stato.

b) Se un Governo si ritira dalla Convenzione conformemente al presente articolo, tale ritiro non modifica gli obblighi da lui assunti, giusta il precedente articolo 5, per quanto concerne gli impegni contratti dalla sua o dalle sue Amministrazioni ferroviarie in qualità di azioniste della Società.

Articolo 14

Le divergenze che potessero sorgere tra Governi che fanno parte della presente Convenzione in merito all'interpretazione o all'applicazione della Convenzione stessa, saranno sottoposte alla decisione della Corte Internazionale di Giustizia, a meno che non sia stata concordata altra procedura.

Articolo 15

a) La presente Convenzione entrerà in vigore un mese dopo che il Governo svizzero l'avrà ratificata, unitamente al Protocollo addizionale citato nel paragrafo c) del precedente ar-

dessus et que les actions appartenant aux administrations de chemin de fer des Gouvernements l'ayant signée sans réserve de ratification ou l'ayant signée sous réserve de ratification et ayant déposé leur instrument de ratification représenteront 80% du capital social de la Société.

b) Pour tout signataire qui la ratifiera ultérieurement, la Convention entrera en vigueur dès le dépôt de l'instrument de ratification.

c) Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de la Suisse.

Article 16

a) Nonobstant les dispositions de l'article précédent, les signataires conviennent de mettre en application la présente Convention à titre provisoire dans la mesure compatible avec leurs règles constitutionnelles. Au moment de la signature, chaque Gouvernement fera connaître dans quelles conditions et dans quelle mesure il mettra en application la présente Convention à titre provisoire.

b) Le présent article entrera en vigueur pour tous les Gouvernements ayant signé la présente Convention, sous réserve de ratification ou non, lorsque le Gouvernement de la Suisse aura ratifié la présente Convention ainsi que le Protocole additionnel visé au paragraphe c) de l'Article 7 ci-dessus.

Article 17

Dès la réception des instruments de ratification, d'adhésion ou de préavis de retrait, le Gouvernement de la Suisse en donnera communication à tous les Gouvernements parties à la présente Convention et à la Société. Il leur notifiera également la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

En foi de quoi, les représentants soussignés, après avoir communiqué leurs pleins pou-

wenn so viel andere Regierungen entweder ohne Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet oder ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, daß der Aktienbesitz der Eisenbahnverwaltungen dieser Regierungen 80% des Grundkapitals der Gesellschaft ausmacht, in Kraft.

b) Für jeden Unterzeichner, der das Abkommen später ratifiziert, tritt es mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft.

c) Die Ratifikationsurkunden werden bei der Schweizerischen Regierung hinterlegt.

Artikel 16

a) Unbeschadet des vorhergehenden Artikels sind sich die Unterzeichner darüber einig, dieses Abkommen vorläufig in dem Umfange in Kraft zu setzen, als es die Verfassungsbestimmungen ihres Landes erlauben. Bei der Unterzeichnung wird jede Regierung bekanntgeben, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfange sie dieses Abkommen vorläufig in Kraft setzen wird.

b) Dieser Artikel tritt für alle Regierungen, die dieses Abkommen mit oder ohne Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet haben, in Kraft, sobald die Schweizerische Regierung dieses Abkommen und das in Artikel 7, Absatz c) erwähnte Zusatzprotokoll ratifiziert hat.

Artikel 17

Die Schweizerische Regierung gibt allen am Abkommen beteiligten Regierungen und der Gesellschaft Kenntnis von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden, der Beitrittserklärungen und Kündigungen. In gleicher Weise gibt sie den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bekannt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Vertreter nach Mitteilung ihrer in guter und

titolo 7, e sempre che le azioni appartenenti alle Amministrazioni ferroviarie dei Governi che l'hanno firmata senza riserva di ratifica o che l'hanno firmata con riserva di ratifica e hanno depositato i loro strumenti di ratifica, rappresentino l'80% del capitale sociale della Società.

b) Per il firmatario che la ratificherà ulteriormente, la Convenzione entrerà in vigore alla data del deposito dell'istrumento di ratifica.

c) Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo svizzero.

Articolo 16

a) Nonostante le disposizioni del precedente articolo, i firmatari convengono di applicare la presente Convenzione a titolo provvisorio nella misura compatibile con le loro norme costituzionali. All'atto della firma, ogni Governo farà conoscere a quali condizioni e in quale misura esso applicherà la presente Convenzione a titolo provvisorio.

b) Il presente articolo entrerà in vigore per tutti i Governi che hanno firmato la presente Convenzione, con riserva di ratifica o no, allorchè il Governo svizzero avrà ratificato la Convenzione stessa e il Protocollo addizionale citato nel paragrafo c) del precedente articolo 7.

Articolo 17

Non appena ricevuto gli strumenti di ratifica, d'adesione o di preavviso di ritiro, il Governo svizzero informerà tutti i Governi che partecipano alla presente Convenzione e alla Società. Esso notificherà loro anche la data dell'entrata in vigore della presente Convenzione.

In fede di che, i rappresentanti sottoscritti, dopo aver comunicato i loro pieni po-

voirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé la présente Convention.

Fait à Berne, le 20 octobre 1955, en français, en allemand et en italien, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement de la Suisse, lequel en communiquera copie certifiée conforme à tous les Gouvernements membres de la Conférence Européenne des Ministres des Transports.

gehöriger Form befundenen Vollmachten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

So geschehen in Bern am 20. Oktober 1955, in französischer, deutscher und italienischer Sprache, in einem einzigen Exemplar, das im Archiv der Schweizerischen Regierung hinterlegt wird, und von welchem sie allen Regierungen, die Mitglieder der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister sind, eine gleichlautende beglaubigte Abschrift zukommen läßt.

teri, riconosciuti in buona e dovuta forma, hanno firmato la presente Convenzione.

Fatto a Berna, il 20 ottobre 1955, nelle lingue francese, tedesca e italiana, in un solo esemplare che resterà depositato negli archivi del Governo svizzero, il quale ne trasmetterà copia autentica a tutti i Governi che sono membri della Conferenza Europea dei Ministri dei Trasporti.

Pour la République Fédérale d'Allemagne:
Für die Bundesrepublik Deutschland:
Per la Repubblica Federale di Germania:

unter Vorbehalt der Ratifikation
Seebohm

Pour l'Autriche:
Für Österreich:
Per l'Austria:

Waldbrunner
unter Vorbehalt der Ratifikation

Pour la Belgique:
Für Belgien:
Per il Belgio:

E. Anseele
sous réserve de ratification

Pour le Danemark:
Für Dänemark:
Per la Danimarca:

Palle Christensen
sous réserve de ratification

Pour l'Espagne:
Für Spanien:
Per la Spagna:

José de Aguinaga
sous réserve de ratification

Pour la France:
Für Frankreich:
Per la Francia:

L. Corniglion-Molinier
sous réserve de ratification

Pour l'Italie:
Für Italien:
Per l'Italia:

Armando Angelini
sous réserve de ratification

Pour le Luxembourg:
Für Luxemburg:
Per il Lussemburgo:

Sous réserve de ratification
V. Bodson

Pour la Norvège:
Für Norwegen:
Per la Norvegia:

Sous réserve de ratification
Kolbjörn Varmann

Pour les Pays-Bas:
Für die Niederlande:
Per i Paesi Bassi:

J. Algera
sous réserve de ratification

Pour le Portugal:
Für Portugal:
Per il Portogallo:

M. Gomes d'Araujo
sous réserve de ratification

Pour la Suède:
Für Schweden:
Per la Svezia:

sous réserve de ratification
Sven Andersson

Pour la Suisse:
Für die Schweiz:
Per la Svizzera:

Giuseppe Lepori
sous réserve de ratification

Pour la Yougoslavie:
Für Jugoslawien:
Per la Jugoslavia:

Peko Dapcevic
sous réserve de ratification

PROTOCOLE ADDITIONNEL

A LA CONVENTION RELATIVE A LA CONSTITUTION D'« EUROFIMA »

Société européenne pour le
financement de matériel
ferroviaire

Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, d'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, de Suède, et de la République Populaire Fédérative de Yougoslavie,

d'une part,

et le Gouvernement de la Confédération Suisse

d'autre part,

signataires de la Convention relative à la constitution de la Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire (appelée ci-après « la Convention »),

vu le paragraphe c) de l'Article 7 de ladite Convention;

constatant que les Statuts de la Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire (appelée ci-après « la Société ») annexés à la Convention prévoient que le siège de la Société sera à Bâle (Suisse);

constatant que le Gouvernement de la Suisse est prêt à consentir des avantages particuliers en matière fiscale, en vue de la constitution et du fonctionnement de la Société;

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

La Société bénéficiera en Suisse, aussi longtemps qu'elle y aura son siège, des exonérations fiscales ci-après, sans préjudice

ZUSATZ- PROTOKOLL

ZUM ABKOMMEN ÜBER DIE GRÜNDUNG DER „EUROFIMA“

Europäische Gesellschaft
für die Finanzierung von
Eisenbahnmateriel

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, Schwedens und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien

einerseits, und

der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

andererseits,

die das Abkommen über die Gründung einer Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel (im folgenden „das Abkommen“ genannt) unterzeichnet haben,

im Hinblick auf Absatz c) des Artikels 7 des Abkommens,

in der Feststellung, daß die Statuten der Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel (im folgenden „die Gesellschaft“ genannt), die dem Abkommen beigefügt sind, vorsehen, daß der Sitz der Gesellschaft in Basel (Schweiz) sein wird,

in der Erkenntnis, daß die Schweizerische Regierung bereit ist, der Gesellschaft besondere Steuervorteile für ihre Gründung und ihre Tätigkeit zu gewähren,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Gesellschaft genießt in der Schweiz, solange sie dort ihren Sitz hat und ohne daß hiedurch die Bestimmungen des

PROTOCOLLO ADDITIONALE

ALLA CONVENZIONE PER LA COSTITUZIONE DI « EUROFIMA »

Società europea per il
finanziamento di materiale
ferroviario

I Governi della Repubblica federale di Germania, della Repubblica Austriaca, del Regno del Belgio, del Regno della Danimarca, della Spagna, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Granducato di Lussemburgo, del Regno di Norvegia, del Regno dei Paesi Bassi, della Repubblica Portoghese, della Svezia e della Repubblica popolare federativa di Jugoslavia,

da una parte,

e il Governo della Confederazione svizzera,

dall'altra

firmatari della Convenzione per la costituzione della Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario (chiamata qui appresso « Convenzione »),

visto il paragrafo c) dell'articolo 7 della suddetta Convenzione;

constatato che lo Statuto della Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario (chiamata qui appresso « Società ») allegato alla Convenzione prevede che la sede della Società sarà a Basilea (Svizzera);

constatato che il Governo svizzero è disposto a concedere vantaggi particolari in materia fiscale, in vista della costituzione e del funzionamento della Società;

hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

La Società fruirà in Svizzera, fin tanto che vi avrà la sua sede, degli esoneri fiscali indicati qui appresso, senza pregiudizio del-

de l'application des dispositions de l'Article 7 a) et b) de la Convention:

1° Exonération des droits de timbre à l'émission des actions de la Société.

2° Exonération de l'impôt pour la défense nationale sur le revenu et sur le capital et les réserves, et de tout impôt fédéral direct futur qui le remplacerait.

3° Exonération du droit de timbre à l'émission, du droit de timbre sur les coupons et de l'impôt anticipé pour les titres (et intérêts) des emprunts de la Société, qui seront mis en souscription exclusivement à l'étranger, qui ne seront pas admis à la cote des bourses suisses et dont le service d'intérêts et de remboursement se fera exclusivement par des offices étrangers.

4° Non-perception de l'impôt anticipé sur les dividendes que la Société versera aux administrations de chemin de fer.

5° Non-perception du supplément à la taxe pour l'inscription au registre du commerce.

6° Exonération de l'impôt cantonal et communal sur le revenu et sur la fortune de la Société dans le Canton de Bâle-Ville.

Article 2

Le présent Protocole entrera en vigueur dès sa ratification par le Gouvernement de la Suisse, qui donnera notification de ladite ratification aux autres Gouvernements signataires.

En foi de quoi, les représentants soussignés, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Protocole.

Fait à Berne, le 20 octobre 1955, en français, en allemand et en italien, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement de

Artikels 7 Absatz a) und b) des Abkommens berührt werden, folgende steuerliche Befreiungen:

1. Befreiung von der Emissionsabgabe auf Aktien der Gesellschaft.

2. Befreiung von der Wehrsteuer vom Einkommen und vom Kapital und Reserven sowie von jeder an ihre Stelle tretenden künftigen direkten Bundessteuer.

3. Befreiung von der Emissionsabgabe, der Stempelabgabe auf Coupons und der Verrechnungssteuer für die Titel und Zinsen von Anleihen der Gesellschaft, die ausschließlich im Ausland zur Zeichnung aufgelegt, nicht an den schweizerischen Börsen kotiert werden und deren Zinsen- und Rückzahlungsdienst ausschließlich von ausländischen Stellen besorgt wird.

4. Nichterhebung der Verrechnungssteuer auf die Dividenden, welche die Gesellschaft an die Bahnverwaltungen ausschüttet.

5. Nichterhebung des Zuschlages zur Grundgebühr für die Eintragung ins Handelsregister.

6. Befreiung von der kantonalen und kommunalen Steuer vom Einkommen und vom Vermögen der Gesellschaft im Kanton Basel-Stadt.

Artikel 2

Das vorstehende Protokoll tritt mit seiner Ratifizierung durch die Schweizerische Regierung in Kraft, die ihrerseits den anderen unterzeichneten Regierungen diese Ratifikation bekanntgibt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Vertreter, nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

So geschehen in Bern am 20. Oktober 1955, in französischer, deutscher und italienischer Sprache, in einem einzigen Exemplar, das im Archiv der

l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 7 a) e b) della Convenzione.

1° Esonero dalla tassa di emissione sulle azioni della Società.

2° Esonero dall'imposta di guerra sul reddito e sul capitale e riserve, nonché da ogni futura imposta federale diretta che potesse sostituirla.

3° Esonero dalla tassa di emissione, dalla tassa di bollo sui tagliandi e dall'imposta anticipata per i titoli e interessi dei prestiti della Società, messi in sottoscrizione esclusivamente all'estero, non ammessi alla quotazione delle borse svizzere, i cui interessi e rimborsi sono effettuati esclusivamente da uffici stranieri.

4° Rinuncia a percepire l'imposta anticipata sui dividendi che la Società corrisponde alle Amministrazioni ferroviarie.

5° Rinuncia a percepire il supplemento alla tassa d'iscrizione al registro di commercio.

6° Esonero dalle imposte cantonali e comunali sul reddito e sul patrimonio nel Cantone di Basilea-Città.

Articolo 2

Il presente Protocollo entrerà in vigore non appena sarà ratificato dal Governo svizzero, il quale notificherà la ratifica agli altri Governi firmatari.

In fede di che, i rappresentanti sottoscritti, dopo aver comunicato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e dovuta forma, hanno firmato il presente Protocollo.

Fatto a Berna, il 20 ottobre 1955, nelle lingue francese, tedesca e italiana, in un solo esemplare che resterà depositato negli archivi del Governo sviz-

la Suisse, lequel en communiquera copie certifiée conforme à tous les Gouvernements membres de la Conférence Européenne des Ministres des Transports.

Schweizerischen Regierung hinterlegt wird, und von welchem sie allen Regierungen, die Mitglieder der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister sind, gleichlautende beglaubigte Abschrift zukommen läßt.

zero, il quale ne trasmetterà copia autentica a tutti i Governi che sono membri della Conferenza Europea dei Ministri dei Trasporti.

Pour la Suisse:
Für die Schweiz:
Per la Svizzera:

Giuseppe Lepori
sous réserve de ratification

Pour la République Fédérale d'Allemagne:
Für die Bundesrepublik Deutschland:
Per la Repubblica Federale di Germania:

unter Vorbehalt der Ratifikation
Seeböhm

Pour l'Autriche:
Für Österreich:
Per l'Austria:

Waldbrunner
unter Vorbehalt der Ratifikation

Pour la Belgique:
Für Belgien:
Per il Belgio:

E. Anseele
sous réserve de ratification

Pour le Danemark:
Für Dänemark:
Per la Danimarca:

Palle Christensen
sous réserve de ratification

Pour l'Espagne:
Für Spanien:
Per la Spagna:

José de Aguinaga
sous réserve de ratification

Pour la France:
Für Frankreich:
Per la Francia:

L. Corniglion-Molinier
sous réserve de ratification

Pour l'Italie:
Für Italien:
Per l'Italia:

Armando Angelini
sous réserve de ratification

Pour le Luxembourg:
Für Luxemburg:
Per il Lussemburgo:

Sous réserve de ratification
V. Bodson

Pour la Norvège:
Für Norwegen:
Per la Norvegia:

Sous réserve de ratification
Kolbjörn Varmann

Pour les Pays-Bas:
Für die Niederlande:
Per i Paesi Bassi:

J. Algera
sous réserve de ratification

Pour le Portugal:
Für Portugal:
Per il Portogallo:

M. Gomes d'Araujo
sous réserve de ratification

Pour la Suède:
Für Schweden:
Per la Svezia:

Sven Andersson
sous réserve de ratification

Pour la Yougoslavie:
Für Jugoslawien:
Per la Jugoslavia:

Peko Dapcevic
sous réserve de ratification

**PROTOCOLE
DE
SIGNATURE
DE LA CONVENTION
RELATIVE A LA CONSTI-
TUTION D'« EUROFIMA »**

**Société européenne pour le
financement de matériel
ferroviaire**

Les représentants des Gouvernements signataires de la Convention relative à la constitution d'« Eurofima », Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire (appelée ci-après « la Convention »), signée ce jour,

I. Ont constaté d'un commun accord ce qui suit:

- a) L'expression « en tant que de besoin » figurant à l'article 7 de la Convention signifie en particulier que, si la législation d'un pays permet à la Société d'effectuer ses opérations, en conformité avec les Statuts et l'Accord de base, sans qu'il en résulte aucune charge fiscale supplémentaire, le Gouvernement intéressé ne sera pas tenu de prendre des dispositions d'exonération.
- b) Le terme « matériel » figurant à l'article 8 de la Convention vise le matériel ferroviaire au sens de l'article 3 des Statuts.
- c) L'expression « dispositions législatives » au sens de l'article 10 de la Convention couvre notamment les lois fiscales.

II. Ont pris acte des déclarations suivantes relatives aux articles 5, 7 et 9 de la Convention:

- a) Les Gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Danemark, de la République Italienne, de Suède

**UNTER-
ZEICHNUNGS-
PROTOKOLL
ZUM ABKOMMEN
ÜBER DIE GRÜNDUNG
DER „EUROFIMA“**

**Europäische Gesellschaft
für die Finanzierung von
Eisenbahnmaterial**

Die Vertreter der Regierungen, die das heute abgeschlossene Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (im folgenden „das Abkommen“ genannt), unterzeichnet haben,

I. Haben übereinstimmend folgendes festgestellt:

- a) Der in Artikel 7 des Abkommens verwendete Ausdruck „soweit erforderlich“ bedeutet insbesondere, daß eine Regierung nicht gehalten ist, Bestimmungen über die steuerliche Befreiung zu erlassen, wenn nach der Gesetzgebung ihres Landes die Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Statuten und dem Basisabkommen ihre Geschäftstätigkeit ohne zusätzliche steuerliche Belastungen ausüben kann.
- b) Unter „Material“ im Sinne von Artikel 8 des Abkommens ist Eisenbahnmaterial gemäß Artikel 3 der Statuten zu verstehen.
- c) Unter „Rechtsvorschriften“ im Sinne von Artikel 10 des Abkommens sind namentlich Steuergesetze zu verstehen.

II. Haben von folgenden Erklärungen zu den Artikeln 5, 7 und 9 des Abkommens Kenntnis genommen:

- a) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreiches Dänemark, der Italienischen Republik, Schwedens und

**PROTOCOLLO
DI
FIRMA
DELLA CONVENZIONE
PER LA COSTITUZIONE
DI « EUROFIMA »**

**Società europea per il
finanziamento di materiale
ferroviario**

I rappresentanti dei Governi firmatari della Convenzione per la costituzione di « Eurofima », Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario (chiamata in seguito « Convenzione »), firmata oggi,

I. Hanno constatato di comune accordo quanto segue:

- a) L'espressione « in caso di bisogno » figurante nell'articolo 7 della Convenzione significa in particolare che, se la legislazione di un Paese permette alla società di effettuare le sue operazioni in conformità dello Statuto e dell'Accordo di base, senza che risulti alcun onere fiscale supplementare, il Governo interessato non sarà tenuto ad adottare disposizioni di esonero.
- b) L'espressione « materiale » figurante nell'articolo 8 della Convenzione concerne il materiale ferroviario ai sensi dell'articolo 3 dello Statuto.
- c) L'espressione « disposizioni legislative » giusta l'articolo 10 della Convenzione riguarda segnatamente le leggi fiscali.

II. Hanno preso atto delle seguenti dichiarazioni riguardanti gli articoli 5, 7 e 9 della Convenzione:

- a) I Governi della Repubblica federale di Germania, della Repubblica Austriaca, del Regno della Danimarca, della Repubblica Italiana, della Svezia

et de la Confédération Suisse déclarent, en ce qui concerne l'article 5 de la Convention, que dans leur pays l'Etat est tenu, en vertu des dispositions législatives existantes, par les engagements contractés par leur administration de chemin de fer participant à la constitution d'« Eurofima » au sens dudit article 5.

b) Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne déclare, en se référant à l'interprétation donnée à l'article 7 de la Convention par le présent Protocole, que, dans l'état de la législation actuelle; il satisfait aux dispositions de l'article 7 sans avoir à prendre des mesures d'exonération fiscale.

c) Le Gouvernement de la Confédération Suisse interprète le texte de l'article 9 de la manière suivante:

1. Les transferts de fonds provenant de la souscription en espèces et les transferts des montants représentant les loyers des wagons qui constituent des apports en nature seront opérés en dehors de tout accord bilatéral ou multilatéral.

2. Le produit d'un emprunt lancé sur le marché d'un pays autre que celui du siège d'« Eurofima » ne sera transféré à celui-ci que dans la mesure nécessaire pour permettre à « Eurofima » de faire face à ces obligations.

d) Le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas déclare qu'il ne se considère pas comme lié par l'interprétation ci-dessus, donnée par le Gouvernement de la Confédération Suisse à l'article 9 de la Convention.

der Schweizerischen Eidgenossenschaft erklären zu Artikel 5 des Abkommens, daß in ihren Ländern der Staat nach der bestehenden Rechtslage für die Verbindlichkeiten seiner an der Gründung der „Eurofima“ beteiligten Eisenbahnverwaltung im Sinne des Artikels 5 haftet.

b) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt unter Bezugnahme auf die Auslegung des Artikels 7 im vorliegenden Protokoll, daß die bestehende Rechtslage dem Artikel 7 entspricht, ohne daß Steuerbefreiungsmaßnahmen erforderlich sind.

c) Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft legt Artikel 9 des Abkommens wie folgt aus:

1. Die aus der Aktienzeichnung einzuzahlenden Beträge sowie die Mietgelder für als Sacheinlage eingebrachte Güterwagen sind außerhalb des durch bilaterale oder multilaterale Abkommen geordneten Zahlungsverkehrs zu überweisen.

2. Gelder, die durch in einem anderen Lande als dem Sitzstaat der „Eurofima“ begebene Anleihen beschafft werden, sind nur so weit, als zur Einlösung der Verbindlichkeiten der „Eurofima“ nötig, in diesen zu überweisen.

d) Die Regierung des Königreichs der Niederlande erklärt, daß sie sich nicht als an die oben von der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft dem Artikel 9 des Abkommens gegebene Auslegung gebunden betrachtet.

e della Confederazione Svizzera dichiarano, per quanto concerne l'articolo 5 della Convenzione, che nei loro Paesi lo Stato è vincolato, in virtù delle disposizioni legislative esistenti, dagli impegni contratti dalla loro amministrazione ferroviaria partecipante alla costituzione di « Eurofima », ai sensi dell'articolo 5 anzitutto.

b) Il Governo della Repubblica federale di Germania, riferendosi all'interpretazione che il presente Protocollo dà all'articolo 7 della Convenzione, dichiara che la propria legislazione attuale soddisfa alle disposizioni dell'articolo 7 senza che si debbano adottare provvedimenti d'esonero fiscale.

c) Il Governo della Confederazione Svizzera interpreta il testo dell'articolo 9 come segue:

1° I trasferimenti di fondi provenienti dalla sottoscrizione in contanti ed i trasferimenti degli importi riguardanti i noleggi di carri che costituiscono apporti in natura avranno luogo fuori di ogni accordo bilaterale o multilaterale.

2° L'ammontare di un prestito emesso sul mercato di un Paese diverso da quello dove si trova la sede di « Eurofima » sarà trasferito in quest'ultimo solo nella misura necessaria per permettere a « Eurofima » di far fronte ai suoi obblighi.

d) Il Governo del Regno dei Paesi Bassi dichiara di non considerarsi vincolato dall'interpretazione soprastante, che è stata data all'articolo 9 della Convenzione, dal Governo della Confederazione Svizzera.

III. Ont pris acte des déclarations suivantes effectuées conformément à l'article 16 de la Convention:

a) Les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République Française, de la République Italienne, du Grand Duché de Luxembourg, de la République Portugaise et de la Confédération Suisse se sont déclarés prêts à prendre, dès l'entrée en vigueur de l'article 16 de la Convention, les mesures qui seront requises pour la mise en application de la Convention quand elle sera en vigueur, à l'exception toutefois

— pour le Gouvernement du Royaume de Belgique, des articles 5, 7 a) et b), 8 et 14;

— pour le Gouvernement de la République Française, de l'article 7 a) et b);

— pour le Gouvernement de la République Italienne, des articles 3 b), 5, 7 a) et b), 8, 9, 11 c) et 14;

— pour le Gouvernement du Grand Duché de Luxembourg, des articles 7 a) et b) et 8.

En ce qui concerne ces articles, les Gouvernements en cause ont déclaré que lesdites mesures seraient prises dès qu'ils auront ratifié la Convention.

b) Les Gouvernements de la République d'Autriche, du Royaume de Danemark, d'Espagne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de Suède et de la République Populaire Fédérative de Yougoslavie se sont déclarés prêts à prendre, dès qu'ils auront ratifié la Convention, à condition que l'article 16 de la Convention soit entré en vigueur, les mesures qui se-

III. Haben von den folgenden Erklärungen zu Artikel 16 des Abkommens Kenntnis genommen:

a) Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, der Portugiesischen Republik und der Schweizerischen Eidgenossenschaft haben sich bereit erklärt, nach Inkrafttreten des Artikels 16 des Abkommens die Maßnahmen zu ergreifen, die für dessen Anwendung gefordert sind, wenn es in Kraft sein wird; ausgenommen sind

— für die Regierung des Königreichs Belgien die Artikel 5, 7 a) und b), 8 und 14;

— für die Regierung der Französischen Republik die Artikel 7 a) und b);

— für die Regierung der Italienischen Republik die Artikel 3 b), 5, 7 a) und b), 8, 9, 11 c) und 14;

— für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg die Artikel 7 a) und b) und 8.

Bezüglich dieser Artikel haben diese Regierungen erklärt, daß sie die genannten Maßnahmen ergreifen, sobald sie das Abkommen ratifiziert haben werden.

b) Die Regierungen der Republik Österreich, des Königreichs Dänemark, Spaniens, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, Schwedens und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien haben sich bereit erklärt, sobald sie das Abkommen ratifiziert haben werden und nach Inkrafttreten des Artikels 16 die Maßnahmen zu ergreifen, die für die

III. Hanno preso atto delle seguenti dichiarazioni fatte in conformità dell'articolo 16 della Convenzione:

a) I Governi del Regno del Belgio, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Granducato di Lussemburgo, della Repubblica Portoghese e della Confederazione Svizzera si sono dichiarati disposti, non appena entrato in vigore l'articolo 16 della Convenzione, ad adottare i provvedimenti richiesti per l'applicazione della Convenzione quando la stessa sarà entrata in vigore, fatta tuttavia eccezione

— per il Governo del Regno del Belgio, degli articoli 5, 7 a) e b), 8 e 14,

— per il Governo della Repubblica Francese, dell'articolo 7 a) e b),

— per il Governo della Repubblica Italiana, degli articoli 3 b), 5, 7 a) e b), 8, 9, 11 c) e 14,

— per il Governo del Granducato di Lussemburgo, degli articoli 7 a) e b) e 8.

Per quanto concerne tali articoli, i Governi in questione hanno dichiarato che essi adotteranno i provvedimenti anzitutto non appena essi avranno ratificato la Convenzione.

b) I Governi della Repubblica, Austriaca, del Regno della Danimarca, della Spagna, del Regno di Norvegia, del Regno dei Paesi Bassi, della Svezia e della Repubblica popolare federativa di Jugoslavia si sono dichiarati disposti, non appena che essi avranno ratificato la Convenzione e sempre che l'articolo 16 sia entrato in vigore, ad adottare i provvedimenti richiesti per

ront requises pour la mise en application de la Convention quand elle sera en vigueur, à l'exception toutefois,

— pour le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, de l'article 5.

En ce qui concerne cet article, le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas déclare que les mesures requises par l'article 5 seront prises dès que les actions appartenant aux administrations de chemins de fer des Gouvernements ayant mis en application la Convention, conformément à l'article 16, représenteront 80% du capital social d'« Eurofima ».

- c) Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne a déclaré qu'il prendrait les mesures qui seront requises pour la mise en application de la Convention, quand elle sera ratifiée dans la République Fédérale.

IV. Les Gouvernements d'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Royaume de Norvège, de Suède, de la République Populaire Fédérative de Yougoslavie, se référant à la Décision prise le 8 juillet 1955 par les Ministres du Groupe restreint n° 1 de la Conférence Européenne des Ministres des Transports, déclarent qu'ils considèrent qu'entre eux et dans leurs relations avec les autres signataires, le texte français de la Convention, du Protocole additionnel à la Convention et du présent Protocole signés ce jour, fera foi en cas de divergence entre les textes.

Fait à Berne, le 20 octobre 1955, en français, en allemand et en italien, en un seul exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement de la Suisse, lequel en communi-

Anwendung des Abkommens gefordert sind, wenn dieses in Kraft sein wird; ausgenommen ist

— für die Regierung des Königreichs der Niederlande der Artikel 5.

Bezüglich dieses Artikels erklärt die Regierung des Königreichs der Niederlande, daß sie die Maßnahmen nach Artikel 5 ergreifen wird, sobald die den Eisenbahnverwaltungen gehörenden Aktien derjenigen Regierungen, die das Abkommen entsprechend dem Artikel 16 anwenden, 80% des Grundkapitals der „Eurofima“ ausmachen.

- c) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat erklärt, sie werde die Maßnahmen ergreifen, die für die Anwendung des Abkommens gefordert sind, nachdem es in der Bundesrepublik ratifiziert ist.

IV. Die Regierungen Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs Norwegen, Schwedens und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien erklären unter Bezugnahme auf den Beschluß der Minister der Besonderen Gruppe Nr. 1 der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister vom 8. Juli 1955, daß sie unter sich und in ihren Beziehungen zu den anderen Unterzeichnern den französischen Wortlaut des Abkommens, des Zusatzprotokolls zum Abkommen und des vorliegenden, heute unterzeichneten Protokolls im Falle von textlichen Abweichungen als maßgebend ansehen.

So geschehen in Bern am 20. Oktober 1955 in französischer, deutscher und italienischer Sprache, in einem einzigen Exemplar, das im Archiv der Schweizerischen Regierung hin-

l'applicazione della Convenzione, quando la stessa sarà in vigore, fatta tuttavia eccezione

— per il Governo del Regno dei Paesi Bassi, dell'articolo 5.

Per quanto concerne detto articolo, il Governo del Regno dei Paesi Bassi dichiara che i provvedimenti richiesti dall'articolo 5 saranno presi non appena che le azioni appartenenti alle amministrazioni ferroviarie dei Governi che applicano la Convenzione conformemente all'articolo 16, ammonteranno all'80% del capitale sociale di « Eurofima ».

- c) Il Governo della Repubblica federale di Germania ha dichiarato che adotterà i provvedimenti richiesti per l'applicazione della Convenzione, dopo che essa sarà stata ratificata nella Repubblica federale.

IV. I Governi della Spagna, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Regno di Norvegia, della Svezia e della Repubblica popolare federativa di Jugoslavia, riferendosi alla Decisione presa l'8 luglio 1955 dai Ministri del Gruppo ristretto No 1 della Conferenza Europea dei Ministri dei Trasporti, dichiarano ch'essi considerano che, sia nei loro rapporti reciproci, sia in quelli con gli altri firmatari, il testo francese della Convenzione, del Protocollo addizionale alla Convenzione e del presente Protocollo, firmati oggi, farà fede in caso di divergenza dei testi.

Fatto a Berna, il 20 ottobre 1955 nelle lingue francese, tedesca e italiana, in un solo esemplare che resterà depositato negli archivi del Governo svizzero, il quale ne trasmetterà

quera copie certifiée conforme
à tous les Gouvernements mem-
bres de la Conférence Europée-
enne des Ministres des Trans-
ports.

terlegt wird, und von welchem
sie allen Regierungen, die Mit-
glieder der Europäischen Kon-
ferenz der Verkehrsminister sind,
eine gleichlautende beglaubigte
Abschrift zukommen läßt.

copia autentica a tutti i Governi
che sono membri della Con-
ferenza Europea dei Ministri dei
Trasporti.

Pour la République Fédérale d'Allemagne:
Für die Bundesrepublik Deutschland:
Per la Repubblica Federale di Germania:

Seebohm

Pour l'Autriche:
Für Österreich:
Per l'Austria:

Waldbrunner

Pour la Belgique:
Für Belgien:
Per il Belgio:

E. Anseele

Pour le Danemark:
Für Dänemark:
Per la Danimarca:

Palle Christensen

Pour l'Espagne:
Für Spanien:
Per la Spagna:

José de Aguinaga

Pour la France:
Für Frankreich:
Per la Francia:

L. Corniglion-Molinier

Pour l'Italie:
Für Italien:
Per l'Italia:

Armando Angelini

Pour le Luxembourg:
Für Luxemburg:
Per il Lussemburgo:

V. Bodson

Pour la Norvège:
Für Norwegen:
Per la Norvegia:

Kolbjörn Varmann

Pour les Pays-Bas:
Für die Niederlande:
Per i Paesi Bassi:

J. Algera

Pour le Portugal:
Für Portugal:
Per il Portogallo:

M. Gomes d'Araujo

Pour la Suède:
Für Schweden:
Per la Svezia:

Sven Andersson

Pour la Suisse:
Für die Schweiz:
Per la Svizzera:

Giuseppe Lepori

Pour la Yougoslavie:
Für Jugoslawien:
Per la Jugoslavia:

Peko Dapcevic

STATUTS

Raison sociale, siège, objet et durée de la Société.

Article 1^{er}.

Il est constitué, sous la raison sociale « Eurofima » Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire (« Eurofima » Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel, « Eurofima » Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario), une société par actions, régie par la convention internationale relative à la constitution de ladite société, par les présents statuts et, à titre subsidiaire, par la loi de l'État du siège.

Article 2.

Le siège de la société est à Bâle (Suisse).

Article 3.

La société a pour objet de procurer, aux meilleures conditions possibles, aux administrations de chemins de fer qui sont ses actionnaires, ainsi qu'à d'autres administrations ou organismes ferroviaires, mais, dans ce cas, avec la garantie principale d'un ou plusieurs actionnaires, des matériels de type unifié ou à performances unifiées nécessaires à leur exploitation.

A cet effet, elle fera construire ces matériels, soit pour son propre compte, soit pour le compte des administrations ou organismes ferroviaires intéressés; dans le premier cas, elle louera ou vendra ces matériels auxdits intéressés.

La société recherchera les concours financiers nécessaires, indépendamment de ses capitaux propres, sous forme d'emprunts, et effectuera toutes opérations

STATUTEN

Firma, Sitz, Zweck und Dauer der Gesellschaft.

Artikel 1.

Unter der Firma „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel („Eurofima“ Société Européenne pour le financement de matériel ferroviaire, „Eurofima“ Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario) wird eine Aktiengesellschaft gegründet, welche den Bestimmungen des Internationalen Abkommens über die Gründung dieser Gesellschaft, den vorliegenden Statuten und subsidiär den Gesetzen des Sitzstaates unterliegt.

Artikel 2.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Basel (Schweiz).

Artikel 3.

Die Gesellschaft hat den Zweck, den Eisenbahnverwaltungen, die Aktionäre der Gesellschaft sind, Eisenbahnmateriel einheitlicher Bauart oder einheitlicher Leistung, das sie für ihren Betrieb benötigen, zu den günstigsten Bedingungen zu verschaffen; sie kann dies auch für andere Eisenbahnverwaltungen und den Eisenbahnen ähnliche Unternehmen tun, unter der Voraussetzung, daß ein oder mehrere Aktionäre ihr gegenüber für die Verpflichtungen dieser Verwaltungen und Unternehmen haften.

Zur Erfüllung ihres Zweckes wird die Gesellschaft Eisenbahnmateriel erstellen lassen, sei es für eigene Rechnung oder für Rechnung der interessierten Eisenbahnverwaltungen oder ähnlicher Unternehmen. Im erstgenannten Falle wird sie das Material den Interessenten vermieten oder verkaufen.

Die Gesellschaft kann sich die zusätzlich zu den eigenen Geldern benötigten Mittel durch die Aufnahme von Anleihen und Krediten aller Art be-

STATUTO

Ragione sociale, sede, oggetto e durata della Società.

Articolo 1.

Sotto la ragione sociale « Eurofima » Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario (« Eurofima » Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, « Eurofima », Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel) è costituita una Società per azioni, retta dalla Convenzione internazionale relativa alla costituzione di detta Società, dal presente Statuto e, a titolo sussidiario, dalla legge dello Stato ove ha sede la Società.

Articolo 2.

La Società ha sede a Basilea (Svizzera).

Articolo 3.

La Società ha per oggetto di fornire, alle migliori condizioni possibili, alle amministrazioni ferroviarie sue azioniste, il materiale di tipo unificato o per prestazioni unificate, necessario al loro esercizio. Essa può effettuare tali forniture anche ad altre amministrazioni o imprese ferroviarie, solo se uno o più azionisti si portano garanti degli impegni assunti dalle stesse.

A tale scopo, essa farà costruire questo materiale, sia per conto proprio, sia per conto delle amministrazioni od organismi ferroviari interessati; nel primo caso, essa darà a nolo o venderà questo materiale ai detti interessati.

La Società si procurerà i concorsi finanziari necessari, indipendentemente dai propri capitali, a mezzo di prestiti ed effettuerà tutte le operazioni

commerciales et financières utiles à la réalisation de son objet.

Article 4.

La société est constituée pour une durée de cinquante ans.

CAPITAL SOCIAL.

Article 5.

Le capital social de la société est fixé à 50 millions de francs suisses. Il est divisé en 5.000 actions d'une valeur nominale de 10.000 francs suisses.

Ces actions sont réparties à l'origine comme suit:

1.300 actions
au chemin de fer fédéral
allemand,
dont: 130 actions A
1.170 actions B

1.300 actions
à la Société Nationale des Che-
mins de fer français
dont: 130 actions A
1.170 actions B

700 actions
aux chemins de fer italiens de
l'Etat
dont: 70 actions A
630 actions B

550 actions
à la Société Nationale des Che-
mins de fer belges
dont: 60 actions A
490 actions B

400 actions A
aux Chemins de fer fédéraux
suisses

300 actions
aux Chemins de fer néerlandais
S.A.
dont: 30 actions A
270 actions B

100 actions A
aux Chemins de fer de l'Etat de
Suède

100 actions A
au Réseau National des Che-
mins de fer espagnols

schaffen. Sie kann alle kommerziellen und finanziellen Transaktionen vornehmen, die zur Erreichung ihres Zweckes erforderlich sind.

Artikel 4.

Die Gesellschaft wird für die Dauer von 50 Jahren gegründet.

GRUNDKAPITAL.

Artikel 5.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 50.000.000 Schweizerfranken. Es ist eingeteilt in 5.000 Aktien mit einem Nennwert von 10.000 Schweizerfranken.

Die Aktien sind bei der Gründung wie folgt verteilt:

1.300 Aktien
Deutsche Bundesbahn
davon: 130 Aktien A
1.170 Aktien B

1.300 Aktien
Nationalgesellschaft der franzö-
sischen Eisenbahnen
davon: 130 Aktien A
1.170 Aktien B

700 Aktien
Italienische Staatsbahnen
davon: 70 Aktien A
630 Aktien B

550 Aktien
Nationalgesellschaft der
Belgischen Eisenbahnen
davon: 60 Aktien A
490 Aktien B

400 Aktien A
Schweizerische Bundesbahnen

300 Aktien
Niederländische Eisenbahnen
davon: 30 Aktien A
270 Aktien B

100 Aktien A
Schwedische Staatsbahnen

100 Aktien A
Nationalverwaltung der
Spanischen Eisenbahnen

commerciali e finanziarie utili alla realizzazione del suo oggetto.

Articolo 4.

La Società è costituita per la durata di cinquant'anni.

CAPITALE SOCIALE.

Articolo 5.

Il capitale sociale della Società è fissato in 50 milioni di franchi svizzeri. Esso è diviso in 5.000 azioni del valore nominale di 10.000 franchi svizzeri ciascuna.

Queste azioni sono ripartite all'inizio come segue:

1.300 azioni
alla Ferrovia federale germanica
di cui: 130 azioni A
1.170 azioni B

1.300 azioni
alla Società Nazionale delle
Ferrovie francesi
di cui: 130 azioni A
1.170 azioni B

700 azioni
alle Ferrovie italiane dello Stato
di cui: 70 azioni A
630 azioni B

550 azioni
alla Società Nazionale delle
Ferrovie belghe
di cui: 60 azioni A
490 azioni B

400 azioni A
alle Ferrovie federali svizzere

300 azioni
alle Ferrovie olandesi S.A.
di cui: 30 azioni A
270 azioni B

100 azioni A
alle Ferrovie svedesi dello Stato

100 azioni A
alla Rete Nazionale delle
Ferrovie spagnole

100 actions A
à la Société Nationale des Chemins de fer luxembourgeois

100 actions A
aux Chemins de fer yougoslaves

20 actions A
à la Compagnie des Chemins de fer portugais

10 actions A
aux Chemins de fer fédéraux autrichiens

10 actions A
aux Chemins de fer de l'Etat danois

10 actions A
aux Chemins de fer de l'Etat norvégien

Article 6.

Les actions de la société sont entièrement libérées, les actions A en numéraire, les actions B par apport en wagons.

Le Chemin de fer fédéral allemand fait apport à la société de wagons d'une valeur globale de fr. s. 11.700.000 et reçoit en paiement de cet apport 1.170 actions B représentant au total un capital nominal de fr. s. 11.700.000.

La Société Nationale des Chemins de fer français fait apport à la société de wagons d'une valeur globale de fr. s. 11.700.000 et reçoit en paiement de cet apport 1.170 actions B représentant au total un capital nominal de fr. s. 11.700.000.

Les Chemins de fer italiens de l'Etat font apport à la société de wagons d'une valeur globale de fr. s. 6.300.000 et reçoivent en paiement de cet apport 630 actions B représentant au total un capital nominal de fr. s. 6.300.000.

La Société Nationale des Chemins de fer belges fait apport à la société de wagons d'une valeur globale de fr. s. 4.900.000 et reçoit en paiement de cet apport 490 actions B représentant au total un capital nominal de fr. s. 4.900.000.

100 Aktien A
Nationalgesellschaft der Luxemburgischen Eisenbahnen

100 Aktien A
Jugoslawische Eisenbahnen

20 Aktien A
Portugiesische Eisenbahngesellschaft

10 Aktien A
Österreichische Bundesbahnen

10 Aktien A
Dänische Staatsbahnen

10 Aktien A
Norwegische Staatsbahnen

Artikel 6.

Die Aktien der Gesellschaft sind voll einbezahlt, die Aktien A durch Barzahlung, die Aktien B durch Einbringung von Güterwagen.

Die Deutsche Bundesbahn bringt in die Gesellschaft Güterwagen im Gesamtwert von SFr. 11.700.000 ein und erhält dafür 1.170 Aktien B im Nominalwert von zusammen SFr. 11.700.000.

Die Nationalgesellschaft der Französischen Eisenbahnen bringt in die Gesellschaft Güterwagen im Gesamtwert von SFr. 11.700.000 ein und erhält dafür 1.170 Aktien B im Nominalwert von zusammen SFr. 11.700.000.

Die Italienischen Staatsbahnen bringen in die Gesellschaft Güterwagen im Gesamtwert von SFr. 6.300.000 ein und erhalten dafür 630 Aktien B im Nominalwert von zusammen SFr. 6.300.000.

Die Nationalgesellschaft der Belgischen Eisenbahnen bringt in die Gesellschaft Güterwagen im Gesamtwert von SFr. 4.900.000 ein und erhält dafür 490 Aktien B im Nominalwert von zusammen SFr. 4.900.000.

100 azioni A
alla Società Nazionale delle Ferrovie lussemburghesi

100 azioni A
alle Ferrovie jugoslave dello Stato

20 azioni A
alla Compagnia delle Ferrovie portoghesi

10 azioni A
alle Ferrovie federali austriache

10 azioni A
alle Ferrovie danesi dello Stato

10 azioni A
alle Ferrovie norvegesi dello Stato

Articolo 6.

Le azioni della Società sono interamente liberate, le azioni A con versamenti in denaro, le azioni B mediante apporto di carri.

La Ferrovia federale germanica danno in apporto alla Società carri per un valore complessivo di 11.700.000 fr. s. e ricevono in corrispettivo di questo apporto 1.170 azioni B per un valore nominale di 11.700.000 fr. s.

La Società Nazionale delle Ferrovie francesi dà in apporto alla Società carri per un valore complessivo di 11.700.000 fr. s. e riceve in corrispettivo di questo apporto 1.170 azioni B per un valore nominale di 11.700.000 fr. s.

Le Ferrovie italiane dello Stato danno in apporto alla Società carri per un valore complessivo di 6.300.000 fr. s. e ricevono in corrispettivo di questo apporto 630 azioni B per un valore nominale di 6.300.000 fr. s.

La Società Nazionale delle Ferrovie belghe dà in apporto alla Società carri per un valore complessivo di 4.900.000 fr. s. e riceve in corrispettivo di questo apporto 490 azioni B per un valore nominale di 4.900.000 fr. s.

Les Chemins de fer néerlandais S.A. font apport à la société de wagons d'une valeur globale de fr. s. 2.700.000 et reçoivent en paiement de cet apport 270 actions B représentant au total un capital nominal de fr. s. 2.700.000.

Les listes numériques des wagons apportés et les protocoles d'estimation de ces wagons seront annexés aux présents statuts.

Les actions B sont converties en 10 ans en actions A à raison d'un dixième à la fin de chacun des dix premiers exercices sociaux.

Article 7.

Les actions sont nominatives.

Elles ne sont cessibles qu'entre actionnaires, sous réserve des dispositions de l'article 9 ci-dessous, et avec l'accord de l'assemblée générale.

La société tient un registre des actions dans lequel sont inscrits le nom et le domicile des actionnaires. La société ne reconnaît comme actionnaires que ceux qui sont inscrits sur ce registre.

Article 8.

Le capital de la société peut être augmenté à la suite d'un vote de l'assemblée générale, chaque actionnaire ayant le droit de souscrire les nouvelles actions au prorata du nombre total des actions possédées par lui au moment de cette augmentation, sous réserve des dispositions de l'article 9. Si un droit de souscription n'est pas exercé, ce droit peut être cédé, avec l'accord de l'assemblée générale, à un autre actionnaire.

L'assemblée générale fixe les conditions d'émission des nouvelles actions.

Article 9.

Toute administration de chemins de fer relevant d'un Etat

Die Niederländischen Eisenbahnen bringen in die Gesellschaft Güterwagen im Gesamtwert von SFr. 2.700.000 ein und erhalten dafür 270 Aktien B im Nominalwert von zusammen 2.700.000.

Die Nummernverzeichnisse der eingebrachten Güterwagen und die Schätzungsprotokolle werden diesen Statuten beigegeben.

Die Aktien B sind innerhalb 10 Jahren in Aktien A umzuwandeln, je ein Zehntel am Ende eines jeden der zehn ersten Geschäftsjahre.

Artikel 7.

Die Aktien lauten auf den Namen.

Eine Abtretung von Aktien ist unter Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels 9 nur unter Aktionären und mit Zustimmung der Generalversammlung möglich.

Die Gesellschaft führt ein Aktienregister, in welches Name und Wohnort der Aktionäre eingetragen werden. Als Aktionär wird von der Gesellschaft nur anerkannt, wer im Aktien-Register eingetragen ist.

Artikel 8.

Das Grundkapital kann auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung erhöht werden. Jeder Aktionär besitzt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels 9, das Recht auf Zeichnung neuer Aktien, entsprechend seinem Aktienbesitz im Zeitpunkte der Kapitalerhöhung. Wird ein Bezugsrecht nicht ausgeübt, so kann es mit Zustimmung der Generalversammlung auf einen anderen Aktionär übertragen werden.

Die Generalversammlung setzt die Bedingungen für die Ausgabe neuer Aktien fest.

Artikel 9.

Jede Eisenbahnverwaltung eines Staates, der das Internatio-

Le Ferrovie olandesi S.A. danno in apporto alla Società carri per un valore complessivo di 2.700.000 fr. s. e ricevono in corrispettivo di questo apporto 270 azioni B per un valore nominale di 2.700.000 fr. s.

Le liste numeriche dei carri dati in apporto ed i protocolli di stima di questi carri saranno allegati al presente statuto.

Le azioni B saranno convertite in azioni A, nel periodo di dieci anni, in ragione di un decimo alla scadenza di ognuno dei dieci primi esercizi sociali.

Articolo 7.

Le azioni sono nominative.

Esse sono cedibili soltanto fra azionisti, tenuto conto delle disposizioni del seguente articolo 9, e col consenso dell'Assemblea generale.

La Società tiene il libro dei soci nel quale figurano il nome e il domicilio degli azionisti. La Società riconosce come azionisti soltanto coloro che sono iscritti in questo libro.

Articolo 8.

Il capitale della Società può essere aumentato in seguito a deliberazione dell'Assemblea generale, col diritto per ogni azionista di sottoscrivere le nuove azioni proporzionalmente al numero totale delle azioni possedute al momento dell'aumento, tenuto conto delle disposizioni di cui al seguente articolo 9. L'azionista che non fa uso del suo diritto di sottoscrizione può cederlo ad un altro azionista, con il consenso dell'Assemblea generale.

L'Assemblea generale fissa le condizioni d'emissione delle nuove azioni.

Articolo 9.

Su decisione dell'Assemblea generale, ogni amministrazione

signataire de la convention internationale relative à la constitution de la société ou ayant adhéré à ladite convention peut être admise comme actionnaire de la société sur décision de l'assemblée générale; soit par voie de cession d'actions, soit par voie de souscription à une augmentation de capital, à condition que le gouvernement intéressé ait fait connaître préalablement qu'il est disposé à lui accorder sa garantie.

Le nombre d'actions ou de droits de souscription à céder pour permettre l'admission d'un nouvel actionnaire, ainsi que le prix de cession desdits actions ou droits, est fixé par l'assemblée générale. Le nombre des actions ou droits à céder par chaque actionnaire est déterminé, sauf accord contraire des actionnaires, en appliquant la règle proportionnelle avec utilisation des plus forts restes.

L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE.

Article 10.

L'assemblée générale est le pouvoir suprême de la société.

Elle a les attributions suivantes:

1. Elle nomme les membres du conseil d'administration.
2. Elle désigne le président et les vice-présidents du conseil d'administration.
3. Elle nomme les commissaires vérificateurs.
4. Elle modifie les statuts.
5. Elle décide toute augmentation ou réduction du capital social.
6. Elle prend toutes décisions relatives aux cessions d'actions et de droits de souscription.

nale Abkommen über die Gründung der Gesellschaft unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, kann durch Beschluß der Generalversammlung als Aktionär aufgenommen werden, sei es durch die Abtretung von Aktien oder durch die Zeichnung neuer Aktien bei einer Kapitalerhöhung, sofern die interessierte Regierung vorher bekanntgegeben hat, daß sie bereit ist, die Verpflichtungen dieser Eisenbahnverwaltung zu garantieren.

Die Zahl der Aktien oder Bezugsrechte, die abzutreten sind, um die Aufnahme eines neuen Aktionärs zu ermöglichen, wird, ebenso wie der Preis der abzutretenden Aktien oder Bezugsrechte, von der Generalversammlung festgesetzt. Die Zahl der Aktien oder Bezugsrechte, welche von jedem Aktionär abzutreten sind, wird, unbeschadet anderer Vereinbarungen der Aktionäre, so berechnet, daß bei der verhältnismäßigen Aufteilung zuletzt die größeren Reste berücksichtigt werden.

DIE GENERALVERSAMMLUNG.

Artikel 10.

Die Generalversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Gesellschaft.

Sie hat folgende Befugnisse:

1. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates.
2. Ernennung des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Verwaltungsrates.
3. Wahl der Kontrollstelle.
4. Änderung der Statuten.
5. Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals.
6. Übertragung von Aktien und Bezugsrechten.

ferroviaria appartenente ad uno Stato firmatario della convenzione internazionale relativa alla costituzione della Società, o che abbia aderito a questa convenzione, può essere ammessa quale azionista della Società, sia mediante la cessione di azioni, sia per mezzo di sottoscrizione a un aumento del capitale, a condizione che il Governo interessato abbia fatto conoscere preventivamente di essere disposto ad accordarle la sua garanzia.

Spetta all'Assemblea generale di fissare il numero delle azioni o dei diritti di opzione che devono essere ceduti per permettere l'ammissione di un nuovo azionista, come pure il prezzo di cessione di tali azioni o diritti. Il numero delle azioni o dei diritti di opzione che ogni azionista deve cedere sarà stabilito in modo proporzionale e utilizzando i residui più elevati, salvo accordo contrario degli azionisti.

ASSEMBLEA GENERALE.

Articolo 10.

L'Assemblea generale è l'organo supremo della Società.

Le sue attribuzioni sono le seguenti:

1. nomina dei membri del Consiglio d'amministrazione;
2. designazione del presidente e dei vice-presidenti del Consiglio d'amministrazione;
3. nomina dei commissari di verifica;
4. modificazioni dello Statuto;
5. decisioni circa l'aumento o la riduzione del capitale sociale;
6. qualunque decisione concernente la cessione di azioni e di diritti a sottoscrivere;

7. Elle prononce la dissolution de la société et nomme les liquidateurs.
8. Elle prononce la prorogation de la société.
9. Elle approuve le règlement de gestion visé à l'article 22.
10. Elle prend connaissance du rapport des commissaires vérificateurs, examine et approuve le rapport de gestion, le bilan et le compte de profits et pertes, statue sur l'emploi du bénéfice net et donne décharge de leur gestion aux administrateurs.
11. Elle fixe le montant maximum des emprunts pouvant être conclus dans une période déterminée.
12. Elle statue sur toutes les autres questions qui lui sont réservées, ou qui lui sont soumises par le conseil d'administration.

Article 11.

L'assemblée générale ordinaire se réunit chaque année dans les six mois suivant la clôture de l'exercice.

Article 12.

Des assemblées générales extraordinaires sont convoquées:

1. par décision de l'assemblée générale ou du conseil d'administration;
2. à la demande du collège des commissaires vérificateurs;
3. à la demande d'un ou de plusieurs actionnaires dont les actions représentent ensemble un dixième au moins du capital social. Cette demande est faite par écrit en indiquant le but visé.

La convocation d'une assemblée générale extraordinaire et son organisation suivent les

7. Auflösung der Gesellschaft und Bestellung der Liquidatoren.
8. Verlängerung der Dauer der Gesellschaft.
9. Genehmigung des Geschäftsreglements (Artikel 22).
10. Entgegennahme des Berichtes der Kontrollstelle, Prüfung und Genehmigung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes und die Entlastung der Verwaltung.
11. Festsetzung des Höchstbetrages, bis zu welchem innerhalb einer bestimmten Zeit Anleihen und Kredite aller Art aufgenommen werden können.
12. Beschlußfassung über alle anderen Gegenstände, die ihr vorbehalten sind oder ihr durch den Verwaltungsrat vorgelegt werden.

Artikel 11.

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb sechs Monaten nach Abschluß des Geschäftsjahres statt.

Artikel 12.

Außerordentliche Generalversammlungen werden einberufen:

1. durch Beschluß der Generalversammlung oder des Verwaltungsrates,
2. auf Begehren der Kontrollstelle,
3. auf Verlangen eines oder mehrerer Aktionäre, deren Aktienbesitz zusammen mindestens den zehnten Teil des Grundkapitals beträgt. Das Begehren muß, unter Angabe des Zweckes, schriftlich eingereicht werden.

Die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung und ihre Organisation

7. dichiarazione dello scioglimento della Società e nomina dei liquidatori;
8. proroga della Società;
9. approvazione del regolamento di gestione di cui all'art. 22;
10. approvazione del rapporto dei commissari di verifica, esame e approvazione della relazione sulla gestione, del bilancio e del conto dei profitti e delle perdite, decisioni sulla destinazione dell'utile netto e scarica agli amministratori della loro gestione;
11. determinazione dell'importo massimo dei prestiti contraibili entro un dato periodo;
12. decisioni su tutte le altre questioni ad essa riservate o che le vengono sottoposte dal Consiglio d'amministrazione.

Articolo 11.

L'Assemblea generale ordinaria si riunisce ogni anno, entro sei mesi dalla chiusura dell'esercizio.

Articolo 12.

Le Assemblée generali straordinarie sono convocate:

1. su decisione dell'Assemblea generale o del Consiglio d'amministrazione;
2. su richiesta del collegio dei commissari di verifica;
3. su richiesta di uno o più azionisti, le cui azioni rappresentino complessivamente almeno il decimo del capitale sociale. La richiesta sarà fatta per iscritto con l'indicazione dello scopo ripromesso.

Per la convocazione di una Assemblea generale straordinaria e la sua organizzazione si

mêmes formes que celles de l'assemblée générale ordinaire.

Article 13.

Les actionnaires sont convoqués à l'assemblée générale par lettre recommandée, deux semaines au moins avant la date de la séance.

La lettre de convocation doit indiquer l'ordre du jour et, si celui-ci implique une modification des statuts (points 4, 5 et 8 de l'article 10), la teneur essentielle de la modification proposée.

Il ne peut être pris aucune décision sur des objets ne figurant pas à l'ordre du jour, si ce n'est sur une proposition faite en séance de convoquer une assemblée générale extraordinaire.

Les assemblées générales se tiennent au siège social, sauf décision contraire du conseil d'administration.

Article 14.

Les actionnaires exercent leur droit de vote à l'assemblée générale proportionnellement à la valeur nominale de toutes les actions qui leur appartiennent.

Article 15.

L'assemblée générale délibère valablement sur première convocation lorsque la majorité des actions est représentée. A défaut par l'assemblée générale de réunir ce quorum, il en est convoqué une seconde, avec préavis minimum de deux semaines, laquelle délibère valablement quel que soit le nombre des actions représentées.

L'assemblée générale prend ses décisions à la majorité des voix des actions représentées. Par exception, dans les cas énumérés sous les points 4, 5, 6,

haben nach den gleichen Richtlinien zu erfolgen wie bei einer ordentlichen Generalversammlung.

Artikel 13.

Die Aktionäre werden zu einer Generalversammlung mindestens zwei Wochen vorher durch eingeschriebenen Brief einberufen.

Das Einberufungsschreiben hat die Verhandlungsgegenstände und, sofern eine Änderung der Statuten beantragt wird (Ziffer 4, 5 und 8 des Art. 10), den wesentlichen Inhalt der vorgeschlagenen Änderungen zu enthalten.

Über Gegenstände, die nicht in dieser Weise angekündigt worden sind, können Beschlüsse nicht gefaßt werden, mit Ausnahme eines Beschlusses über einen in der Generalversammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung.

Die Generalversammlungen finden am Sitze der Gesellschaft statt, sofern der Verwaltungsrat nicht anders beschließt.

Artikel 14.

Die Aktionäre üben das Stimmrecht im Verhältnis zum Nennwert der in ihrem Besitze befindlichen Aktien aus.

Artikel 15.

Die Generalversammlung ist auf erstes Aufgebot beschlußfähig, wenn an ihr die Mehrheit der Aktien vertreten ist. Ist dieses Quorum an einer Generalversammlung nicht erreicht, so ist mit mindestens zweiwöchiger Voranzeige eine zweite Generalversammlung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien beschlußfähig ist.

Die Generalversammlung faßt ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen. Eine Ausnahme bilden die unter Artikel 10 Ziffer 4,

seguono le stesse forme dell'Assemblea generale ordinaria.

Articolo 13.

Gli azionisti sono convocati in Assemblea generale con lettera raccomandata, almeno due settimane prima della data della riunione.

La lettera di convocazione deve indicare l'ordine del giorno e, se questo comporta una modifica dello Statuto (punti 4, 5 e 8 dell'art. 10), il contenuto essenziale della modifica proposta.

Non si potrà prendere alcuna decisione su argomenti che non figurino all'ordine del giorno, a meno che non si tratti di una proposta, fatta durante la seduta, di convocare una Assemblea generale straordinaria.

Le Assemblee generali si tengono presso la sede sociale salvo che il Consiglio d'amministrazione non decida altrimenti.

Articolo 14.

Gli azionisti esercitano il diritto di voto all'Assemblea generale proporzionalmente al valore nominale di tutte le azioni che posseggono.

Articolo 15.

L'Assemblea generale delibera validamente in prima convocazione se la maggioranza delle azioni è rappresentata. Se questo quorum non è raggiunto, sarà fatta una seconda convocazione, con un preavviso di almeno due settimane. Questa seconda Assemblea generale delibererà validamente qualunque sia il numero delle azioni rappresentate.

L'Assemblea generale prende le sue deliberazioni a maggioranza di voti delle azioni rappresentate. Fanno eccezione i casi menzionati nei punti 4, 5,

7 et 8 de l'article 10 ci-dessus, la majorité requise est des 7/10 du capital social.

Les votes ont lieu à main levée, à moins qu'un actionnaire ne demande le scrutin secret.

Article 16.

L'assemblée générale est présidée par le président du conseil d'administration ou, en cas d'empêchement de celui-ci, par l'un des vice-présidents ou, à défaut, par l'un des administrateurs, désigné par le conseil.

L'assemblée générale nomme, au scrutin à main levée, deux scrutateurs. Elle nomme également un secrétaire qui n'est pas obligatoirement actionnaire.

Article 17.

Les délibérations et les décisions de l'assemblée générale sont consignées dans un procès-verbal.

Le procès-verbal doit être signé par le président de séance, les scrutateurs et le secrétaire.

Les expéditions ou extraits sont signés par le président du conseil ou l'un des vice-présidents.

LE CONSEIL D'ADMINISTRATION.

Article 18.

Le conseil d'administration est chargé de diriger les affaires de la société.

Les administrateurs sont désignés, sans condition de nationalité, par l'assemblée générale, sur proposition de chacun des actionnaires intéressés, à raison de deux administrateurs par actionnaire possédant au moins 2% du capital social.

Les administrateurs sont désignés pour une période de trois ans. Ils sont rééligibles. Après la première période de trois ans,

5, 6, 7 und 8 aufgeführten Gegenstände, für welche ein gültiger Beschluß die Zustimmung von sieben Zehnteln des Grundkapitals erfordert.

Die Abstimmungen finden offen statt, wenn kein Aktionär die geheime Stimmabgabe verlangt.

Artikel 16.

Die Generalversammlung wird durch den Präsidenten des Verwaltungsrates oder, im Falle seiner Verhinderung, durch einen der Vizepräsidenten oder, wenn auch diese verhindert sind, durch ein vom Verwaltungsrat bezeichnetes Mitglied geleitet.

Die Generalversammlung wählt in offener Abstimmung zwei Stimmentzähler. Sie wählt in gleicher Weise einen Protokollführer, der nicht Aktionär zu sein braucht.

Artikel 17.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung wird ein Protokoll geführt.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden, den Stimmentzählern und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Protokoll-Abschriften oder Auszüge sind vom Präsidenten des Verwaltungsrates oder einem der Vizepräsidenten zu unterzeichnen.

DER VERWALTUNGSRAT.

Artikel 18.

Der Verwaltungsrat ist mit der Führung der Geschäfte der Gesellschaft betraut.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden ohne Rücksicht auf ihre Nationalität auf Vorschlag der Aktionäre durch die Generalversammlung gewählt. Hierbei entfallen auf jeden Aktionär, der mindestens 2% der Aktien besitzt, zwei Mandate.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden auf drei Jahre gewählt und sind wiederwählbar. Nach Ablauf der ersten drei

6, 7 e 8 del precedente art. 10, per i quali la maggioranza richiesta è dei 7/10 del capitale sociale.

Le votazioni si fanno per alzata di mano, salvo il caso in cui un azionista domandi lo scrutinio segreto.

Articolo 16.

L'Assemblea generale è presieduta dal presidente del Consiglio d'amministrazione o, in caso di suo impedimento, da uno dei vice-presidenti o, in loro assenza, da uno degli amministratori designato dal consiglio.

L'Assemblea generale nomina, per alzata di mano, due scrutatori. Essa nomina pure un segretario che non deve necessariamente essere un azionista.

Articolo 17.

Delle deliberazioni e decisioni dell'Assemblea generale deve essere steso un verbale, che è firmato dal presidente della seduta, dagli scrutatori e dal segretario.

Le copie o gli estratti sono firmati dal presidente del consiglio o da uno dei vice-presidenti.

CONSIGLIO D'AMMINISTRAZIONE.

Articolo 18.

Il Consiglio d'amministrazione è incaricato di dirigere gli affari della Società.

Gli amministratori sono designati dall'Assemblea generale, senza condizioni di nazionalità, su proposta di ciascuno degli azionisti interessati, in ragione di due amministratori per azionista che possieda almeno 2% del capitale sociale.

Gli amministratori sono designati per un periodo di tre anni. Essi sono rieleggibili. Dopo il primo periodo di tre anni,

le renouvellement du conseil est effectué sensiblement par tiers chaque année. A cet effet, lors de l'assemblée générale qui suivra l'expiration du troisième exercice social, il sera procédé par voie de tirage au sort à la désignation des administrateurs sortants à la fin des 4^e et 5^e exercices sociaux.

Tous les administrateurs ont un droit de vote égal.

Article 19.

L'élection des administrateurs a lieu à l'assemblée générale ordinaire. Il en est de même, le cas échéant, des élections complémentaires, à moins que la nomination immédiate d'un nouveau titulaire à un siège vacant ne soit demandée par un actionnaire. Dans ce cas, le conseil d'administration est tenu de convoquer sans retard une assemblée générale extraordinaire pour procéder à l'élection complémentaire.

Lorsqu'un administrateur cesse de faire partie du conseil au cours de la durée de ses fonctions, son successeur reprend son siège pour le reste de cette durée.

Article 20.

Chaque actionnaire est tenu de déposer à la caisse de la société, pour la durée des fonctions de chaque administrateur qui le représente, une action de la société.

Article 21.

L'assemblée générale désigne, pour la durée de leur mandat d'administrateur, le président et les vice-présidents du conseil d'administration, lesquels sont rééligibles. Le conseil peut s'adjoindre un secrétaire pris en dehors de ses membres.

En cas d'empêchement du président, la présidence du con-

Geschäftsjahre ist alljährlich rund ein Drittel des Verwaltungsrates zu erneuern. Zu diesem Zwecke sind in der ordentlichen Generalversammlung, die über das dritte Geschäftsjahr beschließt, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die am Ende des 4. und 5. Geschäftsjahres auszuschneiden haben, durch das Los zu bestimmen.

Alle Mitglieder des Verwaltungsrates haben gleiches Stimmrecht.

Artikel 19.

Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgt in der ordentlichen Generalversammlung. Dies gilt auch für allfällige Ersatzwahlen, es sei denn, daß für einen freigewordenen Sitz die sofortige Wahl eines neuen Mitgliedes durch einen Aktionär verlangt wird. In diesem Falle ist der Verwaltungsrat verpflichtet, ohne Verzug eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche die Ersatzwahl vorzunehmen hat.

Scheidet ein Mitglied des Verwaltungsrates im Laufe seiner Amtsdauer aus, so übernimmt der Nachfolger seinen Sitz für den Rest dieser Amtsdauer.

Artikel 20.

Jeder Aktionär ist verpflichtet, für die ihn vertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates für die Dauer ihres Amtes je eine Aktie der Gesellschaft bei der Gesellschaftskasse zu hinterlegen.

Artikel 21.

Die Generalversammlung wählt für die Dauer ihres Mandates als Mitglied des Verwaltungsrates einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten des Verwaltungsrates, welche wiederwählbar sind. Der Verwaltungsrat kann einen Sekretär beiziehen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrates ist.

Ist der Präsident verhindert, so wird die Sitzung von einem

un terzo del consiglio sarà rinnovato ogni anno. A questo scopo, in occasione dell'Assemblea generale che segue la fine del terzo esercizio sociale si procederà, mediante estrazione a sorte, alla designazione degli amministratori uscenti alla fine del 4^o e 5^o esercizio sociale.

Tutti gli amministratori posseggono uguale diritto di voto.

Articolo 19.

Gli amministratori sono nominati dall'Assemblea generale ordinaria. Lo stesso dicasi per le elezioni complementari, eccetto il caso in cui la nomina immediata di un nuovo titolare ad un posto vacante venga chiesta da un azionista. In questo caso, il Consiglio d'amministrazione deve convocare senza indugio una Assemblea generale straordinaria per procedere all'elezione complementare.

Se durante il periodo delle sue funzioni un amministratore cessa di far parte del consiglio, il suo successore gli subentra fino al termine del periodo residuo.

Articolo 20.

Ogni azionista è tenuto a depositare un'azione della Società presso la Società medesima, per la durata delle funzioni di ogni Amministratore che lo rappresenta.

Articolo 21.

L'Assemblea generale nomina, per la durata del loro mandato di amministratori, il presidente e i vice-presidenti del Consiglio d'amministrazione, i quali sono rieleggibili. Il consiglio può nominare un segretario scelto fuori dei suoi membri.

In caso d'impedimento del presidente, la presidenza del

seil est assurée par l'un des vice-présidents ou, à défaut, par le plus âgé des administrateurs présents à la réunion.

Article 22.

Le conseil d'administration statue sur toutes les affaires qui ne sont pas attribuées à un autre organe de la société.

Le conseil d'administration est autorisé à confier tout ou partie de la gestion de la société à un ou plusieurs de ses membres (délégués) ou à des tiers qui ne sont pas nécessairement administrateurs (directeurs). Il établit un règlement de gestion déterminant les droits et les obligations du conseil d'administration, de ses délégués et de la direction.

Dans ce règlement, qui doit être approuvé par l'assemblée générale, le conseil d'administration doit cependant réserver à sa propre décision:

1. La composition de la direction, la fixation des conditions d'engagement, la nomination et la révocation des membres de celle-ci et l'acceptation de leur démission;
2. La désignation des administrateurs autorisés à signer au nom de la société, ainsi que l'attribution du droit de signature à des personnes ne faisant pas partie du conseil d'administration (directeurs, fondés de pouvoirs);
3. La conclusion d'emprunts, quelle qu'en soit la forme, dans les limites fixées par l'assemblée générale;
4. La conclusion des contrats de financement de matériel, notamment de locations et de ventes, ainsi que des commandes de matériel correspondantes;

der Vizepräsidenten oder im Verhinderungsfalle durch das älteste anwesende Mitglied des Verwaltungsrates geleitet.

Artikel 22.

Der Verwaltungsrat beschließt über alle Geschäfte, für welche die Beschlussfassung nicht einem andern Organ der Gesellschaft vorbehalten ist.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die Geschäftsführung ganz oder teilweise an eines oder mehrere seiner Mitglieder (Delegierte) oder an Dritte, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sein müssen (Direktoren) zu übertragen. Er erläßt ein Geschäftsreglement, in dem Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates, seiner Delegierten und der Direktion festgelegt sind.

In diesem Reglement, das zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch die Generalversammlung bedarf, hat der Verwaltungsrat seiner eigenen Beschlussfassung vorzubehalten:

1. die Zusammensetzung der Direktion, deren Anstellungsbedingungen, ihre Ernennung und Abberufung, sowie die Annahme ihrer Demission;
2. die Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrates, welche namens der Gesellschaft zeichnungsbe-rechtigt sind, sowie die Zuerkennung der Unterschriftsberechtigung an Personen, welche nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sind (Direktoren, Prokuristen);
3. den Abschluß von Anleihen und Krediten aller Art im Rahmen der durch die Generalversammlung festgelegten Grenzen;
4. den Abschluß aller Verträge für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, insbesondere Miet- und Verkaufsverträge, sowie der entsprechenden Bestellungen;

consiglio viene assunta da uno dei vice-presidenti o, in loro assenza, dall'amministratore più anziano presente alla riunione.

Articolo 22.

Il Consiglio d'amministrazione delibera su tutti gli affari che non sono attribuiti ad altro organo della Società.

Il Consiglio d'amministrazione è autorizzato ad affidare tutta o parte della gestione della Società, a uno o più dei suoi membri (delegati) od a terzi che possono anche non essere amministratori (direttori). Esso stabilisce un regolamento di gestione che fissa i diritti e gli obblighi del Consiglio d'amministrazione, dei suoi delegati e della direzione.

In questo regolamento, che deve essere approvato dall'Assemblea generale, il Consiglio d'amministrazione deve tuttavia riservare alla sua decisione:

1. la composizione della direzione, la determinazione delle loro condizioni d'assunzione, la nomina e la revoca dei suoi membri, nonché l'accettazione delle loro dimissioni;
2. la designazione degli amministratori autorizzati a firmare per la Società, come pure il conferimento del diritto alla firma a persone che non fanno parte del Consiglio d'amministrazione (direttori, procuratori);
3. la conclusione di prestiti sotto qualsiasi forma, entro i limiti fissati dall'Assemblea generale;
4. la conclusione dei contratti di finanziamento di materiale, specialmente di noleggio e di vendita, come pure delle relative ordinazioni di materiale;

5. L'établissement du rapport de gestion, du bilan annuel et de la teneur des propositions à soumettre à l'assemblée générale. Il fera examiner les comptes par des experts-comptables étrangers à la gestion de la société.

Article 23.

Le conseil d'administration se réunit, sur convocation de son président ou de l'un des vice-présidents, aussi souvent que les affaires l'exigent, au moins une fois par trimestre. Les convocations se font par lettres recommandées, accompagnées de l'ordre du jour et adressées au moins huit jours à l'avance.

Le président est tenu de convoquer le conseil sur demande écrite d'un administrateur, faisant connaître la question dont il désire l'inscription à l'ordre du jour. Dans un tel cas, la séance doit avoir lieu au plus tard dans les deux semaines qui suivent la réception de la lettre de demande.

La convocation précise le lieu de la séance.

L'administrateur empêché d'assister à la réunion peut émettre son vote par écrit ou se faire représenter par un autre administrateur auquel il délègue expressément son droit de vote. Tout administrateur ne peut représenter qu'un seul de ses collègues.

Dans des cas urgents, les décisions peuvent être prises par lettres ou par télégrammes, à moins que la décision en séance ne soit requise par l'un des administrateurs.

Article 24.

Le conseil d'administration ne peut délibérer ni prendre de décisions valables s'il n'a été convoqué régulièrement et si la

5. die Aufstellung des Geschäftsberichtes, der Jahresbilanz und der an die Generalversammlung zu richtenden Anträge. Er wird dazu die Rechnungen durch Bücherrevisoren prüfen lassen, die der Geschäftsführung der Gesellschaft fernstehen.

Artikel 23.

Der Verwaltungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten oder eines der Vizepräsidenten sooft es die Geschäfte erfordern, mindestens einmal pro Quartal. Die Einladung erfolgt mit eingeschriebenem Brief, dem die Tagesordnung beizulegen ist, und der mindestens acht Tage vor der Sitzung abgesandt werden muß.

Der Präsident hat, wenn ein Mitglied des Verwaltungsrates dies schriftlich unter Angabe des Gegenstandes, den es auf die Tagesordnung gebracht sehen möchte, verlangt, eine Verwaltungsratssitzung einzuberufen. Die Sitzung muß in diesem Falle spätestens zwei Wochen nach Eingang des betreffenden Schreibens stattfinden.

Die Einladung zu einer Versammlung bezeichnet den Ort der Verhandlungen.

Ist ein Mitglied des Verwaltungsrates verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, so kann es seine Stimme schriftlich abgeben oder sich durch ein anderes Mitglied, dem es sein Stimmrecht ausdrücklich überträgt, vertreten lassen. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann nur ein anderes Mitglied vertreten.

In dringenden Fällen können Beschlüsse schriftlich oder gegebenenfalls auch telegraphisch gefaßt werden, sofern nicht ein Mitglied des Verwaltungsrates die Abstimmung in einer Sitzung verlangt.

Artikel 24.

Der Verwaltungsrat ist weder verhandlungs- noch beschlußfähig, wenn er nicht ordnungsgemäß einberufen wurde und

5. la compilazione della relazione sulla gestione, del bilancio annuale e delle proposte da sottoporre all'Assemblea generale. Esso farà esaminare i conti da esperti contabili estranei alla gestione della Società.

Articolo 23.

Il Consiglio d'amministrazione è convocato dal suo presidente o da un vice-presidente ogni qualvolta ne sia avvertita la necessità, col minimo di una volta per trimestre. Le convocazioni sono fatte per lettera raccomandata, contenente l'ordine del giorno e spedita almeno otto giorni in anticipo.

Il presidente è tenuto a convocare il consiglio su richiesta scritta di un amministratore, la quale porti a conoscenza la questione di cui desidera l'iscrizione all'ordine del giorno. In tale caso, la riunione dovrà aver luogo al più tardi entro due settimane dal ricevimento della lettera di domanda.

La convocazione indica il luogo della riunione.

L'amministratore che sia impedito ad assistere alla seduta può esprimere il suo voto per iscritto o farsi rappresentare da un altro amministratore al quale deleghi espressamente il suo diritto di voto. Ogni amministratore può rappresentare solo uno dei suoi colleghi.

In casi urgenti, le decisioni possono essere prese mediante lettere o telegrammi, a meno che uno degli amministratori non domandi che la decisione sia presa durante la seduta.

Articolo 24.

Il Consiglio d'amministrazione non può deliberare né prendere decisioni valide se non è stato convocato regolarmente

majorité des administrateurs n'est présente ou représentée.

Les décisions du conseil sont prises à la majorité des administrateurs présents ou représentés. En cas d'égalité des voix, celle du président de séance est prépondérante. Par exception, pour les décisions portant sur le point 3 de l'article 22, une majorité des 3/4 est requise.

Article 25.

Les délibérations et décisions du conseil d'administration sont consignées dans un procès-verbal.

Le procès-verbal est signé par le président de séance et par le secrétaire.

Les expéditions ou les extraits sont signés par le président ou l'un des vice-présidents.

Article 26.

Les administrations ne reçoivent pas de rémunération; toutefois, il peut leur être alloué des jetons de présence.

GARANTIE DES ACTIONNAIRES.

Article 27.

Les actionnaires garantissent à la société, chacun au prorata de sa participation dans le capital social et chacun au maximum pour le montant équivalent à cette participation, l'exécution des contrats de financement de matériel conclus par la société.

Toutefois, cette garantie ne jouera qu'à titre subsidiaire, dans le cas où l'exécution du contrat en cause bénéficie d'autres garanties, notamment en vertu de l'article 3 ou en vertu de la convention internationale visée à l'article 1.

nicht mindestens die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefaßt. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Präsidenten doppelt. Im Gegensatz hierzu ist für Beschlüsse über Artikel 22, Ziffer 3, eine Dreiviertel-Mehrheit notwendig.

Artikel 25.

Über die Verhandlungen des Verwaltungsrates und seine Beschlüsse wird ein Protokoll geführt.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

Protokoll-Abschriften und -Auszüge sind vom Präsidenten oder einem der Vizepräsidenten zu unterzeichnen.

Artikel 26.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung; es können ihnen jedoch Taggelder gewährt werden.

HAFTUNG DER AKTIONÄRE.

Artikel 27.

Die Aktionäre haften der Gesellschaft, jeder im Verhältnis seiner Beteiligung am Aktienkapital und höchstens bis zum Betrag, der seiner Beteiligung gleichkommt, für die Erfüllung aller Verträge über die Finanzierung von Eisenbahnmateriale, welche von der Gesellschaft abgeschlossen werden.

Diese Haftung gilt jedoch als subsidiär überall dort, wo die Erfüllung eines Vertrages durch andere Garantien sichergestellt ist, insbesondere durch solche gemäß Artikel 3 dieser Statuten oder gemäß des im Artikel 1 dieser Statuten erwähnten Internationalen Abkommens.

e se la maggioranza degli amministratori non è presente o rappresentata.

Le decisioni del consiglio sono prese a maggioranza degli amministratori presenti o rappresentati. In caso di parità di voti, quello del presidente della seduta è prevalente. Fanno eccezione le decisioni concernenti il punto 3 dell'articolo 22, per le quali si richiede una maggioranza dei 3/4.

Articolo 25.

Delle deliberazioni e decisioni del Consiglio d'amministrazione dev'essere steso un verbale che è firmato dal presidente della seduta e dal segretario.

Le copie o gli estratti sono firmati dal presidente o da uno dei vice-presidenti.

Articolo 26.

Gli amministratori non ricevono alcuna retribuzione; tuttavia possono essere loro corrisposti gettoni di presenza.

GARANZIA DEGLI AZIONISTI.

Articolo 27.

Gli azionisti garantiscono alla Società, ognuno in proporzione alla sua partecipazione al capitale sociale e al massimo per un importo equivalente a questa partecipazione, l'esecuzione dei contratti di finanziamento di materiale conclusi dalla Società.

Tuttavia, questa garanzia avrà solo carattere sussidiario, qualora l'esecuzione del contratto in oggetto benefici di altre garanzie, segnatamente in virtù dell'articolo 3 o della convenzione internazionale citata nell'articolo 1.

Il ne sera fait appel à cette garantie que dans la mesure où les engagements non exécutés par une administration défailante excéderont le montant de la réserve spéciale de garantie prévue à l'article 30.

Les versements effectués par les actionnaires en tant que garants seront remboursés, au prorata, dans la mesure des sommes que la société aura pu obtenir ultérieurement au titre de sa créance relative au contrat devenu caduc ou du matériel visé audit contrat.

VÉRIFICATION DES COMPTES.

Article 28.

Les comptes de la société sont vérifiés par un collège de trois commissaires vérificateurs élus par l'assemblée générale la première fois pour une année et, ensuite, pour trois années. Ils sont rééligibles.

Les commissaires vérificateurs ont notamment pour mission de vérifier si le compte de profits et pertes et le bilan sont conformes aux livres comptables, si ces derniers sont tenus avec exactitude et si l'état de la fortune sociale et des résultats de la gestion de la société répond aux règles régissant cette dernière en vertu de l'article 1^{er}.

Pour l'accomplissement de leur mission, les commissaires vérificateurs ont le droit de consulter les livres comptables et tous documents justificatifs. Le bilan et le compte de profits et pertes doivent leur être soumis trente jours au moins avant la date de l'assemblée générale.

Ils font à l'assemblée générale appelée à statuer sur les comptes un rapport écrit, avec leurs propositions.

Diese Haftung wird nur in dem Maße beansprucht werden, als die nicht erfüllten Verpflichtungen einer zahlungsunfähigen Verwaltung die Mittel der Spezialreserve übersteigen, welche gemäß Artikel 30 dieser Statuten gebildet wird.

Die von den Aktionären auf Grund dieser Haftung geleisteten Zahlungen werden diesen verhältnismäßig zurückbezahlt, sofern und soweit die Gesellschaft nachträglich à conto des hinfällig gewordenen Vertrages Zahlungen erhält oder aus dem Material, das Gegenstand dieses Vertrages bildete, einen Erlös erzielt.

DIE KONTROLLSTELLE.

Artikel 28.

Die Bücher der Gesellschaft unterliegen der Prüfung einer Kontrollstelle, welche aus drei Mitgliedern besteht, die von der Generalversammlung gewählt werden, das erste Mal auf ein Jahr und alsdann je auf drei Jahre. Die Mitglieder der Kontrollstelle sind wiederwählbar.

Die Kontrollstelle hat insbesondere die Aufgabe, zu prüfen, ob die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz mit den Büchern übereinstimmen, die letztgenannten ordnungsgemäß geführt werden, das ausgewiesene Gesellschaftsvermögen und die Jahresergebnisse den Bestimmungen entsprechen, die für die Gesellschaft gemäß Artikel 1 dieser Statuten gelten.

Die Kontrollstelle ist zur Erfüllung ihrer Aufgabe ermächtigt, in alle Geschäftsbücher und Belege Einsicht zu nehmen. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind ihr spätestens 30 Tage vor der Generalversammlung zu unterbreiten.

Die Kontrollstelle hat der Generalversammlung, welche über den Geschäftsabschluß zu befinden hat, schriftlich zu berichten und Vorschläge zu unterbreiten.

Sarà fatto ricorso a questa garanzia solo nella misura in cui gli obblighi non assolti da una amministrazione inadempiente eccederanno l'ammontare della riserva speciale di garanzia prevista nell'articolo 30.

I versamenti effettuati dagli azionisti quali garanti saranno rimborsati al pro-rata, fino a concorrenza delle somme che la Società avrà potuto recuperare ulteriormente a titolo di credito relativo al contratto divenuto caduco o dal materiale contemplato nel contratto.

VERIFICA DEI CONTI.

Articolo 28.

I conti della Società sono verificati da un collegio di tre commissari di verifica che l'Assemblea generale elegge, la prima volta, per un anno e, successivamente, per tre anni. Essi sono rieleggibili.

I commissari di verifica hanno in particolare il compito di verificare se il conto dei profitti e delle perdite ed il bilancio corrispondono ai libri contabili; se questi ultimi sono tenuti con esattezza e se lo stato patrimoniale ed i risultati di gestione della Società sono conformi alle norme che regolano quest'ultima secondo l'articolo 1.

Nell'adempimento del loro compito i commissari di verifica hanno il diritto di consultare i libri contabili e tutti i documenti giustificativi. Il bilancio e il conto dei profitti e delle perdite devono essere loro sottoposti almeno 30 giorni prima della data dell'Assemblea generale.

Essi presentano all'Assemblea generale, chiamata a deliberare sui conti, una relazione scritta con le loro proposte.

CLÔTURE DES COMPTES ET RÉPARTITION DES BÉNÉFICES.

Article 29.

Les comptes et le bilan de la société sont arrêtés à la fin de chaque année civile.

Le bilan doit être établi conformément aux principes reconnus d'une saine gestion commerciale.

Article 30.

Sur le bénéfice apparaissant après déduction des amortissements, il est attribué tout d'abord une part de 5% au fonds de réserve ordinaire, jusqu'à ce que celui-ci atteigne un cinquième du capital social déjà versé. Le fonds de réserve ordinaire ne peut être mis à contribution que pour la couverture de déficits.

Sur le solde, il est servi ensuite aux actions A un dividende, au maximum de 4%, les actions B ne touchant pas de dividende.

Le surplus, enfin, est affecté à la formation d'une réserve spéciale de garantie, sauf décision contraire de l'assemblée générale.

LIQUIDATION.

Article 31.

Au terme fixé à l'article 4 pour l'expiration de la société ou en cas de dissolution anticipée, la société entre en liquidation. Elle est, dès lors, réputée exister pour sa liquidation.

Cette liquidation est effectuée par des liquidateurs désignés par l'assemblée générale. Les liquidateurs ont les pouvoirs les plus étendus pour réaliser l'actif de la société.

Toutefois, la liquidation ne peut être effectuée que si tous les engagements de la société sont respectés, notamment en-

RECHNUNGSABSCHLUSS UND GEWINNVERTEILUNG.

Artikel 29.

Rechnung und Bilanz werden alljährlich auf Ende des Kalenderjahres abgeschlossen.

Die Bilanz ist nach den anerkannten Grundsätzen einer gesunden kaufmännischen Geschäftsführung zu erstellen.

Artikel 30.

Von dem nach Vornahme der Abschreibungen verbleibenden Jahresgewinn werden vorerst 5% dem ordentlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser ein Fünftel des einbezahlten Grundkapitals erreicht. Der ordentliche Reservefonds darf nur zur Deckung von Verlusten herangezogen werden.

Aus dem Rest wird hierauf den Aktien A eine Dividende von höchstens 4% ausbezahlt. Die Aktien B erhalten keine Dividende.

Der verbleibende Überschuss wird zur Speisung einer Spezialreserve (Garantiereserve) verwendet, sofern die Generalversammlung nicht anders beschließt.

LIQUIDATION.

Artikel 31.

Am Ende der im Artikel 4 dieser Statuten festgesetzten Dauer oder im Falle einer vorzeitigen Auflösung tritt die Gesellschaft in Liquidation. Sie gilt von diesem Zeitpunkt an als in Liquidation befindlich.

Die Liquidation wird durch Liquidatoren durchgeführt, die von der Generalversammlung bestellt werden. Die Liquidatoren haben weitestgehende Vollmacht zur freihändigen Verwertung aller Aktiven der Gesellschaft.

Die Liquidation kann jedoch nur durchgeführt werden, wenn alle Verpflichtungen der Gesellschaft, insbesondere diejenigen

CHIUSURA DEI CONTI E RIPARTIZIONE DEGLI UTILI.

Articolo 29.

I conti e il bilancio della Società sono chiusi alla fine di ogni anno civile.

Il bilancio dev'essere compilato conformemente ai principi riconosciuti di una sana gestione commerciale.

Articolo 30.

Dall'utile ottenuto, dopo dedotti gli ammortamenti, sarà anzitutto attribuito il 5% al fondo di riserva ordinario, fino a che quest'ultimo raggiunga un quinto del capitale sociale già versato. Non si può fare ricorso al fondo di riserva ordinario se non per la copertura di disavanzi.

Dal residuo, sarà prelevato un dividendo non superiore al 4% a favore delle azioni A, mentre le azioni B non ricevono dividendo.

La rimanenza finale è destinata a costituire una riserva speciale di garanzia, salvo decisione contraria dell'Assemblea generale.

LIQUIDAZIONE.

Articolo 31.

Raggiunto il termine fissato all'articolo 4 per la sua cessazione o in caso di scioglimento anticipato, la Società entra in liquidazione. Da quel momento in poi essa è considerata come esistente solo ai fini della sua liquidazione.

Questa liquidazione è effettuata da liquidatori designati dall'Assemblea generale. Essi hanno i più ampi poteri per realizzare l'attivo della Società.

Tuttavia, la liquidazione non può avvenire se non sono adempiuti tutti gli obblighi della Società segnatamente verso gli

vers les obligataires, les locataires et, le cas échéant, les constructeurs de matériels.

Après extinction du passif et remboursement des actions, le solde disponible est réparti aux actionnaires au prorata du montant nominal des actions leur appartenant.

DISPOSITIONS DIVERSES.

Article 32.

Les communications aux actionnaires sont faites par lettre recommandée.

Les publications officielles ont lieu par la voie de la Feuille officielle suisse du commerce.

Pour toutes autres publications, le conseil d'administration décide de quelle manière elles doivent être faites et désigne, le cas échéant, les journaux où elles paraîtront.

Article 33.

Toute modification apportée aux statuts est notifiée au gouvernement de l'Etat du siège.

Nous certifions que la présente copie est conforme à l'original du projet de Statuts qui a été annexé au Contrat préliminaire, le 30 septembre 1955 à Londres.

Pour la Direction générale des chemins de fer fédéraux suisses

Schneider Gschwind

Berne, le 7 octobre 1955

gegenüber den Obligationären, den Mietern und gegebenenfalls auch gegenüber den Lieferanten von Eisenbahnmaterial, gedeckt sind.

Nach Deckung der Passiven und Rückzahlung der Aktien wird ein allfällig verfügbarer Rest unter die Aktionäre, im Verhältnis ihrer Beteiligung am Grundkapital, verteilt.

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN.

Artikel 32.

Die an die Aktionäre zu richtenden Mitteilungen erfolgen durch eingeschriebenen Brief.

Die offiziellen Bekanntmachungen werden im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert.

Für alle übrigen Bekanntmachungen bestimmt der Verwaltungsrat die Art und Weise der Veröffentlichung und bezeichnet gegebenenfalls die in Frage kommenden Zeitungen.

Artikel 33.

Alle Änderungen dieser Statuten sind der Regierung des Sitzstaates bekanntzugeben.

Die Übereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit dem Statuten-Entwurf, der in London dem am 30. September 1955 unterzeichneten Vorvertrag beigelegt worden ist, bestätigt:

Für die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen

Schneider Gschwind

Bern, den 7. Oktober 1955

obbligazionisti, i noleggiatori e, se del caso, i costruttori di materiali.

Dopo l'estinzione del passivo e il rimborso delle azioni, il residuo disponibile vien ripartito fra gli azionisti in proporzione all'importo nominale delle azioni in loro possesso.

DISPOSIZIONI DIVERSE.

Articolo 32.

Le comunicazioni agli azionisti sono fatte per lettera raccomandata.

Le pubblicazioni ufficiali vengono fatte nel Foglio ufficiale svizzero di commercio.

Per tutte le altre pubblicazioni il Consiglio d'amministrazione decide in quale maniera devono essere fatte e designa, all'occorrenza, i giornali sui quali dovranno apparire.

Articolo 33.

Ogni modifica dello Statuto va notificata al Governo dello Stato ove ha sede la Società.

Attestiamo che la presente copia è conforme all'originale del progetto di Statuto annesso al Contratto preliminare, il 30 settembre 1955 a Londra.

Per la direzione generale delle ferrovie federali Svizzere

Schneider Gschwind

Berna, il 7 ottobre 1955.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Vertragswerke für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesen Vertragswerken enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegenzeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 16. Jänner 1961.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für Finanzen:

Heilingsetzer

Der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Waldbrunner

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Dieses Abkommen ist gemäß seinem Artikel 15 am 6. Februar 1961 für Österreich in Kraft getreten.

Bis zu diesem Tage haben folgende Staaten das Abkommen ratifiziert beziehungsweise sind diesem beigetreten:

Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und Türkei.

Raab

86.

Nach dem das Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit, welches also lautet:

CONVENTION CONCERNING FORCED OR COMPULSORY LABOUR	CONVENTION CONCERNANT LE TRAVAIL FORCÉ OU OBLIGATOIRE	(Übersetzung.) ÜBEREINKOMMEN ÜBER ZWANGS- ODER PFLICHTARBEIT
The General Conference of the International Labour Organisation,	La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,	Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,
Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Fourteenth Session on 10 June 1930, and	Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 10 juin 1930 en sa quatorzième session,	die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 10. Juni 1930 zu ihrer vierzehnten Tagung zusammengetreten ist,
Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to forced or compulsory labour, which is included in the first item on the agenda of the Session, and	Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives au travail forcé ou obligatoire, question comprise dans le premier point de l'ordre du jour de la session, et	hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend Zwangs- oder Pflichtarbeit, eine Frage, die zum ersten Gegenstand ihrer Tagesordnung gehört, und

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-eighth day of June of the year one thousand nine hundred and thirty the following Convention, which may be cited as the Forced Labour Convention, 1930, for ratification by the Members of the International Labour Organisation in accordance with the provisions of the Constitution of the International Labour Organisation:

Article 1

1. Each Member of the International Labour Organisation which ratifies this Convention undertakes to suppress the use of forced or compulsory labour in all its forms within the shortest possible period.

2. With a view to this complete suppression, recourse to forced or compulsory labour may be had, during the transitional period, for public purposes only and as an exceptional measure, subject to the conditions and guarantees hereinafter provided.

3. At the expiration of a period of five years after the coming into force of this Convention, and when the Governing Body of the International Labour Office prepares the report provided for in Article 31 below, the said Governing Body shall consider the possibility of the suppression of forced or compulsory labour in all its forms without a further transitional period and the desirability of placing this question on the agenda of the Conference.

Article 2

1. For the purposes of this Convention the term "forced or compulsory labour" shall mean all work or service which

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-huitième jour de juin mil neuf cent trente, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur le travail forcé, 1930, à ratifier par les Membres de l'Organisation internationale du Travail conformément aux dispositions de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail:

Article 1

1. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente convention s'engage à supprimer l'emploi du travail forcé ou obligatoire sous toutes ses formes dans le plus bref délai possible.

2. En vue de cette suppression totale, le travail forcé ou obligatoire pourra être employé, pendant la période transitoire, uniquement pour des fins publiques et à titre exceptionnel, dans les conditions et avec les garanties stipulées par les articles qui suivent.

3. A l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de l'entrée en vigueur de la présente convention et à l'occasion du rapport prévu à l'article 31 ci-dessous, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail examinera la possibilité de supprimer sans nouveau délai le travail forcé ou obligatoire sous toutes ses formes et décidera s'il y a lieu d'inscrire cette question à l'ordre du jour de la Conférence.

Article 2

1. Aux fins de la présente convention, le terme « travail forcé ou obligatoire » désignera tout travail ou service exigé

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 28. Juni 1930, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Zwangsarbeit, 1930, bezeichnet wird, zwecks Ratifikation durch die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation nach den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation:

Artikel 1

1. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, den Gebrauch der Zwangs- oder Pflichtarbeit in allen ihren Formen möglichst bald zu beseitigen.

2. Bis zur völligen Beseitigung darf Zwangs- oder Pflichtarbeit während einer Übergangszeit ausschließlich für öffentliche Zwecke und auch dann nur ausnahmsweise angewandt werden; dabei sind die in den nachstehenden Artikeln vorgesehenen Bedingungen und Sicherungen einzuhalten.

3. Nach Ablauf von fünf Jahren, berechnet vom Inkrafttreten dieses Übereinkommens, und anlässlich des im nachstehenden Artikel 31 vorgesehenen Berichtes hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu prüfen, ob es möglich ist, die Zwangs- oder Pflichtarbeit in allen ihren Formen ohne weiteren Verzug zu beseitigen, und zu entscheiden, ob diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 2

1. Als „Zwangs- oder Pflichtarbeit“ im Sinne dieses Übereinkommens gilt jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die

is exacted from any person under the menace of any penalty and for which the said person has not offered himself voluntarily.

2. Nevertheless, for the purposes of this Convention, the term "forced or compulsory labour" shall not include—

- (a) any work or service exacted in virtue of compulsory military service laws for work of a purely military character;
- (b) any work or service which forms part of the normal civic obligations of the citizens of a fully self-governing country;
- (c) any work or service exacted from any person as a consequence of a conviction in a court of law, provided that the said work or service is carried out under the supervision and control of a public authority and that the said person is not hired to or placed at the disposal of private individuals, companies or associations;
- (d) any work or service exacted in cases of emergency, that is to say, in the event of war or of a calamity or threatened calamity, such as fire, flood, famine, earthquake, violent epidemic or epizootic diseases, invasion by animal, insect or vegetable pests, and in general any circumstance that would endanger the existence or the well-being of the whole or part of the population;

d'un individu sous la menace d'une peine quelconque et pour lequel ledit individu ne s'est pas offert de plein gré.

2. Toutefois, le terme « travail forcé ou obligatoire » ne comprendra pas, aux fins de la présente convention:

- a) tout travail ou service exigé en vertu des lois sur le service militaire obligatoire et affecté à des travaux d'un caractère purement militaire;
- b) tout travail ou service faisant partie des obligations civiles normales des citoyens d'un pays se gouvernant pleinement lui-même;
- c) tout travail ou service exigé d'un individu comme conséquence d'une condamnation prononcée par une décision judiciaire, à la condition que ce travail ou service soit exécuté sous la surveillance et le contrôle des autorités publiques et que ledit individu ne soit pas concédé ou mis à la disposition de particuliers, compagnies ou personnes morales privées;
- d) tout travail ou service exigé dans les cas de force majeure, c'est-à-dire dans les cas de guerre, de sinistres ou menaces de sinistres tels qu'incendies, inondations, famines, tremblements de terre, épidémies et épizooties violentes, invasions d'animaux, d'insectes ou de parasites végétaux nuisibles, et en général toutes circonstances mettant en danger ou risquant de mettre en danger la vie ou les conditions normales d'existence de l'ensemble ou d'une partie de la population;

von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.

2. Als „Zwangs- oder Pflichtarbeit“ im Sinne dieses Übereinkommens gelten jedoch nicht

- a) jede Arbeit oder Dienstleistung auf Grund der Gesetze über die Militärdienstpflicht, soweit diese Arbeit oder Dienstleistung rein militärischen Zwecken dient,
- b) jede Arbeit oder Dienstleistung, die zu den üblichen Bürgerpflichten der Bürger eines Landes mit voller Selbstregierung gehört,
- c) jede Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person auf Grund einer gerichtlichen Verurteilung verlangt wird, jedoch unter der Bedingung, daß diese Arbeit oder Dienstleistung unter Überwachung und Aufsicht der öffentlichen Behörden ausgeführt wird und daß der Verurteilte nicht an Einzelpersonen oder private Gesellschaften und Vereinigungen verdingt oder ihnen sonst zur Verfügung gestellt wird,
- d) jede Arbeit oder Dienstleistung in Fällen höherer Gewalt, nämlich im Falle von Krieg, oder wenn Unglücksfälle eingetreten sind oder drohen, wie Feuersbrunst, Überschwemmung, Hungersnot, Erdbeben, verheerende Menschen- und Viehseuchen, plötzliches Auftreten von wilden Tieren, Insekten- oder Pflanzenplagen, und überhaupt in allen Fällen, in denen das Leben oder die Wohlfahrt der Gesamtheit oder eines Teiles der Bevölkerung bedroht ist,

(e) minor communal services of a kind which, being performed by the members of the community in the direct interest of the said community, can therefore be considered as normal civic obligations incumbent upon the members of the community, provided that the members of the community or their direct representatives shall have the right to be consulted in regard to the need for such services.

Article 3

For the purposes of this Convention the term "competent authority" shall mean either an authority of the metropolitan country or the highest central authority in the territory concerned.

Article 4

1. The competent authority shall not impose or permit the imposition of forced or compulsory labour for the benefit of private individuals, companies or associations.

2. Where such forced or compulsory labour for the benefit of private individuals, companies or associations exists at the date on which a Member's ratification of this Convention is registered by the Director-General of the International Labour Office, the Member shall completely suppress such forced or compulsory labour from the date on which this Convention comes into force for that Member.

Article 5

1. No concession granted to private individuals, companies or associations shall involve any form of forced or compulsory labour for the production or the collection of products which such private individuals, com-

e) les menus travaux de village, c'est-à-dire les travaux exécutés dans l'intérêt direct de la collectivité par les membres de celle-ci, travaux qui, de ce chef, peuvent être considérés comme des obligations civiques normales incombant aux membres de la collectivité, à condition que la population elle-même ou ses représentants directs aient le droit de se prononcer sur le bien-fondé de ces travaux.

Article 3

Aux fins de la présente convention, le terme « autorités compétentes » désignera soit les autorités métropolitaines, soit les autorités centrales supérieures du territoire intéressé.

Article 4

1. Les autorités compétentes ne devront pas imposer ou laisser imposer le travail forcé ou obligatoire au profit de particuliers, de compagnies ou de personnes morales privées.

2. Si une telle forme de travail forcé ou obligatoire au profit de particuliers, de compagnies ou de personnes morales privées existe à la date à laquelle la ratification de la présente convention par un Membre est enregistrée par le Directeur général du Bureau international du Travail, ce Membre devra supprimer complètement ledit travail forcé ou obligatoire dès la date de l'entrée en vigueur de la présente convention à son égard.

Article 5

1. Aucune concession accordée à des particuliers, à des compagnies ou à des personnes morales privées ne devra avoir pour conséquence l'imposition d'une forme quelconque de travail forcé ou obligatoire en vue

e) kleinere Gemeindearbeiten, die unmittelbar dem Wohle der Gemeinschaft dienen, durch ihre Mitglieder ausgeführt werden und daher zu den üblichen Bürgerpflichten der Mitglieder der Gemeinschaft gerechnet werden können, unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung oder ihre unmittelbaren Vertreter berechtigt sind, sich über die Notwendigkeit der Arbeiten zu äußern.

Artikel 3

Als „zuständige Stelle“ im Sinne dieses Übereinkommens gilt entweder eine Stelle des Mutterlandes oder die oberste Zentralstelle des betreffenden Gebietes.

Artikel 4

1. Die zuständige Stelle darf Zwangs- oder Pflichtarbeit zum Vorteile von Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen weder auferlegen noch zulassen.

2. Besteht derartige Zwangs- oder Pflichtarbeit zum Vorteile von Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen zu dem Zeitpunkt, in dem die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eingetragen wird, so hat das Mitglied diese Zwangs- oder Pflichtarbeit mit dem Zeitpunkt völlig zu beseitigen, in dem dieses Übereinkommen für das Mitglied in Kraft tritt.

Artikel 5

1. Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen erteilte Konzessionen dürfen nicht dahin führen, daß Zwangs- oder Pflichtarbeit in irgendeiner Form zur Gewinnung, Herstellung oder

panies or associations utilise or in which they trade.

2. Where concessions exist containing provisions involving such forced or compulsory labour, such provisions shall be rescinded as soon as possible, in order to comply with Article 1 of this Convention.

Article 6

Officials of the administration, even when they have the duty of encouraging the populations under their charge to engage in some form of labour, shall not put constraint upon the said populations or upon any individual members thereof to work for private individuals, companies or associations.

Article 7

1. Chiefs who do not exercise administrative functions shall not have recourse to forced or compulsory labour.

2. Chiefs who exercise administrative functions may, with the express permission of the competent authority, have recourse to forced or compulsory labour, subject to the provisions of Article 10 of this Convention.

3. Chiefs who are duly recognised and who do not receive adequate remuneration in other forms may have the enjoyment of personal services, subject to due regulation and provided that all necessary measures are taken to prevent abuses.

de produire ou de recueillir les produits que ces particuliers, compagnies ou personnes morales privées utilisent ou dont ils font le commerce.

2. Si des concessions existantes comportent des dispositions ayant pour conséquence l'imposition d'un tel travail forcé ou obligatoire, ces dispositions devront être rescindées aussitôt que possible afin de satisfaire aux prescriptions de l'article premier de la présente convention.

Article 6

Les fonctionnaires de l'administration, même lorsqu'ils devront encourager les populations dont ils ont la charge à s'adonner à une forme quelconque de travail, ne devront pas exercer sur ces populations une contrainte collective ou individuelle en vue de les faire travailler pour des particuliers, compagnies ou personnes morales privées.

Article 7

1. Les chefs qui n'exercent pas des fonctions administratives ne devront pas avoir recours au travail forcé ou obligatoire.

2. Les chefs exerçant des fonctions administratives pourront, avec l'autorisation expresse des autorités compétentes, avoir recours au travail forcé ou obligatoire dans les conditions visées à l'article 10 de la présente convention.

3. Les chefs légalement reconnus et ne recevant pas une rémunération adéquate sous d'autres formes pourront bénéficier de la jouissance de services personnels dûment réglementés, toutes mesures utiles devant être prises pour prévenir les abus.

Sammlung von Erzeugnissen auferlegt wird, die diese Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen verwenden oder mit denen sie Handel treiben.

2. Bestehen Konzessionen mit Bestimmungen, wonach eine derartige Zwangs- oder Pflichtarbeit auferlegt werden kann, so sind diese Bestimmungen so bald als möglich aufzuheben, um dem Artikel 1 dieses Übereinkommens zu genügen.

Artikel 6

Beamte der Verwaltung dürfen, auch wenn es ihre Aufgabe ist, die ihrer Verantwortung unterstellte Bevölkerung zur Annahme von Arbeit irgendeiner Form zu ermuntern, weder auf die Gesamtbevölkerung noch auf einzelne Personen einen Druck ausüben, um sie zur Arbeitsleistung für Einzelpersonen oder private Gesellschaften und Vereinigungen zu veranlassen.

Artikel 7

1. Häuptlinge, die keine Verwaltungsbefugnis ausüben, dürfen von Zwangs- oder Pflichtarbeit keinen Gebrauch machen.

2. Häuptlinge, die Verwaltungsbefugnis ausüben, dürfen mit ausdrücklicher Ermächtigung der zuständigen Stelle Zwangs- oder Pflichtarbeit unter den Bedingungen des Artikels 10 dieses Übereinkommens in Anspruch nehmen.

3. Häuptlinge, die als solche rechtmäßig anerkannt sind und nicht eine angemessene Entschädigung in anderer Form erhalten, dürfen persönliche Dienste empfangen, sofern diese ordnungsmäßig geregelt und die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Mißbräuchen ergriffen worden sind.

Article 8

1. The responsibility for every decision to have recourse to forced or compulsory labour shall rest with the highest civil authority in the territory concerned.

2. Nevertheless, that authority may delegate powers to the highest local authorities to exact forced or compulsory labour which does not involve the removal of the workers from their place of habitual residence. That authority may also delegate, for such periods and subject to such conditions as may be laid down in the regulations provided for in Article 23 of this Convention, powers to the highest local authorities to exact forced or compulsory labour which involves the removal of the workers from their place of habitual residence for the purpose of facilitating the movement of officials of the administration, when on duty, and for the transport of Government stores.

Article 9

Except as otherwise provided for in Article 10 of this Convention, any authority competent to exact forced or compulsory labour shall, before deciding to have recourse to such labour, satisfy itself—

- (a) that the work to be done or the service to be rendered is of important direct interest for the community called upon to do the work or render the service;
- (b) that the work or service is of present or imminent necessity;
- (c) that it has been impossible to obtain voluntary labour for carrying out the work or rendering the service by the offer

Article 8

1. La responsabilité de toute décision de recourir au travail forcé ou obligatoire incombera aux autorités civiles supérieures du territoire intéressé.

2. Toutefois, ces autorités pourront déléguer aux autorités locales supérieures le pouvoir d'imposer du travail forcé ou obligatoire dans les cas où ce travail n'aura pas pour effet d'éloigner les travailleurs de leur résidence habituelle. Ces autorités pourront également déléguer aux autorités locales supérieures, pour les périodes et dans les conditions qui seront stipulées par la réglementation prévue à l'article 23 de la présente convention, le pouvoir d'imposer un travail forcé ou obligatoire pour l'exécution duquel les travailleurs devront s'éloigner de leur résidence habituelle, lorsqu'il s'agira de faciliter le déplacement de fonctionnaires de l'administration dans l'exercice de leurs fonctions et le transport du matériel de l'administration.

Article 9

Sauf dispositions contraires stipulées à l'article 10 de la présente convention, toute autorité ayant le droit d'imposer du travail forcé ou obligatoire ne devra permettre le recours à cette forme de travail que si elle s'est d'abord assurée:

- a) que le service ou travail à exécuter est d'un intérêt direct et important pour la collectivité appelée à l'exécuter;
- b) que ce service ou travail est d'une nécessité actuelle ou imminente;
- c) qu'il a été impossible de se procurer la main-d'œuvre volontaire pour l'exécution de ce service ou travail malgré l'offre de

Artikel 8

1. Für jede Ermächtigung, Zwangs- oder Pflichtarbeit in Anspruch zu nehmen, ist die oberste Zivilbehörde des betreffenden Gebietes verantwortlich.

2. Diese Behörde kann jedoch den örtlichen Oberbehörden die Befugnis übertragen, Zwangs- oder Pflichtarbeit in den Fällen aufzuerlegen, in denen die Arbeiter durch diese Arbeit nicht von ihrem üblichen Aufenthaltsort entfernt werden. Sie kann ferner den örtlichen Oberbehörden für Zeitabschnitte und unter Bedingungen, wie sie Artikel 23 dieses Übereinkommens vorsieht, die Ermächtigung erteilen, Zwangs- oder Pflichtarbeit aufzuerlegen, zu deren Ausführung die Arbeitnehmer sich von ihrem üblichen Aufenthaltsort entfernen müssen, wenn es sich darum handelt, Dienstreisen der Verwaltungsbeamten oder die Beförderung von Regierungsgut zu erleichtern.

Artikel 9

Soweit Artikel 10 dieses Übereinkommens nichts anderes bestimmt, kann die Behörde, der das Recht zusteht, Zwangs- oder Pflichtarbeit aufzuerlegen, die Anwendung dieser Arbeitsform nur gestatten, wenn sie sich zuvor versichert hat, daß

- a) die Arbeit oder Dienstleistung von wesentlicher, unmittelbarer Bedeutung für die Gemeinschaft ist, die sie ausführen soll,
- b) die Arbeit oder Dienstleistung bereits notwendig ist oder diese Notwendigkeit unmittelbar bevorsteht,
- c) es unmöglich gewesen ist, freiwillige Arbeitskräfte für die Arbeit oder Dienstleistung zu erhalten, obgleich die angebo-

of rates of wages and conditions of labour not less favourable than those prevailing in the area concerned for similar work or service; and

- (d) that the work or service will not lay too heavy a burden upon the present population, having regard to the labour available and its capacity to undertake the work.

Article 10

1. Forced or compulsory labour exacted as a tax and forced or compulsory labour to which recourse is had for the execution of public works by chiefs who exercise administrative functions shall be progressively abolished.

2. Meanwhile, where forced or compulsory labour is exacted as a tax, and where recourse is had to forced or compulsory labour for the execution of public works by chiefs who exercise administrative functions, the authority concerned shall first satisfy itself—

- (a) that the work to be done or the service to be rendered is of important direct interest for the community called upon to do the work or render the service;
- (b) that the work or the service is of present or imminent necessity;
- (c) that the work or service will not lay too heavy a burden upon the present population, having regard to the labour available and its capacity to undertake the work;

salaires et de conditions de travail au moins égaux à ceux qui sont pratiqués dans le territoire intéressé pour des travaux ou services analogues; et

- d) qu'il ne résultera pas du travail ou service un fardeau trop lourd pour la population actuelle, eu égard à la main-d'œuvre disponible et à son aptitude à entreprendre le travail en question.

Article 10

1. Le travail forcé ou obligatoire demandé à titre d'impôt et le travail forcé ou obligatoire imposé, pour des travaux d'intérêt public, par des chefs qui exercent des fonctions administratives devront être progressivement supprimés.

2. En attendant cette abolition, lorsque le travail forcé ou obligatoire sera demandé à titre d'impôt et lorsque le travail forcé ou obligatoire sera imposé, par des chefs qui exercent des fonctions administratives, en vue de l'exécution de travaux d'intérêt public, les autorités intéressées devront s'assurer préalablement:

- a) que le service ou travail à exécuter est d'un intérêt direct et important pour la collectivité appelée à l'exécuter;
- b) que ce service ou travail est d'une nécessité actuelle ou imminente;
- c) qu'il ne résultera pas du travail ou service un fardeau trop lourd pour la population actuelle, eu égard à la main-d'œuvre disponible et à son aptitude à entreprendre le travail en question;

tenen Löhne und übrigen Arbeitsbedingungen denjenigen wenigstens gleichwertig waren, die in dem betreffenden Gebiete für Arbeiten oder Dienstleistungen gleicher Art üblich sind,

- d) durch die Arbeit oder Dienstleistung die gegenwärtige Bevölkerung nicht übermäßig belastet wird, wobei die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und ihre Eignung für die geforderte Arbeit zu berücksichtigen ist.

Artikel 10

1. Zwangs- oder Pflichtarbeit, die als Steuer gefordert, und solche, die für öffentliche Arbeiten von Häuptlingen in Ausübung von Verwaltungsbefugnissen beansprucht wird, ist mehr und mehr abzuschaffen.

2. Unterdessen haben die beteiligten Behörden, wenn Zwangs- oder Pflichtarbeit als Steuer gefordert oder von Häuptlingen in Ausübung von Verwaltungsbefugnissen für öffentliche Arbeiten beansprucht wird, sich vorher zu überzeugen, daß

- a) die Arbeit oder Dienstleistung von wesentlicher, unmittelbarer Bedeutung für die Gemeinschaft ist, die sie ausführen soll,
- b) die Arbeit oder Dienstleistung bereits notwendig ist oder diese Notwendigkeit unmittelbar bevorsteht,
- c) durch die Arbeit oder Dienstleistung die gegenwärtige Bevölkerung nicht übermäßig belastet wird, wobei die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und ihre Eignung für die geforderte Arbeit zu berücksichtigen ist,

- (d) that the work or service will not entail the removal of the workers from their place of habitual residence;
- (e) that the execution of the work or the rendering of the service will be directed in accordance with the exigencies of religion, social life and agriculture.

Article 11

1. Only adult able-bodied males who are of an apparent age of not less than 18 and not more than 45 years may be called upon for forced or compulsory labour. Except in respect of the kinds of labour provided for in Article 10 of this Convention, the following limitations and conditions shall apply:

- (a) whenever possible prior determination by a medical officer appointed by the administration that the persons concerned are not suffering from any infectious or contagious disease and that they are physically fit for the work required and for the conditions under which it is to be carried out;
- (b) exemption of school teachers and pupils and of officials of the administration in general;
- (c) the maintenance in each community of the number of adult able-bodied men indispensable for family and social life;
- (d) respect for conjugal and family ties.

2. For the purposes of subparagraph (c) of the preceding paragraph, the regulations provided for in Article 23 of this

- d) que l'exécution de ce travail ou service n'obligera pas les travailleurs à s'éloigner du lieu de leur résidence habituelle;
- e) que l'exécution de ce travail ou service sera dirigée conformément aux exigences de la religion, de la vie sociale ou de l'agriculture.

Article 11

1. Seuls les adultes valides du sexe masculin dont l'âge ne sera pas présumé inférieur à 18 ans ni supérieur à 45, pourront être assujettis au travail forcé ou obligatoire. Sauf pour les catégories de travail visées à l'article 10 de la présente convention, les limitations et conditions suivantes devront être observées:

- a) reconnaissance préalable, dans tous les cas où cela sera possible, par un médecin désigné par l'administration, de l'absence de toute maladie contagieuse et de l'aptitude physique des intéressés à supporter le travail imposé et les conditions où il sera exécuté;
- b) exemption du personnel des écoles, élèves et professeurs, ainsi que du personnel administratif en général;
- c) maintien dans chaque collectivité du nombre d'hommes adultes et valides indispensables à la vie familiale et sociale;
- d) respect des liens conjugaux et familiaux.

2. Aux fins indiquées par l'alinéa c) ci-dessus, la réglementation prévue à l'article 23 de la présente convention fixera la

- d) die Arbeit oder Dienstleistung die Arbeiter nicht nötigt, sich von ihrem üblichen Aufenthaltsort zu entfernen,
- e) bei Durchführung der Arbeit oder Dienstleistung den Ansprüchen der Religion, des Gemeinschaftslebens und der Landwirtschaft Rechnung getragen wird.

Artikel 11

1. Nur erwachsene, arbeitsfähige Personen männlichen Geschlechtes, die offenbar nicht unter 18 und nicht über 45 Jahre alt sind, dürfen zu Zwangs- oder Pflichtarbeit herangezogen werden. Abgesehen von den in Artikel 10 dieses Übereinkommens bezeichneten Arten von Arbeiten sind dabei die folgenden Beschränkungen und Bedingungen zu berücksichtigen:

- a) Wenn immer möglich, ist durch einen von der Verwaltung hierzu bestimmten Arzt vorher festzustellen, daß die betreffenden Personen nicht an ansteckenden Krankheiten leiden und zu der von ihnen verlangten Arbeit unter den Verhältnissen, unter denen diese Arbeit zu leisten ist, körperlich fähig sind;
- b) Schullehrer und Schüler sowie das gesamte Verwaltungspersonal sind auszunehmen;
- c) die Zahl von erwachsenen, arbeitsfähigen Männern, die notwendig ist, um das Familien- und Gemeinschaftsleben aufrechtzuerhalten, ist in jeder Gemeinschaft zu belassen;
- d) auf das Ehe- und Familienband ist Rücksicht zu nehmen.

2. Die Durchführungsvorschriften, die im Sinne des obigen Absatzes c und auf Grund des Artikels 23 dieses

Convention shall fix the proportion of the resident adult able-bodied males who may be taken at any one time for forced or compulsory labour, provided always that this proportion shall in no case exceed 25 per cent. In fixing this proportion the competent authority shall take account of the density of the population, of its social and physical development, of the seasons, and of the work which must be done by the persons concerned on their own behalf in their locality, and, generally, shall have regard to the economic and social necessities of the normal life of the community concerned.

Article 12

1. The maximum period for which any person may be taken for forced or compulsory labour of all kinds in any one period of twelve months shall not exceed sixty days, including the time spent in going to and from the place of work.

2. Every person from whom forced or compulsory labour is exacted shall be furnished with a certificate indicating the periods of such labour which he has completed.

Article 13

1. The normal working hours of any person from whom forced or compulsory labour is exacted shall be the same as those prevailing in the case of voluntary labour, and the hours worked in excess of the normal working hours shall be remunerated at the rates prevailing in the case of overtime for voluntary labour.

2. A weekly day of rest shall be granted to all persons from

proportion d'individus de la population permanente mâle et valide qui pourra faire l'objet d'un prélèvement déterminé, sans toutefois que cette proportion puisse, en aucun cas, dépasser 25 pour cent de cette population. En fixant cette proportion, les autorités compétentes devront tenir compte de la densité de la population, du développement social et physique de cette population, de l'époque de l'année et de l'état des travaux à effectuer par les intéressés sur place et à leur propre compte; d'une manière générale, elles devront respecter les nécessités économiques et sociales de la vie normale de la collectivité envisagée.

Article 12

1. La période maximum pendant laquelle un individu quelconque pourra être astreint au travail forcé ou obligatoire sous ses diverses formes ne devra pas dépasser soixante jours par période de douze mois, les jours de voyage nécessaires pour aller au lieu de travail et pour en revenir devant être compris dans ces soixante jours.

2. Chaque travailleur astreint au travail forcé ou obligatoire devra être muni d'un certificat indiquant les périodes de travail forcé ou obligatoire qu'il aura effectuées.

Article 13

1. Les heures normales de travail de toute personne astreinte au travail forcé ou obligatoire devront être les mêmes que celles en usage pour le travail libre et les heures de travail effectuées en sus de la durée normale devront être rémunérées aux mêmes taux que les taux en usage pour les heures supplémentaires des travailleurs libres.

2. Un jour de repos hebdomadaire devra être accordé à

Übereinkommens zu erlassen sind, haben den Anteil der ansässigen, arbeitsfähigen männlichen Personen festzulegen, der jeweils zur Zwangs- oder Pflichtarbeit herangezogen werden darf. Dieser Anteil darf keinesfalls fünfundzwanzig vom Hundert überschreiten. Bei Festsetzung dieses Anteiles hat die zuständige Stelle die Dichte der Bevölkerung, ihre soziale und körperliche Entwicklungsstufe, die Jahreszeit und die Arbeiten zu berücksichtigen, welche die betreffenden Personen an ihrem Wohnsitz für sich zu verrichten haben; überhaupt ist den üblichen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedürfnissen der betreffenden Gemeinschaft Rechnung zu tragen.

Artikel 12

1. Die Höchstdauer, für die eine Person zu Zwangs- oder Pflichtarbeit aller Art herangezogen werden kann, darf sechzig Tage innerhalb von zwölf Monaten nicht überschreiten und zwar einschließlich der Zeit für den Weg zur Arbeitsstätte und zurück.

2. Jeder zur Zwangs- oder Pflichtarbeit herangezogene Arbeiter soll ein Zeugnis erhalten, in dem die Dauer der von ihm geleisteten Zwangs- oder Pflichtarbeit angegeben ist.

Artikel 13

1. Die regelmäßige Arbeitszeit von Personen, die zur Zwangs- oder Pflichtarbeit herangezogen werden, muß die gleiche sein wie für freie Arbeit; Arbeitsstunden, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden, sind zu den gleichen Sätzen zu vergüten, die für Mehrarbeit freier Arbeiter gelten.

2. Ein wöchentlicher Ruhetag ist allen Personen zu gewähren,

whom forced or compulsory labour of any kind is exacted and this day shall coincide as far as possible with the day fixed by tradition or custom in the territories or regions concerned.

Article 14

1. With the exception of the forced or compulsory labour provided for in Article 10 of this Convention, forced or compulsory labour of all kinds shall be remunerated in cash at rates not less than those prevailing for similar kinds of work either in the district in which the labour is employed or in the district from which the labour is recruited, whichever may be the higher.

2. In the case of labour to which recourse is had by chiefs in the exercise of their administrative functions, payment of wages in accordance with the provisions of the preceding paragraph shall be introduced as soon as possible.

3. The wages shall be paid to each worker individually and not to his tribal chief or to any other authority.

4. For the purpose of payment of wages the days spent in travelling to and from the place of work shall be counted as working days.

5. Nothing in this Article shall prevent ordinary rations being given as a part of wages, such rations to be at least equivalent in value to the money payment they are taken to represent, but deductions from wages shall not be made either for the payment of taxes or for special food, clothing or accommodation supplied to a worker for the purpose of maintaining him in a fit condition to carry on his work under the special

toutes les personnes soumises à une forme quelconque de travail forcé ou obligatoire et ce jour devra coïncider autant que possible avec le jour consacré par la tradition ou les usages du pays ou de la région.

Article 14

1. A l'exception du travail prévu à l'article 10 de la présente convention, le travail forcé ou obligatoire sous toutes ses formes devra être rémunéré en espèces et à des taux qui, pour le même genre de travail, ne devront être inférieurs ni à ceux en vigueur dans la région où les travailleurs sont employés, ni à ceux en vigueur dans la région où les travailleurs ont été recrutés.

2. Dans le cas de travail imposé par des chefs dans l'exercice de leurs fonctions administratives, le paiement de salaires dans les conditions prévues au paragraphe précédent devra être introduit aussitôt que possible.

3. Les salaires devront être versés à chaque travailleur individuellement et non à son chef de tribu ou à toute autre autorité.

4. Les jours de voyage pour aller au lieu de travail et pour en revenir devront être comptés pour le paiement des salaires comme journées de travail.

5. Le présent article n'aura pas pour effet d'interdire la fourniture aux travailleurs des rations alimentaires habituelles comme partie du salaire, ces rations devant être au moins équivalentes à la somme d'argent qu'elles sont censées représenter; mais aucune déduction ne devra être opérée sur le salaire, ni pour l'acquittement des impôts, ni pour la nourriture, les vêtements et le logement spéciaux qui seront fournis aux

die irgendeiner Form von Zwangs- oder Pflichtarbeit unterworfen werden; dieser Ruhetag soll, soweit wie möglich, mit dem Tage zusammenfallen, der durch Überlieferung oder Brauch des Landes oder Gebietes als Ruhetag gilt.

Artikel 14

1. Abgesehen von der in Artikel 10 dieses Übereinkommens bezeichneten Arbeit ist Zwangs- oder Pflichtarbeit in allen ihren Formen in Geld zu vergüten, und zwar zu Sätzen, die weder niedriger sind als die für gleichartige Arbeit in dem Gebiete der Arbeitsverrichtung, noch niedriger als die im Anwerbungsgebiet üblichen Sätze.

2. Wird Arbeit von Häuptlingen in Ausübung von Verwaltungsbefugnissen auferlegt, so ist die Entlohnung möglichst bald den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes anzupassen.

3. Die Löhne sind unmittelbar dem einzelnen Arbeiter und nicht ihren Häuptlingen oder sonstigen Obrigkeiten auszahlen.

4. Die Reisetage zum Arbeitsort und zurück sind für die Lohnzahlung als Arbeitstage zu rechnen.

5. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen nicht aus, daß Arbeitern die üblichen Nahrungsmengen in Anrechnung auf den Lohn verabfolgt werden; diese Nahrungsmengen müssen jedoch der Geldsumme, an deren Stelle sie treten, mindestens gleichwertig sein. Unzulässig sind dagegen Lohnabzüge für Steuern, besondere Nahrung, Kleidung und Unterkunft, die den Arbeitern gegeben werden, um es ihnen zu ermöglichen, die

conditions of any employment, or for the supply of tools.

Article 15

1. Any laws or regulations relating to workmen's compensation for accidents or sickness arising out of the employment of the worker and any laws or regulations providing compensation for the dependants of deceased or incapacitated workers which are or shall be in force in the territory concerned shall be equally applicable to persons from whom forced or compulsory labour is exacted and to voluntary workers.

2. In any case it shall be an obligation on any authority employing any worker on forced or compulsory labour to ensure the subsistence of any such worker who, by accident or sickness arising out of this employment, is rendered wholly or partially incapable of providing for himself, and to take measures to ensure the maintenance of any persons actually dependent upon such a worker in the event of his incapacity or decease arising out of his employment.

Article 16

1. Except in cases of special necessity, persons from whom forced or compulsory labour is exacted shall not be transferred to districts where the food and climate differ so considerably from those to which they have been accustomed as to endanger their health.

2. In no case shall the transfer of such workers be permitted

travailleurs pour les maintenir en état de continuer leur travail eu égard aux conditions spéciales de leur emploi, ni pour la fourniture d'outils.

Article 15

1. Toute législation concernant la réparation des accidents ou des maladies résultant du travail et toute législation prévoyant l'indemnisation des personnes à la charge de travailleurs décédés ou invalides, qui sont ou seront en vigueur sur le territoire intéressé, devront s'appliquer aux personnes assujetties au travail forcé ou obligatoire dans les mêmes conditions qu'aux travailleurs libres.

2. De toute façon, toute autorité employant un travailleur au travail forcé ou obligatoire devra avoir l'obligation d'assurer la subsistance dudit travailleur si un accident ou une maladie résultant de son travail a pour effet de le rendre totalement ou partiellement incapable de subvenir à ses besoins. Cette autorité devra également avoir l'obligation de prendre des mesures pour assurer l'entretien de toute personne effectivement à la charge dudit travailleur en cas d'incapacité ou de décès résultant du travail.

Article 16

1. Les personnes soumises au travail forcé ou obligatoire ne devront pas, sauf dans les cas de nécessité exceptionnelle, être transférées dans des régions où les conditions de nourriture et de climat seraient tellement différentes de celles auxquelles elles ont été accoutumées qu'elles offriraient un danger pour leur santé.

2. Dans aucun cas, un tel transfert de travailleurs ne sera

Arbeit unter Berücksichtigung der hierfür geltenden besonderen Verhältnisse fortzusetzen; das gleiche gilt für die Lieferung von Werkzeug.

Artikel 15

1. Alle gesetzlichen Bestimmungen über die Entschädigung von Unfällen oder Krankheiten, die aus Arbeit herrühren, und alle gesetzlichen Bestimmungen über die Entschädigung von Personen, deren Unterhalt von Arbeitern zu bestreiten war, die gestorben oder invalid geworden sind, finden in gleicher Weise wie auf freie Arbeiter auch auf Personen Anwendung, die zur Zwangs- oder Pflichtarbeit herangezogen werden, gleichviel ob jene gesetzlichen Bestimmungen in dem betreffenden Gebiete bereits in Kraft sind oder künftig in Kraft treten.

2. In jedem Falle hat die Behörde, die einen Arbeiter zur Zwangs- oder Pflichtarbeit heranzieht, die Pflicht, seinen Unterhalt sicherzustellen, wenn ein Unfall oder eine Krankheit als Folge seiner Arbeitsleistung ihn ganz oder teilweise außerstand setzt, selbst für sich zu sorgen. Diese Behörde ist ferner verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um für den Fall, daß ein solcher Arbeiter infolge seiner Beschäftigung arbeitsunfähig wird oder stirbt, den Unterhalt der Personen sicherzustellen, den er tatsächlich bestritten hatte.

Artikel 16

1. Personen, von denen Zwangs- oder Pflichtarbeit verlangt wird, dürfen nicht in Gebiete gebracht werden, wo Ernährung und Klima von den ihnen gewohnten Verhältnissen so erheblich abweichen, daß daraus eine Gefährdung ihrer Gesundheit entsteht; ausgenommen bleiben Fälle ganz besonderer Notwendigkeit.

2. Keinesfalls darf eine solche Überführung von Arbeitern zu-

unless all measures relating to hygiene and accommodation which are necessary to adapt such workers to the conditions and to safeguard their health can be strictly applied.

3. When such transfer cannot be avoided, measures of gradual habituation to the new conditions of diet and of climate shall be adopted on competent medical advice.

4. In cases where such workers are required to perform regular work to which they are not accustomed, measures shall be taken to ensure their habituation to it, especially as regards progressive training, the hours of work and the provision of rest intervals, and any increase or amelioration of diet which may be necessary.

Article 17

Before permitting recourse to forced or compulsory labour for works of construction or maintenance which entail the workers remaining at the workplaces for considerable periods, the competent authority shall satisfy itself—

(1) that all necessary measures are taken to safeguard the health of the workers and to guarantee the necessary medical care, and, in particular,

(a) that the workers are medically examined before commencing the work and at fixed intervals during the period of service,

(b) that there is an adequate medical staff, provided with the dispensaries, in-

autorisé sans que toutes les mesures d'hygiène et d'habitat qui s'imposent pour leur installation et pour la sauvegarde de leur santé n'aient été strictement appliquées.

3. Lorsqu'un tel transfert ne pourra être évité, des mesures assurant l'adaptation progressive des travailleurs aux nouvelles conditions de nourriture et de climat devront être adoptées après avis du service médical compétent.

4. Dans les cas où ces travailleurs sont appelés à exécuter un travail régulier auquel ils ne sont pas accoutumés, des mesures devront être prises pour assurer leur adaptation à ce genre de travail, notamment en ce qui concerne l'entraînement progressif, les heures de travail, l'aménagement de repos intercalaires et les améliorations ou accroissements de rations alimentaires qui pourraient être nécessaires.

Article 17

Avant d'autoriser tout recours au travail forcé ou obligatoire pour des travaux de construction ou d'entretien qui obligeront les travailleurs à séjourner sur des lieux de travail pendant une période prolongée, les autorités compétentes devront s'assurer:

(1) que toutes les mesures nécessaires ont été prises pour assurer l'hygiène des travailleurs et leur garantir les soins médicaux indispensables, et que, en particulier:

a) ces travailleurs subissent un examen médical avant de commencer les travaux et de nouveaux examens à des intervalles déterminés durant la durée de l'emploi,

b) il a été prévu un personnel médical suffisant ainsi que les dispensaires, infirme-

gelassen werden, wenn nicht alle Maßnahmen in bezug auf Hygiene und Unterbringung, die für ihre Eingewöhnung und den Schutz ihrer Gesundheit erforderlich sind, genau zur Anwendung gebracht werden können.

3. Wenn eine solche Überführung unvermeidlich ist, sind Maßnahmen zur allmählichen Gewöhnung an die neuen Ernährungs- und klimatischen Verhältnisse auf Grund zuständigen ärztlichen Rates zu ergreifen.

4. In Fällen, in denen von solchen Arbeitern eine ihnen ungewohnte regelmäßige Arbeitsleistung verlangt wird, sind Maßnahmen zu ergreifen, um sie daran zu gewöhnen. Dabei handelt es sich insbesondere um allmähliche Einübung, Regelung der Arbeitszeit, Festsetzung von Ruhepausen sowie um die etwa erforderliche Ergänzung und Verbesserung ihrer Ernährung.

Artikel 17

Bevor die Anwendung von Zwangs- oder Pflichtarbeit für Bau- oder Instandhaltungsarbeiten zugelassen wird, welche die Arbeiter zum Verbleib an den Arbeitsstätten auf längere Zeit zwingt, hat die zuständige Stelle sich davon zu überzeugen,

(1) daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen worden sind, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen und ihnen die erforderliche Arzthilfe zu gewährleisten und insbesondere, daß

a) die Arbeiter vor Beginn ihrer Beschäftigung und in bestimmten Zeitabständen während der Dauer ihrer Dienstleistung ärztlich untersucht werden,

b) Personal zur Gesundheitspflege in hinreichendem Maße vorhanden ist wie

firmaries, hospitals and equipment necessary to meet all requirements, and	ries, hôpitaux et matériel nécessaires pour faire face à tous les besoins, et	auch Apotheken, Krankenzustuben, Hospitäler und Sachbedarf, die erforderlich sind, um allen Bedarfsfällen zu genügen, und
(c) that the sanitary conditions of the workplaces, the supply of drinking water food, fuel, and cooking utensils, and, where necessary, of housing and clothing, are satisfactory;	c) la bonne hygiène des lieux de travail, l'approvisionnement des travailleurs en eau, en vivres, en combustibles et matériel de cuisine ont été assurés d'une manière satisfaisante et des vêtements et un logement satisfaisants ont été prévus s'il est nécessaire;	c) die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeitsstätten, die Versorgung mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Heizstoffen und Kochausrüstungen befriedigen und, wo es notwendig ist, Wohnung und Kleidung in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden,
(2) that definite arrangements are made to ensure the subsistence of the families of the workers, in particular by facilitating the remittance, by a safe method, of part of the wages to the family, at the request or with the consent of the workers;	(2) que des mesures appropriées ont été prises pour assurer la subsistance de la famille du travailleur, notamment en facilitant l'envoi d'une partie du salaire à celle-ci, par un procédé sûr, avec l'assentiment ou sur la demande du travailleur;	(2) daß geeignete Maßnahmen ergriffen worden sind, um den Unterhalt der Familien der Arbeiter zu gewährleisten, insbesondere durch Erleichterungen für eine gesicherte Übermittlung eines Teiles des Lohnes an die Familie auf Verlangen oder mit Zustimmung des Arbeiters,
(3) that the journeys of the workers to and from the workplaces are made at the expense and under the responsibility of the administration, which shall facilitate such journeys by making the fullest use of all available means of transport;	(3) que les voyages des travailleurs pour aller au lieu du travail et pour en revenir seront assurés par l'administration, sous sa responsabilité et à ses frais, et que l'administration facilitera ces voyages en utilisant dans la plus large mesure possible tous les moyens de transport disponibles;	(3) daß die Reise der Arbeiter zum Arbeitsplatz und zurück auf Kosten und unter Verantwortung der Verwaltung erfolgt, welche die Reise dadurch erleichtern soll, daß sie weitestgehenden Gebrauch von allen verfügbaren Beförderungsmitteln macht,
(4) that, in case of illness or accident causing incapacity to work of a certain duration, the worker is repatriated at the expense of the administration;	(4) que, en cas de maladie ou d'accident du travailleur entraînant une incapacité de travail d'une certaine durée, le rapatriement du travailleur sera assuré aux frais de l'administration;	(4) daß im Falle von Krankheit oder Unfall, die zu Arbeitsunfähigkeit von einer gewissen Dauer führen, der Arbeiter auf Kosten der Verwaltung in seine Heimat zurückbefördert wird,
(5) that any worker who may wish to remain as a voluntary worker at the end of his period of forced or compulsory labour is permitted to do so without, for a period of two years, losing his right to repatriation free of expense to himself.	(5) que tout travailleur qui désirerait rester sur place comme travailleur libre, à l'expiration de sa période de travail forcé ou obligatoire, aura la faculté de le faire sans être déchu, pendant une période de deux ans, de ses droits au rapatriement gratuit.	(5) daß Arbeiter, die nach Beendigung der Zwangs- oder Pflichtarbeit als freie Arbeiter zu verbleiben wünschen, die Erlaubnis dazu erhalten, ohne vor Ablauf von zwei Jahren des Anspruches auf kostenlose Rückbeförderung in die Heimat verlustig zu gehen.
Article 18	Article 18	Artikel 18
1. Forced or compulsory labour for the transport of persons or goods, such as the labour of porters or boatmen, shall be abolished within the shortest	1. Le travail forcé ou obligatoire pour le transport de personnes ou de marchandises, par exemple pour le portage et le payage, devra être supprimé	1. Zwangs- oder Pflichtarbeit für die Beförderung von Personen oder Gütern, wie Träger- und Bootsdienst, ist sobald wie möglich abzuschaffen. Für die

possible period. Meanwhile the competent authority shall promulgate regulations determining, inter alia,

- (a) that such labour shall only be employed for the purpose of facilitating the movement of officials of the administration, when on duty, or for the transport of Government stores, or, in cases of very urgent necessity, the transport of persons other than officials,
- (b) that the workers so employed shall be medically certified to be physically fit, where medical examination is possible, and that where such medical examination is not practicable the person employing such workers shall be held responsible for ensuring that they are physically fit and not suffering from any infectious or contagious disease,
- (c) the maximum load which these workers may carry,
- (d) the maximum distance from their homes to which they may be taken,
- (e) the maximum number of days per month or other period for which they may be taken, including the days spent in returning to their homes, and
- (f) the persons entitled to demand this form of forced or compulsory labour and the extent to which they are entitled to demand it.

dans le plus bref délai possible et, en attendant cette suppression, les autorités compétentes devront édicter des règlements fixant notamment:

- a) l'obligation de n'utiliser ce travail que pour faciliter le déplacement de fonctionnaires de l'administration dans l'exercice de leurs fonctions, ou le transport du matériel de l'administration, ou, en cas de nécessité absolument urgente, le transport d'autres personnes que des fonctionnaires;
- b) l'obligation de n'employer à de tels transports que des hommes reconnus physiquement aptes à ce travail par un examen médical préalable, dans tous les cas où cet examen est possible; dans les cas où il ne sera pas possible, la personne employant cette main-d'œuvre devra s'assurer, sous sa responsabilité, que les travailleurs employés ont l'aptitude physique requise et ne souffrent pas d'une maladie contagieuse;
- c) la charge maximum à porter par les travailleurs;
- d) le parcours maximum qui pourra être imposé à ces travailleurs du lieu de leur résidence;
- e) le nombre maximum de jours par mois ou par toute autre période, pendant lesquels ces travailleurs pourront être réquisitionnés, en comprenant dans ce nombre les journées du voyage de retour;
- f) les personnes qui sont autorisées à faire appel à cette forme de travail forcé ou obligatoire ainsi que la mesure dans laquelle elles ont le droit d'y recourir.

Zwischenzeit sollen Vorschriften der zuständigen Stellen unter anderem festlegen

- a) die Verpflichtung, solche Arbeit nur zur Erleichterung der Dienstreisen von Verwaltungsbeamten, zur Beförderung von Regierungsgut und nur in Fällen von äußerster Dringlichkeit zur Beförderung anderer Personen als Beamter zu gebrauchen,
- b) die Verpflichtung, für solche Beförderung nur Männer zu verwenden, deren körperliche Eignung vorher durch ärztliche Untersuchung, wo immer die Möglichkeit dazu besteht, festgestellt worden ist, wobei, falls eine solche Untersuchung nicht möglich sein sollte, derjenige, der Arbeiter dieser Art beschäftigt, sich unter seiner Verantwortung zu versichern hat, daß sie körperlich befähigt sind und nicht an einer ansteckenden Krankheit leiden,
- c) die Höchstlasten, die diese Arbeiter tragen dürfen,
- d) die Höchstentfernung von ihrem Wohnsitze, die ihnen auferlegt werden darf,
- e) die Höchstzahl der Tage innerhalb eines Monats oder eines anderen Zeitraumes, für den sie verwendet werden dürfen, unter Einrechnung der Tage, die sie für die Heimkehr benötigen,
- f) die Personen, die berechtigt sind, diese Art von Zwangs- oder Pflichtarbeit in Anspruch zu nehmen, und das für diese Beanspruchung zulässige Höchstausmaß.

2. In fixing the maxima referred to under (c), (d) and (e) in the foregoing paragraph, the competent authority shall have regard to all relevant factors, including the physical development of the population from which the workers are recruited, the nature of the country through which they must travel and the climatic conditions.

3. The competent authority shall further provide that the normal daily journey of such workers shall not exceed a distance corresponding to an average working day of eight hours, it being understood that account shall be taken not only of the weight to be carried and the distance to be covered, but also of the nature of the road, the season and all other relevant factors, and that, where hours of journey in excess of the normal daily journey are exacted, they shall be remunerated at rates higher than the normal rates.

Article 19

1. The competent authority shall only authorise recourse to compulsory cultivation as a method of precaution against famine or a deficiency of food supplies and always under the condition that the food or produce shall remain the property of the individuals or the community producing it.

2. Nothing in this Article shall be construed as abrogating the obligation on members of a community, where production is organised on a communal basis by virtue of law or custom and where the produce or any profit accruing from the sale thereof remain the property of the community, to perform the

2. En fixant les maxima dont il est question sous les lettres c), d), e) du paragraphe précédent, les autorités compétentes devront tenir compte des divers éléments à considérer, notamment de l'aptitude physique de la population qui devra subir la réquisition, de la nature de l'itinéraire à parcourir, ainsi que des conditions climatiques.

3. Les autorités compétentes devront, en outre, prendre des dispositions pour que le trajet quotidien normal des porteurs ne dépasse pas une distance correspondant à la durée moyenne d'une journée de travail de huit heures, étant entendu que, pour la déterminer, on devra tenir compte non seulement de la charge à porter et de la distance à parcourir, mais encore de l'état de la route, de l'époque de l'année et de tous autres éléments à considérer; s'il était nécessaire d'imposer aux porteurs des heures de marche supplémentaires, celles-ci devront être rémunérées à des taux plus élevés que les taux normaux.

Article 19

1. Les autorités compétentes ne devront autoriser le recours aux cultures obligatoires que dans le but de prévenir la famine ou une disette de produits alimentaires et toujours sous la réserve que les denrées ou les produits ainsi obtenus devront rester la propriété des individus ou de la collectivité qui les auront produits.

2. Le présent article ne devra pas avoir pour effet, lorsque la production se trouve organisée suivant la loi et la coutume, sur une base communale et lorsque les produits ou les bénéfices provenant de la vente de ces produits restent la propriété de la collectivité, de supprimer l'obligation pour les membres

2. Bei Festsetzung der unter c, d und e des vorigen Absatzes bezeichneten Höchstgrenzen hat die zuständige Stelle auf alle wesentlichen Voraussetzungen Rücksicht zu nehmen einschließlich des körperlichen Entwicklungsstandes der Bevölkerung, aus der die Arbeiter entnommen werden, der Beschaffenheit des Gebietes, durch das ihr Weg führt, und der klimatischen Verhältnisse.

3. Die zuständige Stelle hat ferner dafür zu sorgen, daß die regelmäßige Tagesleistung dieser Arbeiter nicht über eine Entfernung hinausgeht, die einer durchschnittlichen achtstündigen Arbeitsleistung entspricht, wobei neben der beförderten Last und der zurückgelegten Entfernung auch der Zustand des Weges, die Jahreszeit und alle anderen wesentlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen sind, und daß, wenn zusätzliche Wegleistungen verlangt werden, für diese ein höheres als das regelmäßige Entgelt gezahlt wird.

Artikel 19

1. Die zuständige Stelle darf Zwangspflanzungen nur genehmigen, um Hungersnot oder Lebensmittelmangel vorzubeugen, und stets nur unter der Bedingung, daß die so gewonnenen Lebensmittel oder Erzeugnisse im Eigentum der Person oder Gemeinschaft bleiben, die sie erzeugt hat.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels dürfen nicht dazu führen, daß dort, wo die Erzeugung nach Gesetz oder Gewohnheit auf einem Gemeinschaftssystem beruht und die Erzeugnisse oder der Gewinn aus ihrem Verkauf das Eigentum der Gemeinschaft bleiben, die Verpflichtung der Mitglieder aufge-

work demanded by the community by virtue of law or custom.

Article 20

Collective punishment laws under which a community may be punished for crimes committed by any of its members shall not contain provisions for forced or compulsory labour by the community as one of the methods of punishment.

Article 21

Forced or compulsory labour shall not be used for work underground in mines.

Article 22

The annual reports that Members which ratify this Convention agree to make to the International Labour Office, pursuant to the provisions of Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation, on the measures they have taken to give effect to the provisions of this Convention, shall contain as full information as possible, in respect of each territory concerned, regarding the extent to which recourse has been had to forced or compulsory labour in that territory, the purposes for which it has been employed, the sickness and death rates, hours of work, methods of payment of wages and rates of wages, and any other relevant information.

Article 23

1. To give effect to the provisions of this Convention the competent authority shall issue complete and precise regulations governing the use of forced or compulsory labour.

de la collectivité de s'acquitter du travail ainsi imposé.

Article 20

Les législations prévoyant une répression collective applicable à une collectivité entière pour des délits commis par quelques-uns de ses membres ne devront pas comporter le travail forcé ou obligatoire pour une collectivité comme une des méthodes de répression.

Article 21

Il ne sera pas fait appel au travail forcé ou obligatoire pour les travaux souterrains à exécuter dans les mines.

Article 22

Les rapports annuels que les Membres qui ratifient la présente convention s'engagent à présenter au Bureau international du Travail, conformément aux dispositions de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, sur les mesures prises par eux pour donner effet aux dispositions de la présente convention, devront contenir des informations aussi complètes que possible, pour chaque territoire intéressé, sur la mesure dans laquelle il aura été fait appel au travail forcé ou obligatoire dans ce territoire, ainsi que sur les points suivants: fins auxquelles ce travail aura été effectué; taux de morbidité et de mortalité; heures de travail; méthodes de paiement des salaires et taux de ces derniers; ainsi que tous autres renseignements pertinents.

Article 23

1. Pour donner effet aux dispositions de la présente convention, les autorités compétentes devront promulguer une réglementation complète et précise sur l'emploi du travail forcé ou obligatoire.

hoben wird, die ihnen nach Gesetz oder Gewohnheit für die Gemeinschaft obliegende Arbeit auszuführen.

Artikel 20

Gesetzliche Bestimmungen über Bestrafung einer ganzen Gemeinschaft für Vergehen, die von einzelnen ihrer Mitglieder begangen worden sind, dürfen Zwangs- oder Pflichtarbeit der Gemeinschaft als Strafe nicht vorsehen.

Artikel 21

Im Bergbau darf Arbeit unter Tage als Zwangs- oder Pflichtarbeit nicht angewendet werden.

Artikel 22

Die jährlichen Berichte über die Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens, welche die ratifizierenden Mitglieder dem Internationalen Arbeitsamt nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzulegen verpflichtet sind, müssen möglichst vollständige Angaben aus allen in Betracht kommenden Gebieten enthalten über das Maß, in dem dort Zwangs- oder Pflichtarbeit angewandt worden ist, die Zwecke, für die das geschehen ist, die Krankheits- und Sterbeziffern, die Arbeitszeit, die Art der Lohnzahlung, die Lohnsätze und alle sonst wesentlichen Angaben.

Artikel 23

1. Zur wirksamen Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens hat die zuständige Stelle vollständige und klare Vorschriften über die Anwendung von Zwangs- oder Pflichtarbeit zu erlassen.

2. These regulations shall contain, inter alia, rules permitting any person from whom forced or compulsory labour is exacted to forward all complaints relative to the conditions of labour to the authorities and ensuring that such complaints will be examined and taken into consideration.

Article 24

Adequate measures shall in all cases be taken to ensure that the regulations governing the employment of forced or compulsory labour are strictly applied, either by extending the duties of any existing labour inspectorate which has been established for the inspection of voluntary labour to cover the inspection of forced or compulsory labour or in some other appropriate manner. Measures shall also be taken to ensure that the regulations are brought to the knowledge of persons from whom such labour is exacted.

Article 25

The illegal exaction of forced or compulsory labour shall be punishable as a penal offence, and it shall be an obligation on any Member ratifying this Convention to ensure that the penalties imposed by law are really adequate and are strictly enforced.

Article 26

1. Each Member of the International Labour Organisation which ratifies this Convention undertakes to apply it to the territories placed under its sovereignty, jurisdiction, protection, suzerainty, tutelage or authority, so far as it has the right to accept obligations affecting matters of internal jurisdiction; provided that, if such Member may desire to

2. Cette réglementation devra comporter, notamment, des règles permettant à chaque personne assujettie au travail forcé ou obligatoire de présenter aux autorités toutes réclamations relatives aux conditions de travail qui lui sont faites et lui donnant des garanties que ces réclamations seront examinées et prises en considération.

Article 24

Des mesures appropriées devront être prises dans tous les cas pour assurer la stricte application des règlements concernant l'emploi du travail forcé ou obligatoire soit par l'extension au travail forcé ou obligatoire des attributions de tout organisme d'inspection déjà créé pour la surveillance du travail libre, soit par tout autre système convenable. Des mesures devront également être prises pour que ces règlements soient portés à la connaissance des personnes assujetties au travail forcé ou obligatoire.

Article 25

Le fait d'exiger illégalement du travail forcé ou obligatoire sera passible de sanctions pénales et tout Membre ratifiant la présente convention aura l'obligation de s'assurer que les sanctions imposées par la loi sont réellement efficaces et strictement appliquées.

Article 26

1. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente convention s'engage à l'appliquer aux territoires soumis à sa souveraineté, juridiction, protection, suzeraineté, tutelle ou autorité, dans la mesure où il a le droit de souscrire des obligations touchant à des questions de juridiction intérieure. Toutefois, si ce Membre veut se pré-

2. Diese Vorschriften müssen insbesondere Bestimmungen enthalten, die es jeder der Zwangs- oder Pflichtarbeit unterworfenen Person gestatten, alle Beschwerden über die ihr auferlegten Arbeitsbedingungen vor die Behörden zu bringen, und welche die Gewähr bieten, daß diese Beschwerden untersucht und auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden.

Artikel 24

In allen Fällen sind geeignete Maßnahmen zur strengen Durchführung der Vorschriften über den Gebrauch der Zwangs- oder Pflichtarbeit zu ergreifen, sei es durch Ausdehnung der Befugnisse eines etwa bestehenden Aufsichtsdienstes für freie Arbeit auf die Beaufsichtigung der Zwangs- oder Pflichtarbeit, sei es in sonst geeigneter Weise. Auch sind Maßnahmen zu treffen, damit die bezeichneten Vorschriften zur Kenntnis der Personen gelangen, die der Zwangs- oder Pflichtarbeit unterworfen werden.

Artikel 25

Die unberechtigte Auferlegung von Zwangs- oder Pflichtarbeit ist unter Strafe zu stellen. Die Mitglieder, die dieses Übereinkommen ratifizieren, verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die ergriffenen Strafmaßnahmen wirksam sind und streng vollzogen werden.

Artikel 26

1. Die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, die dieses Übereinkommen ratifizieren, verpflichten sich, es auf die ihrer Souveränität, ihrer Jurisdiktion, ihrem Protektorat, ihrer Oberhoheit, ihrer Tutel oder ihrer Autorität unterworfenen Gebiete anzuwenden, soweit ihnen in bezug auf diese Gebiete das Recht zusteht, Verpflichtungen einzu-

take advantage of the provisions of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation, it shall append to its ratification a declaration stating—

- (1) the territories to which it intends to apply the provisions of this Convention without modification;
- (2) the territories to which it intends to apply the provisions of this Convention with modifications, together with details of the said modifications;
- (3) the territories in respect of which it reserves its decision.

2. The aforesaid declaration shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification. It shall be open to any Member, by a subsequent declaration, to cancel in whole or in part the reservations made, in pursuance of the provisions of subparagraphs (2) and (3) of this Article, in the original declaration.

Article 27

The formal ratifications of this Convention under the conditions set forth in the Constitution of the International Labour Organisation shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 28

1. This Convention shall be binding only upon those Members whose ratifications have been registered with the International Labour Office.

valoir des dispositions de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, il devra accompagner sa ratification d'une déclaration faisant connaître:

- (1) les territoires dans lesquels il entend appliquer intégralement les dispositions de la présente convention;
- (2) les territoires dans lesquels il entend appliquer les dispositions de la présente convention avec des modifications et en quoi consistent lesdites modifications;
- (3) les territoires pour lesquels il réserve sa décision.

2. La déclaration susmentionnée sera réputée partie intégrante de la ratification et portera des effets identiques. Tout Membre qui formulera une telle déclaration aura la faculté de renoncer, par une nouvelle déclaration, à tout ou partie des réserves contenues, en vertu des alinéas 2 et 3 ci-dessus, dans sa déclaration antérieure.

Article 27

Les ratifications officielles de la présente convention dans les conditions établies par la Constitution de l'Organisation internationale du Travail seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 28

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée au Bureau international du Travail.

gehen, welche Angelegenheiten der inneren Verwaltung betreffen. Wollen Mitglieder indessen von den Bestimmungen des Artikels 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation Gebrauch machen, so haben sie ihrer Ratifikation eine Erklärung beizufügen, die bekanntgibt

- (1) die Gebiete, auf welche sie die Bestimmungen dieses Übereinkommens unverändert anzuwenden beabsichtigen,
- (2) die Gebiete, auf welche sie die Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Abänderungen anzuwenden beabsichtigen, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abänderungen,
- (3) die Gebiete, für welche sie sich die Entscheidung vorbehalten.

2. Die bezeichnete Erklärung gilt als Bestandteil der Ratifikation und hat die Wirkungen einer solchen. Doch bleibt es den Mitgliedern überlassen, die Vorbehalte, die sie auf Grund der Bestimmungen der Ziffern 2 und 3 des vorangehenden Absatzes in der ursprünglichen Erklärung gemacht hatten, durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückzuziehen.

Artikel 27

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind nach den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 28

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen ist.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which the ratification has been registered.

Article 29

As soon as the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered with the International Labour Office, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the International Labour Organisation. He shall likewise notify them of the registration of ratifications which may be communicated subsequently by other Members of the Organisation.

Article 30

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered with the International Labour Office.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of five years and, thereafter, may denounce this Convention at the expi-

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 29

Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées au Bureau international du Travail, le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Article 30

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail, et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée au Bureau international du Travail.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article, sera lié pour une nouvelle période de cinq années, et par la suite pourra dénoncer la présente convention à l'expiration

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 29

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen worden sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von den anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Artikel 30

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung beim Internationalen Arbeitsamt ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach

ration of each period of five years under the terms provided for in this Article.

Article 31

At the expiration of each period of five years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 32

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve denunciation of this Convention without any requirement of delay, notwithstanding the provisions of Article 30 above, if and when the new revising Convention shall have come into force.

2. As from the date of the coming into force of the new revising Convention, the present Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

3. Nevertheless, this Convention shall remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 33

The French and English texts of this Convention shall both be authentic.

de chaque période de cinq années dans les conditions prévues au présent article.

Article 31

A l'expiration de chaque période de cinq années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 32

1. Au cas où la Conférence générale adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit dénonciation de la présente convention sans condition de délai, nonobstant l'article 30 ci-dessus, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur.

2. A partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

3. La présente convention demeurerait toutefois en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la nouvelle convention portant révision.

Article 33

Les textes français et anglais de la présente convention feront foi l'un et l'autre.

Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 31

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 32

1. Nimmt die Allgemeine Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, so schließt die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied ohne weiteres die Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf die in Artikel 30 vorgesehene Frist, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

2. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

3. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 33

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Übereinkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Übereinkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für soziale Verwaltung und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 28. Mai 1960.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

Proksch

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Die österreichische Ratifikationsurkunde zu diesem Übereinkommen wurde am 7. Juni 1960 hinterlegt und die Ratifikation Österreichs am gleichen Tag durch den Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation eingetragen.

Gemäß Artikel 28 Abs. 3 dieses Übereinkommens tritt das Übereinkommen für Österreich am 7. Juni 1961 in Kraft.

Nach Mitteilung des Generaldirektors der Internationalen Arbeitsorganisation haben folgende Staaten dieses Übereinkommen ratifiziert:

Albanien, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Burma, Ceylon, Chile, Costa-Rica, Dahomey, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Gabon, Ghana, Griechenland, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Iran, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Kongo (Léopoldville), Kuba, Liberia, Madagaskar, Malaya, Mali, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Ober-Volta, Pakistan, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Senegal, Somali, Sudan, Schweden, Schweiz, Spanien, Togo, Tschad, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Venezuela, Vereinigte Arabische Republik, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Viet-Nam, Weißrußland, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

Raab

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1961, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhung infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 100.— für Inlands- und S 150.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezuganmeldungen werden von der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 12a, entgegengenommen. Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu: Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 30g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telefon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile Nr. 27a, Telefon 52 43 42 und 52 37 78.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 12a, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.